Pfalzbayerns politik im revolutionsze... von 1789-1793

Rudolf Schrepfer

Pfalzbayerns Politik

im

Revolutionszeitalter

von

1789—1793.

Auf Grund archivalischen Materials

bearbeitet von

Rudolf Schrepfer.

München.
J. F. Lehmann's Verlag.
1903.

G. r.

Herrn Dr. Graf Du Moulin-Eckart,

Kgl. Professor der Geschichte,

in

München

in Dankbarkeit gewidmet

vom Verfasser.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit ist aus einer Preisaufgabe hervorgegangen, die von der allgemeinen Abteilung der technischen Hochschule zu München gestellt worden war und die Darstellung der auswärtigen Politik Pfalzbayerns in der Revolutionszeit verlangte. Ich benützte in umfangreichem Masse die Schätze des K. Münchener Staatsarchivs und wurde auch in die Lage gesetzt, das K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien benützen zu können. Ergänzungen aus dem Pariser Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wurden mir durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Prof. Dr. Graf Du Moulin-Eckart zur Verfügung gestellt. Ich entledige mich auf diesem Wege der angenehmen Pflicht der Dankbarkeit und spreche den Herren vom Münchener geheimen Staatsarchiv, besonders Herrn Archivrat Dr. Werner, sowie den Herren vom K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, insbesondere Herrn Geheimarchivar Dr. Pauckert, für die gütige Überlassung der Archivmaterialien meinen innigsten Dank aus. Last not least gebührt mein Dank Herrn Prof. Dr. Graf Du Moulin-Eckart in München, der mich zur Abfassung der Arbeit begeistert hat und mir während der Abfassung mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist.

Nürnberg, im März 1903.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

IV. Kapitel (49—72).

V. Kapitel (73—86).

Einleitung.

Die politische Stellung Pfalzbayerns bei Beginn der Revolution.

Im Jahre 1778 war Kurbayern wieder mit Pfalz vereinigt worden, allein es zeigte sich bald, dass sich dieses Staatengebilde auf die Dauer nicht halten konnte. Im Innern fanden sich Angehörige verschiedener deutscher Stämme, wie Bayern, Rheinfranken und Niederfranken zusammen, ohne durch gemeinsame politische Tradition an einander gekettet zu sein. Der Staat selbst zerfiel in drei grosse Trümmer, die dem Hause Wittelsbach nur Dank der konservativen Politik Preussens und Frankreichs erhalten blieben. Änderte sich aber einmal diese politische Konstellation, so war das Dasein des Kurstaates, der sich am wenigsten durch eigene Kraft halten konnte, schwer bedroht. Und es fehlte nicht an Anzeichen hiefür.[1])

Von drei Grossmächten drohte Gefahr, von Frankreich, Preussen und Österreich. Fürwahr, das Brandenburg-Preussen, das 1640 Friedrich Wilhelm übernommen, hatte sich in weit erträglicherer Lage befunden als Pfalzbayern von 1789. Von Frankreich drohte Gefahr für die linksrheinische Pfalz. Seit den ältesten Zeiten spukte in den Köpfen der Franzosen der Gedanke, Gallien mit den Grenzen, die es zu Cäsars Zeiten besessen, wiederherzustellen. Die ganze französische Königspolitik hatte sich dieses Ziel gesteckt. Zwar huldigten Vergennes und Montmorin, die leitenden Staatsmänner in Versailles, friedlichen Anschauungen. Allein wer konnte bürgen, dass nicht doch wieder die Angriffspolitik Ludwig des Vierzehnten aufgenommen wurde. Hatte doch selbst Vergennes an die Pfalz gedacht, als einmal von einer Entschädigung Frankreichs die Rede war; er meinte, die linksrheinischen, an das Elsass grenzenden Gebiete der deutschen Fürsten brächten unermessliche Vorteile, hätten aber nur wenig Nachteile.[2])

Den Besitz von Jülich und Berg erachtete Preussen als unerlässlich für seine Stellung am Niederrhein. Diese Nachbarlande Gelderns und Cleves hatte schon Friedrich Wilhelm I. heiss begehrt, sein Nachfolger Friedrich II. hatte

darauf nur unter dem Drucke der Mächte verzichtet. Diesen Verzicht zurückzuziehen, wurde für Friedrich ermöglicht durch den Beitritt Karl Theodors zum Versailler Bündnis 1757. Erst 1779 hat der König den Verzicht wieder erneuert. Mehreremale hatte Friedrich geäussert, er wolle das Erbrecht der Kurfürstin und ihrer Schwestern auf die niederrheinischen Lande nicht anerkennen, sondern nur das des Herzogs von Zweibrücken, mit dem er schon handelseinig werden könne.[3]) Auch Friedrich Wilhelm II. dachte daran, die fraglichen Lande im Wege des Austausches zu erwerben, und pochte deshalb im September 1790 und im März 1792 in Wien an.[4]) Aber erst 1815 ist Jülich-Berg an Preussen gekommen, zur grossen Freude seiner Bewohner, die sich unter dem bigotten, verfolgungssüchtigen System der Neuburger nie heimisch fühlten.[5])

Österreich hielt seit den Tagen des Prinzen Eugen, noch mehr aber seit dem Verluste Schlesiens, die Erwerbung Bayerns für das summum bonum der habsburgischen Monarchie. Man berechnete, dass sich dieses so wichtige Land ohne Blutvergiessen erwerben lasse, wenn man es gegen die schwer zu behauptenden Niederlande umtausche, ein Plan, der auch nach 1784 noch auftauchte. Bayern besass alles, was man nur wünschte, es kürzte Österreichs Verbindung mit Jtalien, es war eine wichtige Etappe zwischen der Monarchie im Osten und den Vorlanden in Schwaben; Niederbayern konnte die benachbarten Kronlande mit billigem Getreide, Oberbayern dieselben mit dem wichtigen Salz versorgen; endlich bot der kernige bajuwarische Stamm Garantie für die Stärkung des Deutschtums im Donaulande. Wenn das Haus Wittelsbach, der alte Rivale von Habsburg, einmal aus Süddeutschland entfernt war, so konnten die kleineren Staaten nur noch wenig Widerstand gegen Habsburg zeigen, das Reich wäre allen Wünschen Österreichs gefügig gemacht worden. Dann erst hätte die Kaiserkrone den alten Glanz wieder erlangt.[6])

Diesen mächtigen Nachbarn waren die pfalzbayerischen Lande im Ernstfall fast wehrlos preisgegeben. Der Pfalz fehlte der innere Zusammenhang, da sie von Gebieten fremder Herren und Herrchen, wie von denen des Herzogs von Zweibrücken, der Bischöfe von Speier und Worms, des Landgrafen von Hessen, und von den Territorien vieler Reichsgrafen und Reichsritter durchsetzt war. Drohend ragte in diese bunte Masse das französische Bollwerk Landau hinein. von Vauban zu einem Waffenplatz ersten Ranges geschaffen, das bestimmt war, die niederelsässischen Gebiete zu decken und die Strasse durch das Queichtal nach Saarlouis zu sperren.[7]) Östlich von Landau zogen sich die französischen Queichschanzen hin und machten die pfälzischen

Gebiete südlich der Queich den Franzosen fast untertan.[8]) Dem starken Landau hätte nur eine Befestigung von Germersheim Schach bieten können, daran liess sich aber bei der drohenden Nachbarschaft Frankreichs nicht denken. Nur auf Mannheim und dessen Rheinschanze beschränkte sich das pfälzische Verteidigungssystem.[9]) Mannheim, eine Festung ersten Ranges, im siebzehnten Jahrhundert nach dem Coehornschen System angelegt, spielte damals dieselbe Rolle wie später Germersheim und heute Strassburg. Der südlichste befestigte Punkt des Reiches, der mit dem andern Rheinufer in Verbindung war, bildete es den linken Stützpunkt zu Mainz in der Rheinverteidigung. Es sperrte die Strassen von Norden nach Süden und beherrschte die Wege von Süddeutschland durch das Neckarbecken nach der Pfalz, nach Trier und nach Luxemburg. Aber diese Festung war unter der Regierung Karl Theodors sehr heruntergekommen; Graf Lehrbach, der österreichische Gesandte in München, behauptete einmal: „Mannheim besitze mehr Wert wegen seiner Lage als wegen seiner Werke.“[10])

Jülich-Berg war im Norden und Osten von preussischen Landen begrenzt und hatte im Westen in den Niederlanden Österreich zum Nachbar. Hier bildete Düsseldorf den festesten Platz, für den Niederrhein von gleicher Bedeutung wie Mannheim für den Oberrhein.[11]) Da nämlich der Ehrenbreitstein wegen seiner hohen Lage eine Bestreichung des Stromes unmöglich machte, so war von Mainz bis Düsseldorf ein gedeckter Rheinübergang nicht gut durchführbar. Erst bei Düsseldorf, dann bei Wesel, war dies der Fall. Aber auch Düsseldorf war arg verfallen und war schon 1758 vom Herzog von Braunschweig mit leichter Mühe erobert worden. Seitdem hatte man noch einige Werke geschleift, ohne neue zu errichten, da man der Ausbreitung der emporblühenden Stadt keine Schranken setzen wollte. Kleinere Festungen in der dortigen Gegend waren Jülich und Düren, wichtige Etappen an den Strassen vom Rhein in die Niederlande, bedeutsam als Übergangsplätze über die Roer.[12])

Bayern hatte einmal eine geschützte Grenze besessen. Allein schon 1506 war das wichtige Kufstein, die Sperre des Inntales, verloren gegangen. Der Teschener Friede gab auch die beiden Brückenköpfe Schärding und Braunau an Österreich, dem somit der Weg nach München offen stand.[13]) An der Donau lag Ingolstadt, doch kam dies als Festung gar nicht mehr in Betracht. Während Bayern im Süden und Osten Österreich preisgegeben war, drohte ihm im Norden ein neuer gefährlicher Gegner an Preussen zu erstehen. Die beiden Markgrafschaften Ansbach-Bayreuth, deren Grenzverhältnisse zu Bayern äusserst verworren waren, sollten nämlich nach den Bestimmungen des Teschener Friedens

dem Königreiche Preussen zufallen, sobald der jetzt lebende Markgraf mit Tod abgegangen war.

Dem Zustand der Festungen entsprach der Zustand des pfalzbayerischen Heeres, dessen Pflege doch ein Gebot der Selbsterhaltung hätte sein sollen.[14]) 1740 hätte Kurbayern nach der Schätzung Friedrichs des Grossen 10—12000 Mann, Kurpfalz 8—10000 Mann ins Feld stellen können,[15]) 1778 dagegen belief sich die vereinigte Armada nur auf 14000 Köpfe.[16]) Zu einer Zeit also, in der Preussen seine Armee fast verdreifacht hatte, war die kurpfalzbayerische Truppe fast um die Hälfte zurückgegangen. Karl Theodor hatte eben wenig Sinn für das Heer, erblickte in demselben höchstens einen Gegenstand, der zur Unterhaltung und Belustigung diene.[17]) Jegliche Anregung von oben fehlte, die Offiziere wurden nicht einmal bei Hofe zugelassen, sodass ihnen die entsprechende soziale Stellung abging. In beeinträchtigender Weise machte sich der Stellenkauf fühlbar, jedes Emporsteigen in eine höhere Charge ward von der Erlegung der hiefür festgesetzten Summen abhängig gemacht. Die schlechte Besoldung sorgte schon dafür, dass der Andrang nicht zu stark war. Rittmeister zwischen 27 und 69 Jahren, Oberleutnants zwischen 23 und 70 Jahren waren bei diesen Zuständen möglich. Die Mannschaft sollte durch freiwillige Werbung ergänzt werden; da aber die Lust, zum Kalbfell zu schwören, stark nachgelassen, so hätte man ein allgemeines Rekrutierungsgesetz vorschreiben sollen.[18]) Dies wollte man nicht aus nationalökonomischen Erwägungen, kam vielmehr auf einen bedenklichen Ausweg, indem man eine in Bayern seit Maximilian I. bestehende Einrichtung durchführte. Nach einer Verordnung von 1769 sollten nämlich in das Heer gesteckt werden: „Lüderliche Bursche; Spieler; Säufer; ohne Kondition befindliche Schreiber, Jäger und Handwerker; Müssiggänger, nachlässige Studenten und sogenannte Bauernkönige.“ Von diesem Schlage blieb nur die Kavallerie verschont, darum erfreute sich diese auch eines guten Rufes. Wiederholte Vorstellungen der Minister gaben endlich Veranlassung, dass sich 1788 Karl Theodor zu einer Reform der Armee entschloss. Der Amerikaner Thompson wurde beauftragt, „mit geringen Kosten eine gute Armee zu erhalten.“[19]) Wie Thompson dieser seltsamen Aufgabe nachgekommen ist, wird unten noch zu besprechen sein.

Neben einer schlagfertigen Arme wäree eine umsichtige, den Aufgaben und Anforderungen der Zeit gewachsene Regierung am Platze gewesen. Allerdings hätten auch hervorragende Kräfte, soweit die auswärtige Politik in Betracht kommt, nie allen Landesteilen gerecht werden können. Selbst Montgelas gesteht, dass die zerstreute territoriale Lage die Befolgung eines einheitlichen Systems unmöglich

gemacht und Unterhandlungen mit mehreren Mächten, „wenn sie gleich untereinander im Streite lagen,“ erfordert habe.[20]) Mangel an einem einheitlichen System ist noch nicht identisch mit Systemlosigkeit. Der Vorwurf der Systemlosigkeit wird aber gerade gegen die Diplomatie Karl Theodors erhoben. Spottend meint einmal Graf Lehrbach, dass unter solchen Umständen in München alles möglich sei, ein andermal beklagte er sein Schicksal, das ihn gerade an einen Hof werfen musste, wo man bei der Schlaffheit der Verwaltungsmaschine immer nur von einem Tag zum andern handeln könne.[21])

Der Kurfürst selbst war kein grosser Politiker, doch übertraf er noch immer auf Grund seiner langen Erfahrung seine Minister.[22]) Er war einst durch Jesuiten in die Staatsweisheit eingeführt worden. Zu einer Zeit, in der Friedrichs Antimacchiavell allenthalben Aufsehen erregte, predigten in Mannheim die Jesuiten dem jungen Pfalzgrafen äusseren Hofprunk nach dem Vorbild Karl Philipps, redeten einem launenhaften Absolutismus das Wort, schwiegen aber von den Verpflichtungen des Fürsten gegen den Staat.[23]) Die am Schein klebende Denkweise seiner Erzieher genügte Karl Theodor. Eine sanguinische Natur, liess er sich durch die Erscheinung des Augenblicks fortreissen und übersah gewöhnlich das Wesen der Dinge. Darum war ihm, dem Geschmack der Zeit entsprechend, Glanz seines Hofes wichtiger als tiefgreifende politische Reform, die burgundische Königskrone erstrebenswerter als der bayerische Kurhut; ob seine Macht in Brüssel auf starken Füssen stand oder nicht, blieb ihm einerlei. Der Grundsatz des: „le roi s'amuse“ würde auch seine Maxime. Dabei hatte Karl Theodor mehr die Natur eines Künstlers als die eines Politikers; er empfand ein Bedürfnis nach dem Umgang mit Künstlern und freute sich der Rolle des deutschen Kunstmäcens. Im Alter trat der Hang zu sinnlichen Genüssen stärker hervor; Jagd, vitellische Gastereien, der Verkehr mit dem ewig Weiblichen füllte die ganze Zeit aus, die der Kurfürst nicht schlafend verbrachte.[24]) Diese Ausschweifungen hatten mit der Zeit seine Natur völlig entnervt. Schlagflüssig, in Sinnestaumel versunken, mochte er von Staatsgeschäften nichts hören, „geschweige denn sich damit abgeben.“[25]) Ein hässlicher Zug der Ländergier, der Gewinnsucht macht ihn uns wenig sympathisch; in Fragen der auswärtigen Politik konnte diese Habsucht nie ihre Rechnung finden, darum ging der Kurfürst im österreichischen Erbfolgekrieg, wie im siebenjährigen Kriege leer aus.[26]) Die geringen Erfolge seines Lebens, die Unsicherheit auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, endlich die missliche territoriale Lage des Landes, erweckten allmählich in dem Kurfürsten steigendes Misstrauen gegen die

Grossmächte, aber auch eine Zweideutigkeit, die es mit niemandem verderben wollte.[27]) Seit 1757, seit dem Bruche mit Preussen, schloss sich Karl Theodor näher an Österreich und Frankreich an, die ihm seine niederrheinischen Besitzungen garantierten.[28]) Dieses Bündnis mit Hofburg und mit Versailles blieb bis 1792 die Basis seiner Politik. Seitdem er sich durch die Zustimmung zum Austausche Bayerns gegen Belgien den Hass seiner Verwandten und seiner Untertanen zugezogen, trat er in der äusseren Politik nur selten noch hervor. „Da niemand eine Tätigkeit seiner Politik wahrnahm, sagt Montgelas, so galt sie den europäischen Ereignissen als durchaus ferne stehend.“ [29])

Von jeher war der schwache Fürst dem Einflusse seiner Umgebung leicht zugänglich gewesen. Früher hatte ihn seine Gemahlin Elisabetha Auguste, dann der Minister Beckers beherrscht, um 1789 vermochten bei ihm viel der Fürst Bretzenheim, der Pater Frank und der General Thompson. Bretzenheim war ein natürlicher Sohn Karl Theodors. Er wurde vom Vater auf Kosten der Untertanen mit Reichtümern überhäuft und vom Kaiser in den Fürstenstand erhoben. Schon als Halbblut ein Gegner Zweibrückens, diente er der österreichischen Politik seit seiner Standeserhöhung als getreuer Fürsprecher.[30]) Noch bedeutsamer war die Rolle seines Erziehers, des Exjesuiten Frank. Eine jener Naturen, die nichts scheinen, aber alles sein wollen, hatte Frank die Kurpfalz wie ein bettelnder Missionar betreten, aber sich am Hofe zu Mannheim bald eingeschmeichelt. Die wachsende Bigotterie des Kurfürsten, sein krasser Aberglaube und Fatalismus öffneten dem Einfluss Franks Tür und Tor. Konsequent suchte dieser herrschsüchtige Priester die Verwirrung seines Herrn in den Geschäften auszunützen, um am Ruder zu bleiben. Ihm war das Haus Zweibrücken deshalb am meisten verhasst, weil er in ihm einen Träger der Aufklärung sah, und weil er befürchten musste, dass mit dem Emporkommen dieses Hauses die Aufklärung auch in Bayern einziehen werde. Bis dahin musste jede freie Regung im Lande unterdrückt, die Macht ausgenützt werden. Der Hass führte diesen Fanatiker in das Lager Österreichs.[31]) Harmloser, für die Nachwelt sogar nutzbringend, gestaltete sich die Macht des Amerikaners Thompson, der 1792 als Graf Rumford in den Grafenstand erhoben wurde. Von Des Cars, einem französischen Emigranten, der im Oktober 1789 nach München kam, wird Thompson als die einzige uneigennützige Person am Münchener Hofe hingestellt, nach den österreichischen Gesandtschaftsberichten war er auch dies nicht. In militärischen und technischen Fragen bildete er Karl Theodors rechte Hand, in die auswärtige Politik mischte er sich nur zeitweise ein.[32])

Minister des Äussern war 1789 Freiherr Matthias von Vieregg, ein Jugendfreund des Kurfürsten. Die bedeutende Stellung seines Vorgängers Beckers hat Vieregg nie erlangen können. Träge und energielos, ohne politische und diplomatische Schulung, betrachtete er alle Angelegenheiten durch die Brille des Vorurteils, das er einmal gegen den Fürstenbund gefasst hatte. Er durfte es schon deswegen nicht mit Österreich verderben, weil Graf Lehrbach ihm mit seiner Sachkenntnis helfend zur Seite stand. Bei schwierigen Lagen hatte der ratlose Mann nur ein Achselzucken, er besass nicht die schlaue Kunst seines Herrn, sich mit etwas Doppelgängigkeit durchzuhelfen. Viereggs Korrespondenz mit den Gesandten entbehrt der Anregung, darum sah sich gar manche tüchtige Kraft durch seine Lethargie lahm gelegt. Scharf ging Posch, Gesandter in Berlin, mit ihm in einem Schreiben an Max Joseph ins Gericht. „Die unglaubliche Sorglosigkeit des Münchener Kabinetts, sagt er, das keinem Impuls folgt, den man ihm zu geben sucht, der völlige Mangel an Instruktionen und sonstigen Aufklärungen, den ich seit sieben Jahren zu fühlen habe, können mich nur in eine höchst entmutigende Lage bringen und mir sehr lebhaft meine Nutzlosigkeit fühlbar machen.“ [33])

Grössere Geltung als Vieregg besass Freiherr Anton von Oberndorff, der in Mannheim mit vizeköniglicher Gewalt über die kurpfälzischen Lande regierte. Er war im Gegensatz zum phlegmatischen Vieregg beweglich, neigte aber aus Mangel an hohen Gesichtspunkten zu kleinlicher Intrigue und trieb Politik auf eigene Hand, ohne sich viel um die Weisungen aus München zu kümmern. Wegen seiner Doppelzüngigkeit hält ihn Lehrbach für das vollendete Ebenbild seines Herrn. Gewagten Schritten war Oberndorff abhold. Seine Verwaltung hat für die Pfalz dieselben Folgen gebracht wie die Herrschaft Franks in Bayern.[34])

Mit Vieregg in guten Beziehungen stehend, von Frank über alle Vorgänge bei Hofe unterrichtet und beim Kurfürsten als Vertreter des Kaiserhauses persona grata, verstand es der österreichische Gesandte Graf Konrad Lehrbach meisterhaft, den Münchener Hof zu beherrschen und die Entfremdung mit Zweibrücken zu nähren. Er war „ein langer, hagerer Mensch, mit stechendem Blick und heftigen Bewegungen,“ der mit rabulistischen Spitzfindigkeiten und unerwartet vorgebrachten Einwänden die Regierung völlig beherrschte. Dieser Schüler Pütters war bei seiner genauen Kenntnis des Reichsrechts an einem Hofe, wo weder die fremden Gesandten noch die eigene Regierung die Reichsverfassung kannten, unentbehrlich. Dagegen besass er nicht den rücksichtslosen Machiavellismus und die einschüchternde Art seines Vorgängers Franz von Lehrbach.[35])

Erstes Kapitel.

Reichsvikariat und Kaiserwahl. 1790.

Im Jahre 1788 hatte Kurfürst Karl Theodor aus Ärger über die Münchener Bürger, die bayerische Hauptstadt verlassen und war nach Mannheim übergesiedelt. Alle Schritte der bayerischen Stände, ihn zur Rückkehr zu bewegen, scheiterten. Da machte sich, Ende Dezember, Herzog Karl persönlich von Zweibrücken nach Mannheim auf, um den Oheim umzustimmen, hatte aber ebensowenig Erfolg.[1]) Erst im Mai 1789 kehrte der Kurfürst zurück, weil er die Langeweile seiner einst so lustigen Residenz nicht länger ertragen konnte. Die enttäuschten Pfälzer, die sich von seiner Ankunft die Wiederkehr der alten, frohen Tage versprochen hatten, beschuldigten ihn der Charakterlosigkeit und warfen ihm vor, er wolle sie und die Bayern täuschen.[2])

Die Zusammenkunft zwischen Onkel und Neffen stellte wenigstens ein äusserliches Freundschaftverhältnis wieder her. Eine innerliche Annäherung blieb bei dem Geize des Kurfürsten, der Verschwendungssucht des Herzogs und dem politischen Gegensatze undenkbar.

1789 war Österreich durch innere Unruhen, durch die Türken im Osten und durch Preussen im Norden schwer bedroht. Bei dieser Situation hätte der Gedanke an einen Austausch Bayerns gegen das rebellische Belgien wenig Erfolg verheissen. Dennoch sandte eine Wiener Zeitung, das Wiener Blättchen, in seiner Ausgabe vom 15. Febr. 1789 die Kunde davon mit aller Bestimmtheit in die Welt.[3]) Die Mannheimer Regierung geriet in peinliche Angst, sie fürchtete für die verlassenen Bayern, die durch diese Nachricht noch unruhiger gemacht werden konnten, und liess hastig bei Cobenzl und Lehrbach Aufklärung verlangen. Cobenzl stellte die Meldung als leeres Zeitungsgeschwätz hin, worauf man sich beruhigte.[4])

Aus dem Zustand des Halbschlummers wurde die pfalzbayerische Regierung gerüttelt durch den Tod Kaiser Josephs, 20. Februar 1790. Da noch kein König erwählt war, musste Karl Theodor die Reichslande des fränkischen Rechtes verwesen. Fast schien es, als ob man in München alles Reichsrecht vergessen hätte. Kein Minister wusste in

Vikariatssachen Rat. Graf Lerchenfeld, der Gesandte am Reichstag, erhielt keine Instruktionen, nicht einmal Antworten auf seine Anfragen.[5] Man stritt mit Kursachsen, dem Vikariatsführer der Lande des sächsischen Rechts, über ganz unbedeutende Formsachen herum, beeilte sich aber nicht, das Vikariatstribunal zu eröffnen und einigte sich nicht mit Sachsen über die Person des Prinzipalkommissärs, der den Reichstag während des Vikariats hätte leiten sollen.[6] Nachdem endlich eine Vereinbarung mit Sachsen erzielt worden war, sodass die Tagung in Regensburg hätte beginnen können, trat Kurmainz auf und bestritt den Vikaren das Recht zur Leitung des Reichstags. Mainz, das von seinem früheren Glanze zehrte, und noch immer die führende Stellung im Reiche beanspruchte, behauptete, nur der Reichsdirektor dürfe den Reichstag leiten.[7] Da in früheren Interregnen der Reichstag nie versammelt war, so konnte man sich auf keine Präzedenzfälle berufen. Jeder glaubte, in seinem Rechte zu sein, eine Einigung kam nicht zu Stande, der Reichstag stand still und nahm erst im Februar 1791 seine Geschäfte wieder auf. Die im Elsass geschädigten deutschen Fürsten mussten sich einstweilen gedulden. Österreich hatte kein Interesse, den Streit zu schlichten; denn nach seiner Auffassung war eine Tätigkeit des Reichsparlamentes nicht möglich, wenn dem Reiche das Oberhaupt fehle.

Ganz andern Eifer entfaltete dagegen die pfalzbayerische Regierung, wenn die Vikariatsrechte materielle Vorteile boten. So wurden massenweise die Ritterlein „gegraft", wenn sie die hiefür verlangte Gebühr erlegt hatten; in der Auswahl der Personen verfuhr man „nicht mehr heikel." Es herrschte „eine unbegreifliche Taxerhaschungsbegierde."[8] Unter andern erlangten auch Vieregg und Oberndorff die Grafenwürde.

Ferner wurde auf Grund des kaiserlichen Lehensrechtes ein der Krone Böhmen gehöriges Lehen dem Grafen Bettschart, dem Gemahl der kurfürstlichen Mätresse Schenk, verliehen, trotzdem durch die goldene Bulle Böhmens Ausnahmestellung vom Reichslehensrecht anerkannt war. Es ist immerhin möglich, dass dies Karl Theodor nicht bekannt war, ausschlaggebend für sein Vorgehen war, dass bisher Nürnberger Patrizier, die geschworenen Feinde von Kurpfalz, im Genusse des Lehens waren. Da nun der Kurfürst die Reichsstädter aus der Oberpfalz verjagen wollte, so bot diese Lehensverleihung einen geeigneten Vorwand. Nürnberg protestierte zwar beim böhmischen Lehenshofe, wo man sich viel herumstritt, allein Bettschart blieb im Genusse des Lehens.[9]

Endlich waren zu Beginn des Vikariats die Bistümer Regensburg und Freising erledigt, im darauffolgenden Juni

starb auch der Bischof von Eichstätt, somit trat der bisher nie dagewesene Fall ein, dass der Reichsvikar die Neuwahlen zu leiten hatte.[10])

Bei der Wiederbesetzung der Bistümer mussten die Interessen Österreichs und Bayerns aufeinander stossen. „Das stiftische Deutschland“ bildete seit mehr als 800 Jahren den Grundpfeiler der kaiserlichen Macht, war aber immermehr in verhüllte Abhängigkeit des gleichfalls katholischen Österreichs geraten. Jüngst noch hatte Joseph die Stifter seine starke Hand fühlen lassen. Vor allem Regensburg erweckte für die Hofburg ganz besondere Aufmerksamkeit, da zu seinem Sprengel das Egerland gehörte. Für Bayern dagegen fielen die Bistümer ins Gewicht, weil sie mit ihren Diözesanbefugnissen hauptsächlich kurfürstliche Lande umfassten, weil sie viele Besitzungen unter bayerischer Landeshoheit besassen und viele Mitglieder des bayerischen Adels, dem nur hier noch Aussicht auf die Mitra winkte, in ihren Domkapiteln zählten. Seit Jahrhunderten hatte es Reibereien zwischen der Münchener Regierung und den unabhängigen Reichsstiftern gegeben; noch vor kurzem war der alte kirchenpolitische Kampf im Nuntiaturstreit wieder entfacht worden. Eine Stellungnahme des Kurfürsten war demnach bei der Kandidatenfrage sicher zu erwarten. Nun war ein Konflikt mit Österreich vorauszusehen, wenn er mit seinem alten Plane hervortrat, eigene Landesbistümer zu gründen, um sein Gebiet der Diözesangewalt der Bischöfe zu entziehen.[11]) Den Anlass hiezu hätte nur die Wahl von kaiserfreundlichen, den Erzbischöfen ergebenen Domherren zu liefern brauchen. Dazu durfte es jedoch der schüchterne Karl Theodor kaum kommen lassen, auch bürgte für den Frieden der gewandte Zoglio, der schon im Interesse der Kurie einem Streit mit Österreich vermeiden musste.

Fürstbischof Max Prokop von Freising und Regensburg war am 31. Dezember 1789 gestorben. Eine gemeinsame Besetzung der Bistümer war nicht geplant; es galt daher für jedes eigene Kandidaten aufzustellen. Freising war durch seine letzten Bischöfe stark in Schulden gestürzt worden. Dies nahm Österreich, das anscheinend wenig Aussicht hatte, einen seiner Anhänger durchzubringen, zum Vorwand, um die Wahl bis auf weiteres aussetzen und das Land in kaiserliche Verwaltung nehmen zu lassen, bis die Passiva gedeckt seien.[12]) Dem widersetzten sich Karl Theodor und der Nuntius. Der Kurfürst hatte seinen Mann bereits in dem Propste von Berchtesgaden, Freiherrn von Scharffenberg, gefunden und gedachte, dessen Wahl mit allen Mitteln durchzusetzen. Zum Dank hätte dann Scharffenberg in die Abtretung der Berchtesgadener Salinen an Bayern gewilligt. Anfangs März erschien Graf Törring-Seefeld als Wahlbot-

schafter in Freising. Er verlangte von den Domherren einen genauen Etat und drohte mit Unterbrechung der Wahl, wenn sie denselben nicht beibrächten. Törring schloss sämtliche Mitglieder des Kapitels als wahlunfähig von der Kandidatenliste aus und bezeichnete als einzig würdigen Bischof den Freiherrn von Scharffenberg. Die Domherren fügten sich in den Zwang der Umstände und wählten den Propst, der bald die päpstliche Zustimmung erhielt.[13]) Der neue Bischof erschien dem Kurfürsten als die richtige Person, die einer Umwandlung Freisings in ein Landesbistum wenig Widerstand entgegensetzen könnte. Wenigstens trug sich im Frühjahre 1792 Karl Theodor ganz ernstlich mit dem Gedanken, die Frauenkirche zum Domstift zu erheben, „einen Diözesanbischof zu erhalten" und das Bistum Freising auf alle Art zu beschränken.[14]) Wer freilich den Plan vereitelt hat, lässt sich aus den Akten nicht bestimmen.

Heftiger war der Kampf um den Regensburger Stuhl, den man ein Ringen zwischen Fürstenbundspartei und Österreich nennen kann. Ein Domherr, Graf Thurn, hatte sich der Stimmen fünf seiner Freunde versichert und die Absicht ausgesprochen, für den Fall seiner Wahl dem Fürstenbunde beizutreten. Zur Mehrheit fehlten ihm nur noch zwei Stimmen. Dem von Preussen und Zweibrücken unterstützten Thurn stellte Österreich einen Freiherrn von Stubenberg gegenüber, einen geborenen Bayern, aber unbedingten Anhänger der kaiserlichen Sache. Der Nuntius bemühte sich, den Kurfürsten von jeder Einmischung in die Wahl, jeder Beeinflussung der bayerischen Domherren fernzuhalten. Dies gelang ihm bis zum Februar. Allmählich erinnerte sich doch Karl Theodor der Verpflichtungen gegen sein Land, riss sich von der kurialistischen Politik los und empfahl, ohne einen bestimmten Namen zu nennen, die Wahl eines Bayern. Dies war der erste Schritt zur Unterstützung Stubenbergs, den der ahnungslose Münchener Hof bald zu seinem Schützling machte. Die beiden ersten Wahlgänge ergaben Stimmengleichheit. Auch der dritte, den bereits Graf Lerchenfeld als Vertreter des Vikars leitete, brachte dasselbe Resultat. (27. Februar.) Nun trat Thurn zurück und veranlasste seine Anhänger, für Graf Lerchenfeld, einen Bruder des Gesandten, also für einen Bayern, einzutreten. Infolgedessen hätte der Münchener Hof seine Haltung ändern müssen. Der Kurfürst aber liess alles in beständiger Unsicherheit, entschied sich heute für Stubenberg und morgen für Lerchenfeld. Vierzigmal wurde gewählt, aber nie bekam einer die Mehrheit. Da beantragte Karl Theodor, um Ordnung zu schaffen, die Wahl Scharffenbergs; diesem fiel bald die Mehrzahl der Stimmen zu.[15])

Der Tod des Bischofs von Eichstätt war drei Monate

lang nicht am Reichstage angezeigt worden. Dieses Versäumnis trug dem Domherrn eine Geldstrafe seitens des gestrengen Kaiser-Stellvertreters ein. Im September nun erschien plötzlich Graf Rechberg in Eichstätt, um sich dem erstaunten Domherrn als Wahlkommissär vorzustellen. Aus der einen Tasche zog er ein päpstliches Breve hervor, das den erwähnten Freiherrn Joseph von Stubenberg als neuzuwählenden Bischof bezeichnete, aus der andern holte er ein kurfürstliches Schreiben, worin dem Bistume die Einkünfte aus dem Herzogtum Neuburg versagt wurden, eine Massregel, wozu der Papst seine Zustimmung bereits gegeben hätte. Die Domherren protestierten hiegegen, sie protestierten gegen die Anwesenheit Rechbergs, wählten aber doch, am 21. September, Stubenberg.[16])

Die Einmischung Karl Theodors in die Bischofswahlen gab Häusser Anlass, dem Kurfürsten vorzuwerfen, er habe seine vorübergehenden Vorrechte ausgebeutet, um einigen Günstlingen ansehnliche Pfründen zu verschaffen.[17]) Dergleichen Motive lagen Karl Theodor sicherlich fern; in diesem Falle entspricht seine Handlungsweise völlig dem Interesse seines Landes, das zu sieben reichsunmittelbaren Diözesen gehörte und so der Kirchenhoheit völlig entbehrte. Zärtliche Rücksichtnahme hätte in keinem Falle genützt.

Weit brutaler erscheint Karl Theodor in einem Streite mit der Reichsstadt Nürnberg.[18]) Bettschart, schon als Herr des umstrittenen Eckenhaidt ein Feind dieser Stadt, war im Mai 1790 Referent für die Oberpfalz, für Neuburg und Sulzbach geworden.[20]) In seiner Stellung wusste sich jener „Coquin“ zu behaupten, seitdem er Ansprüche der Pfalz auf Nürnberger Gebiet hervorgeholt hatte. Im landshutischen Erbfolgekrieg hatte nämlich Nürnberg einen Teil der Oberpfalz mit Hersbruck und Lauf besetzt und 1504 von Kaiser Max zugesprochen bekommen. Die abgetretenen Gebiete gehörten zu der sogenannten böhmischen Pfandschaft;[19]) Bayern hatte bis 1504 das Oberlehensrecht Böhmens nie anerkannt, die Nürnberger dagegen hatten dies getan, um ihren Raub zu sichern, und sich 1506 von König Wladislaus damit belehnen lassen. 1521 vertrug sich Kurfürst Ludwig, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, mit der Reichsstadt und erhielt gegen Verzicht auf einen Teil des Landes einige Herrschaften zurück und eine Geldsumme ausbezahlt. Allein die Pfälzer vergassen den Nürnbergern nie, dass diese die Gebiete auf unrechtmässige Weise erlangt hatten. Schon 1574 machte Pfalz neue Ansprüche geltend. Doch gingen die Prozessakten den Weg aller Akten des Reichskammergerichts, sie wanderten unerledigt in die grossen Kellerräume zu Speyer. 1791 nahm Karl Theodor den Plan, Hersbruck und Lauf zurückzubekommen, wieder

auf. Er zweifelte die Rechtsgiltigkeit des Vertrages von 1521 an mit der Begründung: „Reichsfürstentümer und Kurländer sind unteilbar, Stammlehen und Stammgüter dürfen nach dem Hausvertrage von Pavia nicht zu Ungunsten der Agnaten veräussert werden.“ Nürnberg wandte ein, die Oberpfalz gehöre nicht zum Kurland, der Hausvertrag aber sei von den Wittelsbachern selbst umgestossen worden und beschwerte sich beim Reichshofrat. Dieser gab der Reichsstadt Recht.[20]) Darüber geriet Pfalz in Entrüstung und griff zur Gewalt, um mit den Waffen das fragliche Territorium zu erobern. Anfangs Oktober 1791 wurden Teile der Ämter Velden und Hersbruck durch Reiterei besetzt und den Bewohnern unter Androhung von Dragonaden angezeigt, sie hätten von nun an ihre Steuern an Pfalz zu entrichten. Zwei Nürnberger Patrizier, Ebner von Eschenbach und Tucher von Simmelsdorf, wurden in der pfälzischen Exklave Schnaittach unter dem lächerlichen Vorwande, fremdes Gebiet ohne Pässe betreten zu haben, gefangen genommen und auf die Rotenburg geschleppt. Weitere Fortschritte Pfalzbayerns bewirkten, dass man im Dezember in Nürnberg sogar eine Überrumpelung der Stadt befürchtete und daran dachte, die Archive in Sicherheit zu bringen. Allein nun schritt doch der Reichshofrat ein, er schrieb einen neuen Termin für die streitenden Parteien aus und drohte Kurpfalz mit Exekution, wenn es von der Belästigung der Stadt nicht abstehe. Der Kurfürst fügte sich; die Verständigung mit Nürnberg kam indes nicht zuwege.[21]) Erst im Dezember 1793 meldete der österreichische Geschäftsträger, Freiherr von Tautphäus, dass ein Vergleich angebahnt werde. Doch hörte der Streit erst mit der Einverleibung Nürnbergs 1806 auf.[22])

Dieser Streit entfachte in ganz Deutschland einen Entrüstungssturm über den pfälzischen Friedensbrecher. Schlözer warf sich zum Verteidiger Nürnbergs auf und sagte, mit Vorwänden, wie sie Pfalzbayern gegen Nürnberg gebraucht, könne Karl Theodor schliesslich alle seine Nachbarn mit Krieg überziehen; dann wäre es aber auch um die Ruhe und Sicherheit Deutschlands für immer geschehen.[23])

Lange vor Josephs Tod waren zwischen den Kurfürsten Abmachungen für die Kaiserwahl getroffen worden. Preussen, das gegen Österreich in Konstantinopel und Warschau auf diplomatischem Wege vorging, suchte in Deutschland das historische Recht der Habsburger auf den Kaisertron zu durchbrechen, um Karl August von Zweibrücken auf den Thron Karls des Grossen zu erheben. Dieser Plan, 1789 entworfen, versprach aber nur dann Erfolg, wenn Karl Theodor bereits mit Tod abgegangen wäre.[24])

Nach diesem Plane war noch im April 1790 die Wahl Leopolds von Toskana äusserst zweifelhaft. Da die Fürsten-

bundspartei: Preussen, Sachsen, Hannover und Mainz bisher nur geringes Entgegenkommen verraten hatte, so wusste Karl Theodor die Bedeutung seiner Kurstimme recht wohl zu schätzen. Er wünschte die Wahl Leopolds, wollte aber wie 1745, 1750 und 1764 seine Stimme so teuer als möglich verschachern. Der alte Lieblingsgedanke, eine Krone zu erwerben, tauchte bei ihm wieder auf. Anfang März erschien der schleichende Frank, ohne Zweifel in geheimer Sendung bei Lehrbach, um darüber leise zu sondieren. Frank verhehlte sich nicht, dass Bayern kaum Königreich werden könne, da es ja zum Reichsverband gehöre, doch scheint er wegen eines Austausches keinerlei Anträge gestellt zu haben. Ende April erhielt der Gesandte den Besuch des Grafen Leiningen, des Gatten einer Tochter Karl Theodors; Leiningen machte gleichfalls Andeutungen wegen der Königskrone. Lehrbach aber liess sich nicht darauf ein, er wies auf die Schwierigkeiten hin, welche der Anerkennung der Königswürde seitens der europäischen Höfe in den Weg gelegt werden könnten.[25]) Man verfolgte den Plan nicht mehr, sondern warf nun die Blicke auf andere Entschädigungsobjekte.

Aufklärung über die weiteren Absichten der Regierung gibt ein Bericht Hallbergs vom 3. Juli 1790.[26]) Nach diesem Schreiben herrschte in der Staatskanzlei arge Verstimmung, seitdem Lehrbach die Meldung gebracht hatte, der Kurfürst wolle nur dann Leopold wählen, wenn Österreich ihm das Innviertel zurückgebe, einige Tiroler Ämter und einen österreichischen Bezirk an Bayern überlasse. Diese unsinnige Forderung kam selbst für Vieregg völlig unerwartet; er beteuerte auf Ehrenwort, von dem Antrag keine Kenntnis zu haben, und wusste auch den Minister, der angeblich mit Lehrbach Rücksprache genommen hätte, nicht zu nennen.[27]) Tatsächlich waren aber Anträge auf Landabtretungen gestellt worden und Oberndorff hatte den Vermittler gemacht und dabei die Rückgabe des Innviertels oder die Abtretung Kufsteins, Kitzbühels und Rattenbergs gefordert. Daraufhin erhielt Lehrbach von Kaunitz den Auftrag, künftighin alle derartigen Anträge von der Hand zu weisen.[28])

Nichts charakterisiert die Systemlosigkeit in München mehr als die Anträge vom April und Juni. Im Frühjahr hätte man unbedenklich Bayern losgeschlagen, wenn Österreich zum Austausche bereit gewesen wäre. Jetzt forderte man altbayerische Lande zurück, die dem Hause Wittelsbach in Zeiten der Schwäche entrissen worden waren.

Nunmehr mässigte die Regierung ihre Ansprüche ein wenig. Oberndorff, der eine Wahlbotschafter für die Kaiserwahl, erhielt im August den Auftrag, dahin zu wirken, dass Österreich die in der Oberpfalz, in Neuburg und Sulzbach

gelegenen böhmischen Lehen aufgebe und an Bayern abtrete oder sich mindestens mit der blossen Suzeränität darüber begnüge, aber nicht mehr die Landeshoheit geltend mache; ferner sollte Österreich eine grössere Schuld von 893 455 fl, die Bayern einst bei den Klöstern des Innviertels aufgenommen, nachträglich noch übernehmen. Mit der Versicherung: „Wir verlangen nur, was uns vor Gott und der Welt ohnehin schon gehört,". motivierte die Regierung die Billigkeit ihrer Forderung.[29]) Die böhmischen Lehen, die mitunter, aber irrtümlicherweise mit der sogenannten böhmischen Pfandschaft identifiziert worden sind, nannte man mehrere einst reichsunmittelbare feste Schlösser und Herrschaften, welche Kaiser Karl IV. nach der Erwerbung der böhmischen Oberpfalz an sich gebracht hatte. Ein Teil derselben war im Lehenswege Nürnberger Patriziern zuerkannt worden, mit dem grösseren Teil war Karl Theodor im Teschener Frieden belehnt worden. Da Böhmen ein Vasallitätsverhältnis im lehensrechtlichen Sinne nicht anerkannte, sondern die Inhaber der Güter zu böhmischen Untertanen zu stempeln suchte, so wäre Karl Theodor mitten in seinem Lande Untertan der Wenzelskrone geworden. Wollte man ähnlichen zweideutigen staatsrechtlichen Zuständen, wie sie im Elsass zwischen der Krone Frankreichs und dem Reiche bestanden hatten, aus dem Wege gehen, so war eine Lösung dringend notwendig.[30]) — Die in dem Schreiben an Oberndorff erwähnte Schuldsumme hatte 1782 Österreich zur Bezahlung gefordert; doch wurde auf bayerischer Seite betont, das Innviertel sei nach dem status quo abgetreten worden, darum wäre man zur Auszahlung nicht verpflichtet. Beide Parteien waren nach ihrer Auffassung im Rechte; Österreich betrachtete die Schuld als eine Staatsanleihe, Bayern als eine Provinzialanleihe des Innviertels.[31]) — In beiden Fragen war der Ausgleich nicht schwer, wenn Österreich einigermassen guten Willen verriet. Am 30. August 1790 übergab Oberndorff in Frankfurt seine Denkschrift. Graf Metternich-Winneburg sah die Berechtigung der bayerischen Forderungen ein, wollte aber deren Erledigung „auf ruhigere Zeiten" verschieben.[32]) Pfalzbayern durchschaute die österreichische Verschleppungstaktik und drängte noch mehr. Infolgedessen wurden die Unterhandlungen schon im Oktober in Wien aufgenommen, doch kam man zu keinem Ergebnis; Hallberg versprach sich in der Lehensfrage keinen Erfolg.[33]) 1792 regte Zweibrücken die Sache von neuem an, aber erst 1806 wurde ein Vergleich erzielt.

Zweites Kapitel.

Die Revolution und Pfalzbayern bis zu Beginn des Krieges zwischen Frankreich und Österreich.

Indessen war in Frankreich jene gewaltige Volksbewegung ausgebrochen, die alle Einrichtungen dieses Staates ins Wanken brachte, die grosse Revolution. Schon ihre Anfänge verrieten, dass der Macht der Ideen, von denen sie getragen war, keine Grenzpfähle halt geboten. Sehr frühe zeigten sich in der Pfalz Symptome der Ansteckung.

Seit den Tagen Karl Ludwigs hatte die Pfalz nicht mehr den Segen einer geordneten Verwaltung verspürt, darum waren auch ihre Zustände nicht die besten.[1]) Das unzählige Wild in den kurfürstlichen Waldungen vernichtete die junge Aussaat; der Monopolzwang auf Lebensmittel musste in dem von fremden Gebieten durchsetzten Lande zum Entsetzen werden. Fürst Bretzenheim hatte den gesamten Holzhandel an sich zu reissen gewusst, liess durch seinen Vater jede Konkurrenz verbieten und bereicherte sich, indem er in unerhörter Art die Preise in die Höhe trieb. Die pfälzischen Beamten hausten fast wie türkische Beamte. Zumeist fremde Abenteuerer oder Angehörige des heruntergekommenen Reichsritterstandes, waren sie durch Stellenkauf in ihre Ämter gelangt und suchten dann ihren Posten durch allerlei Finanzkniffe möglichst einträglich zu gestalten. Ihre Korruption äusserte sich in schonungsloser Erpressung gegenüber den Untertanen, sie drang in die Rechtsprechung ein und vergiftete alles Rechtsbewusstsein im Volke. Ihre Willkür durfte sich bei dem Mangel jeder Beaufsichtigung die Unterdrückung wohlmeinender kurfürstlicher Verordnungen erlauben, wenn nur dadurch der Egoismus seine Rechnung fand; nicht mit Unrecht ging im Volke das höhnische Sprichwort: „Es währt so lange wie eine pfälzische Verordnung." Dabei war die weitaus überwiegende protestantische Mehrheit der Pfälzer nicht einmal in der Freiheit des Gewissens gesichert; die Ketzerei langsam auszurotten, war seit den Tagen der Neuburger traditionell geworden; kein Protestant durfte die Stelle eines Beamten oder auch nur die eines Dorfschulzen bekleiden; das Schulzenamt führten mitunter Katholiken, die wie ein Zeitgenosse übertreibend schreibt, „vor Dummheit kaum lallen konnten," und wegen ihrer niedrigen Herkunft bei den

Bauern kein Ansehen besassen. Bei gemischten Eheschliessungen wurde die gröbste Beeinflussung geübt; Denunziationen protestantischer Bürger wurden beim Oberamte gerne gesehen. Selbst der kirchliche Besitz, der Geistlichkeit und Schulen dotierte, drohte den Protestanten entrissen zu werden, seitdem eine päpstliche Bulle, ohne die geringste Berechtigung und gegen die Bestimmungen des westfälischen Friedens, dem gewinnsüchtigen Kurfürsten das Recht zugestanden, alles ehemals katholische Kirchengut den Ketzern zu entreissen und an sich zu bringen.[2]) Die Vorgänge in Eichstätt und Nürnberg bewiesen, wie wenig sich Karl Theodor durch Bedenken zurückhalten liess. Der geistige Druck lastete auf allen Klassen der Bevölkerung, und die Heidelberger Hochschule, an der einst Pufendorf gelehrt, war der Sitz leerer Religionszänkereien geworden.

In Scharen hatten die Pfälzer dem Jammer der Heimat den Rücken gekehrt, um in Amerika sich anzusiedeln und dort langsam im Engländertum aufzugehen, oder in Galizien dem Kaiser Joseph als Pioniere der Kultur zu dienen und dem Polonismus zu verfallen. Den Zurückgebliebenen sicherte allmählich der Einspruch Preussens und Hannovers gegen die Kirchenpolitik Karl Theodors einigen Schutz zu, sodass das Schlimmste verhütet werden konnte.

Gemeinsames Leid knüpft enge Freundschaftsbande; der Tag der Verkündigung der Menschenrechte erweckte in der Pfalz die freudigste Stimmung, er zauberte aus dem Elend der Gegenwart das Hoffnungsbild eines idealen Lebens, einer besseren Zukunft hervor. Diese Begeisterung hat Goethe am klarsten zum Ausdruck gebracht, wenn er den Richter von dem Pfälzer also reden lässt:

„Denn verleugnet es wohl, dass hoch sich das Herz ihm erhoben,
„Ihm die freiere Brust mit reineren Pulsen geschlagen,
„Als man hörte vom Rechte des Menschen, das allen gemein sei,
„Von der begeisternden Freiheit und von der göttlichen Gleichheit.
„Damals hoffte jeder, sich selbst zu leben, es schien sich
„Aufzulösen das Band, das viele Länder umstrickte,
„Das der Müssiggang und der Eigennutz in der Hand hielt."[3])

Im ganzen Ländchen gährte es, in einigen Oberämtern drohte das Volk, über die Landschreiber, die pfälzischen Finanzbeamten, denen ein grosser Teil der Schuld zuzuschreiben war, herzufallen; in Neustadt suchten die Bürger die Getreideausfuhr nach Frankreich zu sperren, im oberen Queichtale rotteten sich die Bauern zusammen, um die Bäume in den herrschaftlichen Wäldern zu fällen. Tagtäglich hielt Oberndorff in Mannheim Beratungen, um dem Ausbruch

weiterer Unruhen vorzubeugen. Der Kurfürst liess alles Schwarzwild niederschiessen und hob das Holzmonopol auf; auch gewährte er allen Rebellen volle Amnestie.[4]) Da kein Mittelpunkt der Bewegung vorhanden war, schlief der Aufstand von selbst wieder ein. Doch traf die Regierung keine Massregeln, um neue Aufstände im Keime zu ersticken, und führte keine besseren Zustände herbei; die Furcht vor dem Geiste der Freiheit wirkte geradezu lähmend auf sie. Zwei Jahre später klagt Seinsheim, dass keine Schritte geschähen, um die gerechten Beschwerden des Volkes über die schrecklichen Quälereien der Landschreiber zu prüfen, dass die Religionsverfolgungen fortdauerten, gegen die Reichsverfassung und die Friedensverträge.[5]) [6])

Die politischen Beziehungen Pfalzbayerns zu Frankreich begannen bald den Einfluss der Revolution zu spüren. Das innige Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Staaten war auch nach dem siebenjährigen Krieg noch fortgesetzt worden. Die französisch-österreichische Allianz garantierte dem Kurfürsten Jülich und Berg; Frankreichs Bemühungen war vornehmlich Friedrichs Verzicht im Teschener Frieden zu danken. Zu engen Anschluss an diesen Staat verbot die Nähe Österreichs. Daher blieben die Bemühungen Vergennes, durch die Sendurg Montezans Karl Theodor mit seinen Neffen auszusöhnen und das wittelsbachische Haus völlig an das Interesse Frankreichs zu ketten,[7]) ohne Erfolg. Montezan war am allerwenigsten für eine so wichtige Aufgabe befähigt, sein hochfahrendes Wesen stiess den Kurfürsten ab, sodass der Gesandte nie recht zu Geltung kommen konnte.[8])

Durch die Beschlüsse der Nachtsitzung vom 4. auf 5. August hatte die Nationalversammlung alle Feudalitätsrechte aufgehoben. Da sich von nun an die Souveränität Frankreichs über alle Gebiete, die bisher nur unter dessen Oberhoheit gestanden, erstrecken sollte, so war die endgültige Einverleibung des Elsass angebahnt worden. Der Beschluss bedrohte auch den Kurfürsten mit dem Verluste eines Teils seiner Länder und Einkünfte. Durch das Schwetzinger Abkommen vom 16. Juni 1765 glaubte er einen zweideutigen staatsrechtlichen Zustand in seinem Territorium zu beseitigen, indem er die unter französischer Oberhoheit stehenden Ämter Selz und Hagenbach gegen zweibrückisches Gebiet im Westrich umtauschte. Jetzt stellte sich heraus, dass Frankreich auch noch über andere kurpfälzische Besitzungen Oberhoheitsrechte ausgeübt und zu deren Besitzergreifung befugt sei. Im Jahre 1709 hatte der Bischof von Speier, als Abt von Weissenburg, dem Kurfürsten Johann Wilhelm die Mitregierung über mehrere Dörfer seines Gebietes zuerkannt. Es waren dies die 13 Dörfer der „Gemeinschaft“ Landeck, 9 Dörfer der „Gemeinschaft“ Altenstadt und ver-

schiedene Dörfer der Grafschaft Dahn. Dem Oberamte Germersheim waren die Gebiete unterstellt worden, und die Vögte übten fast ganz allein die Hoheitsrechte des Kurfürsten aus. Die Einkünfte hetrugen 6000 fl.[9]) Diese Dörfer zählten zu jenem elsässischen Territorium, das durch den § 87 des westfälischen Friedens Frankreich halb zugestanden, halb streitig gemacht wurde. 1758 hatte Speyer die Suzeränität Frankreichs über seine elsässischen Lande anerkannt und sich dadurch eines eigenmächtigen Vorgehens schuldig gemacht; denn für die gemeinsam regierten Gebiete war jedenfalls die Zustimmung von Kurpfalz erforderlich. Bis 1788 machte Frankreich keine Ansprüche auf den pfälzischen Anteil, erst in diesem Jahre zweifelte die elsässische Provinzialversammlung die Rechte Karl Theodors an; dieser traf sofort in Paris bei Montmorin geeignete Schritte und erlangte ganz beruhigende Zusicherungen. Als mit Beginn des Jahres 1790 in dem strittigen Lande die Dekrete der Nationalversammlung zur Ausführung gebracht wurden, wandte sich der Kurfürst an seinen Vertreter Hermannt mit seinen Beschwerden und betraute diesen mit der Führung der Sachen. Hermannt befolgte seinen Auftrag nicht, sondern versicherte seinem Herrn, Frankreich könne keine Ansprüche machen, denn die Dörfer hätten immer zum Oberamt Germersheim gehört, und nie habe Frankreich das Ansinnen gestellt, man solle zu „lettres patentes“ greifen. Die Richtigkeit seiner Folgerung bestätigte er durch den Ausspruch eines Deputierten, der zwar von der Einverleibung der Lehen der fremden Fürsten, nicht aber von der Annektierung ihrer souveränen Gebiete geredet habe.[10]) Leider übersah Hermannt dabei, dass sowohl Frankreich wie Kurpfalz das Recht der Souveränität auf dem strittigen Territorium zu haben behaupteten. Die Einführung der Munizipalitäten bewies, dass Frankreich bei Kurpfalz keine Ausnahme von seinen Gesetzen machte, doch wünschte die Nationalversammlung jeglichen Konflikt mit dem Auslande zu vermeiden und beschloss am 15. März 1790, die Hoheitsrechte der Fürsten durch Geld abzulösen. Diesen Vorschlag hielt Karl Theodor geradezu für beleidigend; er schärfte Hermannt ein, bei jeder Gelegenheit dem Minister zu eröffnen, dass ihm seine Rechte nicht um Geld feil seien.[11]) Nun nahm Montmorin die Sache selbst in die Hand und trug Montezan auf, in München weitere Eröffnungen in der Entschädigungsfrage zu machen;[12]) allein der Beschluss der Assemblee war nicht zu umgehen, darum bot Montmorin immer wieder Geld an (Juli 1790).[13]) Der Kurfürst blieb auf seiner Weigerung bestehen, war zwar „unter gewissen Umständen einem Vergleich nicht abgeneigt, betonte aber für die Gegenwart die Solidarität mit seinen geschädigten Mitständen. Bei der

Wahl Kaiser Leopolds tat er den entscheidenden Schritt in der ganzen Frage; er unterschrieb die Eingabe der Kurfürsten an den Kaiser, welche diesen mit der Wahrung der deutschen Interessen im Elsass betraute, und verzichtete damit auf Sonderunterhandlungen.[14]) Ende Dezember trat der Gegensatz zwischen der deutschen und französischen Auffassung schärfer hervor, als nämlich Ludwig XVI. in einem Schreiben die Unmöglichkeit betonte, eine Ausnahme vom Beschlusse des 15. März zulassen zu können und, entgegen der deutschen Absicht auf gemeinsames Vorgehen, neue Separatunterhandlungen vorschlug. Karl Theodor berief sich wieder auf die erforderliche Zustimmung seiner Mitstände, die ohnehin viel schwerer als er geschädigt seien, redete sich hinaus, ohne Mitwirkung der Agnaten nichts tun zu dürfen, unterliess aber nicht, darauf hinzuweisen, dass die strittigen Gebiete zum Reiche gehörten und demselben durch mehrere Friedensschlüsse ausdrücklich zuerkannt seien. Sehr bedenklich erschien ihm, wenn er als Mitglied des Kurfürstenkollegiums, das dem Kaiser die Angelegenheit in die Hand gegeben, eigenmächtig vorgegangen wäre.[15]) Auf ein Schreiben Kaiser Leopolds an König Ludwig entgegnete die französische Regierung, die Einmischung stehe dem Reiche nicht zu, der ganze Streit sei eine Differenz zwischen der Krone Frankreich und ihren Vasallen.[16]) — Mitte Februar sollte das Kürfürstenkollegium sich an den König Ludwig wenden; Karl Theodor war einverstanden, verlangte aber einhelliges Vorgehen seiner Freunde. Diese Einmütigkeit war nicht vorhanden, daher unterblieb das Schreiben.[17]) Um dieselbe Zeit hatte Herzog Karl von Zweibrücken seinen Oheim zu bestimmen gesucht, das Haus Wittelsbach möge gemeinsam in Paris Vorstellungen machen; Karl Theodor verhielt sich ablehnend, da diese Massregel einer Separatunterhandlung gleichgekommen wäre; er wollte Zeit gewinnen und rechnete auf eine Gegenrevolution, die von selbst den status quo ante herstellen werde. Er blieb bei seiner Meinung, dass nur das Reich gemeinsam abschliessen dürfe.[18]) Da er Zeit gewinnen wollte, so war die Vermittelung des langsam arbeitenden Reichstages der beste Weg dazu.

Am 26. April begannen am Reichstag die Beratungen über die Entschädigungsfrage. Den geistlichen Fürsten ging das Tempo zu langsam, sie versprachen sich von blossen Reichstagsreden keinen Erfolg. Kurmainz glaubte Frankreich schneller zur Nachgiebigkeit zu stimmen und beantragte, das Reich möge einen Truppenkordon an der Grenze ziehen, der den deutschen Forderungen Nachdruck verleihen sollte. Dagegen verhielt sich Karl Theodor ablehnend. Er fürchtete das mächtige Frankreich und wollte der gereizten gallischen Nation keinen Anlass zu Misstrauen geben; mit Entsetzen

dachte er an die Möglichkeit einer Verwüstung der Pfalz und hatte den Chevauxlegers, welche die Grenze bewachten, den strikten Befehl geben lassen, Reibereien mit den französischen Truppen zu vermeiden, vielmehr „mit grösster Sorgfalt einen freundschaftlichen Verkehr anzubahnen und zu unterhalten."[19]) Die Vorgänge in Polen scheinen seine friedliche Auffassung nur bestärkt zu haben, denn er blickte mit grosser Sorgfalt auf „die kritische Lage des grössten Teils von ganz Europa, die Befangenschaft der angesehensten Mächte"; der gärende Zustand mancher deutschen Lande spannte in gleichem Masse die Aufmerksamkeit an. Er trennte daher die Kordonfrage von der Entschädigungspolitik, sprach sich gegen „heftige Beratungen und Grundsätze" aus und machte seine Zustimmung zur Truppenaufstellung des Reiches von der vorherigen Verständigung der mächtigen Fürsten und Stände und deren Bereitwilligkeit, nötigenfalls das Reich und seine Glieder zu schützen, abhängig. Erst wenn eine mächtige Armee an der Grenze versammelt sei, versprach er den Kordon billigen zu wollen, dagegen wünschte er seine eigenen Truppen im Lande zu behalten, woselbst sie mehr erforderlich seien als an der Grenze, denn dort müssten sie die Ruhe und Sicherheit aufrecht erhalten.[20]) Im ähnlichen Sinne sprach sich sein Vertreter Ende Juli auf dem oberrheinischen Kreistage aus. Der Kurfürst sei bestrebt, erklärte er, nach Kräften zur Sicherstellung der Grenze beizutragen und alles zu tun, was von Kaiser und Reich beschlossen werde; doch gehe für jetzt sein Wunsch dahin, man möge alle „geräuschvollen Aufforderungen und Bewegungen" unterlassen.[21])

In der elsässischen Sache wies der Kurfürst jede Geldabfindung fortgesetzt zurück; er verlangte Entschädigung an Land und Leuten und war der Ansicht, dass die Garanten des westfälischen Friedens und der folgenden Friedensschlüsse in das Interesse gezogen würden und Kaiser und Stände gemeinsam mit Ludwig XVI., nicht mit der Nationalversammlung unterhandeln sollten. (Mitte Mai.)[22]) Seinem Vertreter in Regensburg schärfte er ausdrücklich ein, in der ganzen Angelegenheit nur mit den kaiserlichen Gesandten Hand in Hand zu gehen; er wusste recht gut, dass das Reich ohne die beiden Grossmächte in Paris wenig ausrichtete. Die Flucht König Ludwigs machte eine Verständigung vorläufig unmöglich, auch späterhin blieb Frankreich bei seiner Anschauung und liess nur Einzelverhandlungen, keine Einmischung des Reiches zu. Seitdem die Legislative am 23. Februar 1792 jedem Fürsten, der nicht bis zum 1. April 1792 mit Frankreich angeknüpft, mit der völligen Abweisung seiner Ansprüche gedroht,[23]) schwand die Hoffnung auf Entschädigung. Das Elsass blieb französisch und

seine Bewohner fühlten sich ein in die neufränkische Freiheit und Gleichheit.

Neben den geistlichen Fürsten am Rhein galt König Gustav III. von Schweden als eifriger Vorkämpfer der Legitimität. Gustav, der ganz im Fahrwasser der Emigrantenpolitik schwamm, plante einen Kreuzzug gegen die Revolution und schickte Ende Juli 1791 seinen Reichstagsgesandten Graf Oxenstierna nach München, um bayerische Truppen für den Zug in Sold nehmen zu lassen. Der Kurfürst liess sich nicht ohne weiteres darauf ein, sondern gab vorläufig einen ausweichenden Bescheid. Bevor er eine bindende Zusage geben konnte, wünschte er über die Stellung des Wiener Hofes zur Expedition unterrichtet zu sein. Bei der friedlichen Gesinnung Kaiser Leopolds war die Ablehnung Karl Theodors vorauszusehen, Oxenstierna reiste ohne Erfolg wieder ab.[24])

Am 14. September hatte Ludwig XVI. die neue Verfassung anerkannt und sich dadurch wenigstens äusserlich mit der Revolution ausgesöhnt. Angesichts der Emigrantenhetze bedeutete dieser Schritt eine Bürgschaft für den inneren Frieden. Mit Freuden begrüsste Karl Theodor die Befestigung der französischen Monarchie, den unmittelbaren Nachbarn von Kurpfalz, und sprach sich in diesem Sinne in dem Anerkennungsschreiben an den König aus.[25])

Allein die erwartete Beruhigung, doppelt notwendig bei den Wirren in Polen, trat nicht ein. Die Abmachungen von Pillnitz, das Hetzen und Treiben der Emigranten an den geistlichen Höfen, hatten bei der führenden Partei der Legislative Kampfesstimmung gegen Österreich geweckt. Seitdem Narbonne, ein Freund Brissots und der übrigen girondistischen Führer, ins Ministerium eingetreten war (Anfang Dezember) und die Aufstellung einer Armee von 150000 Mann an der Ostgrenze angeordnet hatte, stand der Krieg ausser Zweifel, die Worte Gensonnés vom 14. Januar: „Der Krieg ist notwendig, die öffentliche Meinung fordert ihn“ geben die Stimmung der Girondisten wieder.[26]) Kaiser Leopold wollte bei der Gärung in seinen Erblanden und den Vorgängen in Polen keine Reibungen mit Frankreich, in würdiger Form hatte er bereits den Pariser Machthabern seine Friedensliebe kund tun lassen. Er kam sogar dem Verlangen der Nationalversammlung nach, die Verzicht auf alle Pläne, welche Frankreich bedrohen könnten, gefordert hatte (25. Januar). Dabei konnte freilich Kaunitz nicht umhin, die Schuld an der Krieghetze auf die Jakobiner zu wälzen. Leider starb Kaiser Leopold schon am 1. März, sein Sohn Franz zeigte nicht die gleiche Zurückhaltung wie der Vater und lehnte die unsinnige Forderung Frankreichs, Österreich möge entwaffnen (27. März), rundweg ab. Da-

raufhin beschloss die Legislative den Krieg gegen den König von Böhmen und Ungarn (21. April). Da am 7. Februar Österreich mit Preussen ein Defensivbündnis gegen Frankreich geschlossen hatte, so musste auch Preussen mit in den Krieg eintreten.

Gegenüber der gereizten Stimmung Frankreichs legte die Münchener Regierung die grösste Behutsamkeit an den Tag und wusste, wenigstens bis Ende 1791, ihre Würde zu behaupten. Die Emigrantenpolitik Karl Theodors bestätigt dies.

Seit 1789 hatten französische Auswanderer in den pfalzbayerischen Landen Unterkunft gefunden, besonders die rheinischen Gegenden wurden von ihnen gerne aufgesucht. In Mannheim gewährte Kurfürstin Elisabethe Auguste den Flüchtigen Gastfreundschaft und Zutritt bei Hofe; doch musste sie bald den Undank der hochfahrenden französischen Dämchen erfahren, als ihr der Handkuss verweigert ward. „Einer Neuburg" die Hand zu küssen, erschien den blaublütigen Französinnen als grösste Demütigung. Erst nachdem die Kurfürstin der Vergnügungssucht ihrer Gäste nachgegeben und einen Ball versprochen, sahen diese im Handkuss keine Herablassung mehr.[27]) In der linksrheinischen Pfalz sammelten sich in Edenkoben viele Adelige und Geistliche; der dortige Ortschultheiss von Täuffenbach galt weithin als Gönner des auswärtigen Frankreich.[28]) Ausschreitungen, wie sie in Worms und Trier an der Tagesordnung waren, durften sich indes die Emigranten auf pfälzischem Boden nicht erlauben, von Anfang an setzte man ihrer Begehrlichkeit Schranken; jede Herausforderung Frankreichs, die die politischen Beziehungen beider Staaten hätten trüben können, wurde ihnen strengstens verboten.[29]) Delessart, der Minister des Auswärtigen in Paris, gestand selbst ein, dass die Emigrantenpolitik des Kurfürsten ihm nie Anlass zu Klagen gegeben habe;[30]) dennoch hatte er auf Grund eines Beschlusses der Assemblee vom 30. November[31]) bei der Münchener Regierung die Ausweisung der Emigranten innerhalb 24 Stunden verlangen müssen, eine Zumutung, die Karl Theodor wenig taktvoll erschien; er versicherte, das Verhalten der Auswanderer habe bisher keinen Anlass zu Befürchtungen hervorgerufen, er stellte in Abrede, ihnen Hilfe gegen Frankreich zugesichert zu haben und weigerte sich, sie des Landes zu verweisen, solange sie sich ruhig verhalten und „der guten Nachbarschaft" keinen Eintrag tun.[32]) Wie alle Erklärungen der auswärtigen Kabinette, die in würdigem Tone gehalten waren, so wurde auch diese von der Nationalversammlung als „nichtssagend" angesehen,[33]) doch traf man keine Schritte, um sich andere Genugtuung zu verschaffen. Später wurde man in München etwas vor-

sichtiger; dem Kardinalbischof Rohan von Strassburg, einen eifrigen Hetzer, der seinen Wohnsitz in der bayerischen Hauptstadt nehmen wollte, riet man davon ab und schlug ihm Augsburg vor, wo sein Aufenthalt weniger Aufsehen mache.[34])

Seitdem die Aufstellung einer Armee von 150000 Mann angeordnet war, seit Mitte Dezember, begann man in München nachgiebiger zu werden. Denn bei dem unberechenbaren Zustand in Paris war die Möglichkeit eines Krieges und damit auch die eines Einfalls in die Pfalz nicht von der Hand zu weisen. Dies fühlte Karl Theodor recht wohl. Doch liess er sich durch beständige Beteuerungen der französischen Generäle im Elsass, er habe von ihrer Seite nichts zu befürchten, in bedenkliche Sicherheit wiegen; betrachtete die Revolution als vorübergehende Erscheinung und tröstete sich als grosser Optimist, der immer glaubte, was er wünschte, dass die Franzosen schliesslich doch keinen Einfall wagen würden.[35]) Eine entschlossene Regierung hätte sofort alle verfügbaren Truppen aus den Festungen, aus Bayern und Niederrhein an die Grenze geschickt; dies tat Karl Theodor nicht. An die Verteidigung der Pfalz dachten weder er noch seine Minister. Diese vergassen völlig der Würde des Staates und suchten mit allen Mitteln das gute Einvernehmen mit Frankreich zu erhalten. Die Kriecherei Oberndorffs und Viereggs vor den Neufranken entsprach wenig dem herrischen Geist, der jede freie Regung im Innern unterdrückte.[36]) Um den Franzosen „keine Ombrage zu geben", lehnte der Kurfürst auf den Rat Viereggs eine Bitte des Herzogs Karl August, ihm 1500 Flinten zur Landesverteidigung zu überweisen, ab.[37]) Dagegen lud der Oberamtmann Reibeld die französische Generäle, welche die Queichlinien besichtigten, zu sich als Gäste ein.[38]) Massenweise wurde Getreide aus der Pfalz in das ausgehungerte Frankreich geschafft, bis Lehrbach in einer heftigen Note Einstellung der Ausfuhr verlangte und auf die Notwendigkeit hinwies, Vorräte für die deutschen Truppen zurückzuhalten.[39]) Die pfälzischen Beamten erhielten den Befehl, gegen einen Einfall, der „wider alle Erwartung" geschehe, Protest zu erheben, aber jeden bewaffneten Widerstand zu unterlassen; denn bei der Schwäche der kurfürstlichen Truppen hiess es, könne man sich gegen die Franzosen wenig Erfolg versprechen.[40])

Die massvolle Haltung gegen Frankreich war einst von der Hofburg selbst angeraten worden, doch hätte man in Wien die jetzige Politik der Untätigkeit kaum gebilligt.[41]) Allein in Wien war man über die Verhandlungen Pfalzbayerns mit Frankreich fast völlig im Unklaren, denn noch im Januar brachte Lehrbach fast rührende Meldungen

von der Anhänglichkeit Karl Theodors an den Wiener Hof. Am 10. Januar hatte der württembergische Minister von Bühler seine Ankunft in München angezeigt und die Absicht bekundet, Pfalzbayern und Württemberg möchten in der Entschädigungsfrage gemeinsam vorgehen; Lehrbach schrieb schon im voraus die geplante Entgegnung des Kurfürsten nach Wien: „Der Gesandte wird ganz bestimmt zur Antwort erhalten," meinte er, „dass der kurpfälzische Hof bis anhero nichts ohne Vorwissen des kaiserlichen Hofes getan habe und in Zukunft sich ganz allein in allem darnach richten werde."[42]) Auf Grund dieser Worte versprach sich Kaunitz „von den patriotischen Gesinnungen" des Kurfürsten die nachdrücklichste Unterstützung für den Ernstfall.[43]) Anfang Februar merkte indes auch Lehrbach Symptome des Umschwunges und fand, dass das Vertrauen des Kurfürsten auf Österreich zu wanken beginne. Der Grund dazu lag weniger in der Zuspitzung der Verhältnisse zwischen Frankreich und Österreich, sondern in erster Linie in der Annäherung der Hofburg an Preussen. Damit drohte das bisherige politische System Karl Theodors aus den Fugen zu gehen: Die österreichisch-französische Allianz, welche einst die Garantie für Jülich-Berg übernommen, war gesprengt, und Österreich reichte dem lauernden Liebhaber der Provinzen die Hand.

Mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II. hatten sich die Beziehungen zwischen München und Berlin eher verschlimmert als gebessert. Der neue König machte aus seiner persönlichen Freundschaft zum Hause Zweibrücken kein Hehl, schoss sogar dem Herzog bedeutende Summen zur Befriedigung seiner kostspieligen Launen vor.[44]) Dass der Herzog und sein mächtiger Freund die Stunde kaum erwarten konnte, bis Karl Theodor starb, blieb diesem recht wohl bekannt. Preussen stand dem Münchener Hof argwöhnisch, fast feindlich gegenüber. Es weigerte sich fortgesetzt, den Fürsten Bretzenheim als Mitglied der westfälischen Grafenbank am Reichstage anzuerkennen, zum grössten Kummer des kurfürstlichen Vaters.[45]) Erst vor einem Jahre hatte es den Gesandtschaftsposten in München völlig eingezogen.[46]) Und jetzt hatte Preussen noch bei Lebzeiten Karl Alexanders die Markgrafschaften Ansbach-Bayreuth erworben und sich dicht an der Grenze Bayerns festgesetzt. Der Kurfürst war tief betroffen. Der misstrauische Mann zog aus dem Einverständnis zwischen Wien und Berlin den Schluss, dass der frühe Heimfall an Preussen nur mit Einwilligung Österreichs geschehen sei, er machte deswegen Lehrbach heftige Vorstellungen und liess seinen Argwohn gegen die Hofburg durchblicken. Lehrbach wies auf den Teschener Frieden hin, der Preussen zur Erwerbung der

Lande ermächtige; Klauseln, erklärte er, seien in dem Friedensinstrument nicht enthalten, denn gerade der Kurfürst habe sich dagegen gesträubt.[47])

Über diese Antwort war der Kurfürst wenig erbaut; am 11. Februar liess er Lerchenfeld den Auftrag geben, mehrere Reichstagsgesandte, unter andern auch die kaiserlichen, zu sondieren, „wie die Erwerbung von ihren Höfen angesehen werde.“[48]) Wie auf die Pariser Machthaber, so wirkte auch auf ihn die Furcht vor der neuen Koalition, Grund genug, es mit Frankreich nicht ganz zu verderben. Zum Glück hat er von dem gleichzeitigen Antrage Friedrich Wilhelms in Wien, Österreich möge Jülich und Berg als preussische Kriegsentschädigung anerkennen und dem Kurfürsten den Besitz des Elsass zu verschaffen, keine Kenntnis bekommen, die politische Lage wäre noch gespannter geworden.

Die Kaiserwahl stand nahe bevor, wiederum suchte Karl Theodor aus seiner Kurstimme Gewinn zu schlagen. Den Gedanken, das Innviertel wieder zu erwerben, hatte er aufgegeben; dagegen ward der Wunsch auf Kufstein, Kitzbühel und Rattenberg wieder rege. Am 10. März erschien der geistliche Unterhändler Frank bei Lehrbach, um dessen Stimmung zu erforschen, er predigte aber tauben Ohren. Lehrbach riet ihm, dergleichen Anträge zu unterlassen; denn er müsste dieselben rundweg abschlagen: „massen das Erzhaus, wenn dasselbe jede Stimme für die ohnehin mit so viel Gefahr, Bürden, Verantwortung und Ausgaben verbundene Kaiserkrone erkaufen müsste, am Ende statt einer Monarchie eine Grafschaft werden müsste.“[49])

Darauf brachte Frank einen andern Wunsch hervor und verlangte die Königskrone; das innige Einvernehmen zwischen Österreich und Preussen lasse die Verwirklichung des Planes leicht ermöglichen. Allein der Gesandte liess sich nicht darauf ein, sondern machte auf die Schwierigkeiten, welche die Anerkennung finden würde, wieder, wie 1790, aufmerksam.[50]) Jetzt bestand der Kurfürst ganz ernstlich auf der Königswürde; denn auch Hallberg war beauftragt worden, in Wien mit der Hofburg in Unterhandlung zu treten und Vieregg sprach sich wenige Tage nach der Unterredung Lehrbachs mit Frank in demselben Sinne wie dieser aus.[51]) Der Herr Kurfürst, erklärte er, trachte sehnlichst nach Krone und Titel und sei gerne bereit, die Hände zu einem Austausch zu bieten, wenn er einen „souveränen Distrikt“ erhalten könne. „Der Herr Kurfürst glaube auch,“ fuhr er fort, „dass auf Bayern Krone und Titel statthaben könnten, zu dem in den ältesten Zeiten Bayern ein Königreich gewesen sei.“ Bezüglich des Austausches gab Lehrbach keine Antwort. Ein souveränes Königreich Bayern

aber, dicht an der Schwelle Österreichs, sprach der ganzen habsburgischen Politik, das Reich in verhüllter Abhängigkeit zu halten, Hohn. Lehrbach fühlte dies; seine Worte an Kaunitz: „Die Bedeutung einer grossen Monarchie wirkt und fällt mehr auf reichsständische Kur- und andere Lande als auf Länder, die einen König zum Regierer haben," bringen die Tendenz der habsburgischen Kaiserpolitik ganz unverblümt zum Ausdruck. Der Plan Karl Theodors erschien ihm als Ausfluss eitler Gesinnung. Nachgiebigkeit dagegen wäre bedenkliche Schwäche gewesen, denn der Kurfürst war schon hochbetagt und kränklich, hatte keine Kinder, dagegen das kaiserfeindliche Haus Zweibrücken zum Erben. Zum Vorwand der Ablehnung nahm er staatsrechtliche Erwägungen und betonte die Lehenspflicht des Kurfürsten gegen Kaiser und Reich, die Zugehörigkeit Bayerns zur kaiserlichen Obergerichtsbarkeit. Vieregg beruhigte sich, sein Herr liess keine Anträge mehr stellen. Dieser war sogar im April geneigt, „bedingungslos und möglichst bald" dem Könige Franz seine Zustimmung zu geben.[52])

So hätte unbedenklich der Kurfürst Land und Leute verschachert, zu einer Zeit, wo im Westen dem Königtum die Souveränität bestritten und für das Volk in Anspruch genommen wurde.

Drittes Kapitel.

Die Politik der bedingten Neutralität bis zum Einfalle Custines.

Der Krieg war erklärt, aber lange Wochen vergingen, bis auf beiden Seiten die Armeen einander zu Gesicht bekamen. Das obere Rheintal, das Moselgebiet, die Maas und das Scheldebecken bildeten die natürliche Basis der Operationen. Aber nur in Flandern stiessen sogleich Österreicher und Franzosen zusammen, die Erfolge der Österreicher bedeuteten indes noch keine Entscheidung. Im Moseltale sollte der Hauptaufmarsch der Verbündeten vor sich gehen, begann jedoch erst Ende Juni. Für Pfalzbayern kam in erster Linie der oberrheinische Kriegsschauplatz in Betracht, zu dem man die Gegend von der Schweizergrenze bis Mainz rechnen muss. Hier war Frankreich durch die Gunst der Lage, dank dem von Ludwig XIV. und Vauban angelegten Festungssystem, im Vorteil. Die Plätze Hüningen, Neubreisach, Strassburg und Fort Louis vereitelten den Rheinübergang vom schwäbischen Kreis in das Elsass, Landau, Bitsch und Saarlouis deckten Elsass-Lothringen gegen Norden. Vermochte auch eine deutsche Armee die Queichschanzen und die Weissenburger Linien zu nehmen und die Franzosen hinter die Wälle von Strassburg zurückzutreiben, so stand ihr noch immer bevor, dass sie durch Landau von ihrer Verbindung mit Deutschland abgeschnitten wurde.[1]) Allerdings waren die Festungen sehr verfallen; Landau, der drückende Alp auf die Pfalz, wurde erst im Juli auf Anordnung des Generals Kellermann in genügenden Verteidigungszustand gesetzt. Tag und Nacht mussten 2000 Mann Schanzarbeit verrichten, um das Bollwerk, das den unglücklichen Feldzug von 1793 zum grossen Teil verschuldet hat, wiederherzustellen.[2]) Immerhin ersetzten die Plätze trotz ihrer schlechten Wälle die Armee, die nur halb vorhanden war. Zur Zeit der Kriegserklärung hatte Frankreich nur 150000 Mann unter den Waffen. Davon standen im Elsass 47000 Mann, 25000 waren zur Besetzung der Festungen nötig, 22000 bildeten die Feldarmee. Diese Truppen litten Mangel an Lebensmitteln und befanden sich auch sonst nicht in bester Verfassung.[3]) Das Strassburger Arsenal verfügte nur über 7000 Gewehre. Schroff sonderten sich die Anhänger des alten Systems von den freiheitstrunkenen

Kameraden ab; die Linie haderte mit den Freiwilligen; die ganze Strassburger Garnison lebte beispielsweise gegenseitig auf Kriegsfuss, am 6. Juni kam es sogar in einer Brauerei zu einer gehörigen Prügelei. In Pfalzburg, Neubreisach und Luneville wurde gemeutert.

Welch günstige Kombination hätte sich damals für Pfalzbayern eröffnet, wenn dieses im Verein mit den Nachbartruppen Landau überrumpelt hätte. Montgelas hielt den Erfolg eines Handstreiches für sicher,[4]) die Darstellung der Zustände bei Chuquet lässt jeden Zweifel schwinden. Der Besitz Landaus hätte Kurpfalz die beste Garantie vor dem gefürchteten Einfall der Franzosen geboten, würde den Weg durch das Queichtal freigemacht und das Unterpfand für günstige Operationen im Elsass gegeben haben. Allein die Unfähigkeit und Verblendung der leitenden Mannheimer und Münchener Kreise, der Oberndorff, Belderbusch, Thompson, der Mangel an Aufklärungsdienst, die unnatürliche, verlogene Freundschaft mit Frankreich war die Ursache, dass die günstige Gelegenheit, die volle acht Wochen vorhanden war, unbenützt verstrich.

Zur Überrumpelung Landaus hätte die pfalzbayerische Armee gereicht, gesteigerten Aufgaben war sie weder nach Zahl noch nach Tüchtigkeit gewachsen. „Die gute Armee“, die einst Thompson hatte schaffen sollen, bestand nämlich mit nichten. Möglich ist sogar, dass die Armada quantitativ und qualitativ noch mehr gesunken ist, als es 1788 der Fall war. Nur auf Äusserlichkeiten hatte sich Thompsons System erstreckt:[5]) es hatte dem gemeinen Soldaten höheren Sold gewährt, die Beköstigung verbessert, die Bekleidung vereinfacht, dagegen die moralischen Übelstände nur wenig beseitigt, die soziale Stellung der Offiziere nicht gehoben, die Bettler und Vagabunden nicht dauernd aus dem Heere entfernt. Mit der Disziplin stand es nicht zum Besten. Der Stammeshass zwischen Bayern und Pfälzern kam selbst im Heere zum Ausdruck. 1793 wurden z. B. vier Bataillone Pfälzer und zwei Bataillone Bayern in Mannheim handgemein, wobei mehrere Tote und Verwundete am Platze blieben.[6]) Trotz der Reform war die Infanterie ohne Zelte, die Artillerie ohne Bespannung; zehn Kavalleristen verfügten oft nur über einen Striegel zum Pferdeputzen.[7]) Die angelegte Geschützgiesserei hatte sich wenig bewährt, von den neu geschaffenen Kanonen waren einige bald gesprungen, von den übrigen bekannte Thompson selbst, „dass ihre Anwendung schwer fallen würde“. Man stellte daher den Guss weiterer Rohre ein. Lafetten brauchte man anscheinend nicht, wenigstens waren nach Lehrbachs Darstellung keine vorhanden. Statt der neuen Geschütze begnügte man sich in Zukunft wieder mit den alten Modellen, die überall „zusammengekauft“ oder in früheren Kriegen

Bayerns und der Pfalz erobert worden waren.[8]) — Pomphaft hatte Thompson 20 Infanterieregimenter und 8 Kavallerieregimenter ins Leben gerufen, doch bestand ein Teil derselben nur auf dem Papiere. Jedes Infanterieregiment sollte in 8 Kompagnien 1456 Mann zählen, allein das Thompsonsche Krümpersystem behielt in jeder Kompagnie nur 52 Mann, der Rest wurde in die Heimat entlassen, wo man der freien Kräfte dringend bedurfte. Der geschwächte Heeresbestand war kaum stark genug, um Gärungen im Innern zu unterdrücken und die Festungen zu besetzen, geschweige denn nach Aussen imponierend auftreten zu können. Noch im Oktober 1792 standen in ganz Pfalzbayern nur 8000 Mann unter den Waffen.[9]) — Das Geld für den Unterhalt des Heeres war von den Ständen bewilligt worden, allein der gewinnsüchtige Kurfürst hatte einen Teil des Geldes unter Vermittelung Thompsons in seine Kassen leiten lassen.[10]) Alle Vorstellungen Oberndorffs und Viereggs über den Niedergang des Heeres blieben erfolglos, Thompsons Einfluss beim Kurfürsten war zu mächtig.[11]) Bei Beginn des Revolutionskrieges riet der Reformator in richtiger Erkenntnis seines Werkes von Rüstungen ab, um die Armee nicht blosszustellen.[12])

Karl Theodor selbst wusste recht gut, dass sich sein Heer zu umfangreichen Operationen wenig schicke.[13]) Er wollte keinen Krieg, denn er neigte zur Passivität, zur Ruhe, zum Frieden. Er zitterte schon, wenn er nur das Wort Krieg zu hören bekam;[14]) seine Angst stellte sich die unbedeutende Armee in Elsass als einen drohenden Koloss vor, der jeder Zeit in die fröhliche Pfalz hereinstürzen konnte; in seiner lebhaften Phantasie stiegen die Flammen von Heidelberg und das ganze Elend des orleanischen Krieges auf. Mit allen Mitteln suchte er zu verhindern, „dass die pfälzischen Lande nicht abermals wie zu Ende des vorigen Jahrhunderts in einen rauchenden Schutt verwandelt würden“, es galt, „die reizbare und noch immer mächtige französische Nation zurückzuhalten, sich durch Verheerung der pfälzischen und angrenzenden Reichslande nur noch mehr zu bereichern, zu verstärken, und ihre Zurückdrängung und Bezwingung zu erschweren.“[15]) Mässigung war geboten, vielleicht brachte sie am Ende unerwarteten Gewinn,[16]) nur Mässigung konnte die lieben Millionen retten, die nach Äusserungen Lehrbachs in Frankreich angelegt waren. Vielleicht versprach eine alte Jugendinstruktion, die bei einem Kriege zwischen Frankreich und dem Reiche genaue Neutralität verlangte, für jetzt den besten Ausweg;[17]) diese Neutralität, so hatte einst der jesuitische Erzieher Karl Theodors betont, sei zwar durch Reichstagsbeschluss verpönt, allein es fänden sich Beweggründe genug, das Verbot „bei

Zeit und Gelegenheit“ zu umgehen. „Mit aller Behutsamkeit und einigem Hinterhalte zu Werke zu gehen“ [18]) war das Hauptterfordernis, damit die Politik des Nichtstuns — denn so muss die Neutralität aufgefasst werden — der Rücksicht auf die territoriale Lage Rechnung trug. Die Zweideutigkeit der pfälzischen Politik trat in ihrer Sünden Blüte. Der Kurfürst von Bayern blieb ein Freund Österreichs, während der Kurfürst von der Pfalz den Fortschritten der Franzosen nichts in den Weg legte.

Grenzenloses Elend hatte dasselbe Verfahren, das sich jetzt ankündigte, im polnischen Thronfolgekrieg über die unglückliche Pfalz verhängt; mit bitterem Spott war die „Neutralität“ Karl Philipps mit ihren schlimmen Folgen von Friedrich dem Grossen gegeisselt worden.[19]) Die Pfalz, das Durchgangsland zu Frankreich, liess schon wegen Mannheim keine Neutralität zu, ihr stand auf jeden Fall, mochten die Verbündeten siegen oder Frankreich Vorteile erringen, die bittere Not des Krieges bevor. Diese nach Möglichkeit abzuhalten, war Karl Theodors an sich lobenswertes Bestreben; doch bot seine Politik für die Folge keine Garantie, dass nicht doch das Unheil hereinbrach.

Da Pfalzbayern mitten in der Operationsbasis lag, so forderten Frankreich wie Österreich gebieterisch die Bundesgenossenschaft Pfalzbayerns. Noch im März hatte Dumouriez mit prahlenden Worten die Eroberung des linken Rheinufers als Ziel des Krieges ausposaunt,[20]) allein der schlechte Zustand der Landesverteidigung machte seinen Grossprechereien ein Ende. Er musste Freunde suchen, deren Unterstützung grösseres Elend abwenden konnte, deren Untätigkeit Österreichs Isolierung ermöglichte. Mit Preussen hatte er wenig Glück; dagegen kamen die Grundsätze und die bisherige Haltung Pfalzbayerns seinen Wünschen schon halb entgegen. Ende April erschien der Nachfolger Montezans, Herr von Assigny, in München. Schon am 23. Februar war seine Ankunft angemeldet worden,[21]) doch hatte sie sich um 8 Wochen verzögert. Assigny, ein halber Anhänger des Königtums und halber Freund der Revolution, aufbrausend und kopflos, polterte gleich bei der Antrittsaudienz (27. April) mit den französischen Plänen heraus.[22]) Der Wiener Hof, erklärte er, hat gegen Frankreich eine europäische Koalition zustande gebracht, hat die gewünschten beruhigenden Zusicherungen über seine Absichten nicht gegeben, seine Truppen weder vermindert, noch zurückgezogen. Darum hat König Ludwig an den König von Böhmen und Ungarn den Krieg erklärt. Assigny verlangte Auskunft, ob auch der Münchener Hof zu jenem Konzert aufgeboten worden und demselben beigetreten sei, und forderte eine kategorische Versicherung über die Politik, die

Pfalzbayern einzuschlagen gedenke, damit er den Generälen an der Grenze sofort die nötigen Weisungen zukommen lasse. Seine einschüchternden Drohungen waren eitel Spiegelfechterei, da man es in Paris mit Pfalz nicht zu verderben wünschte; tatsächlich hatte Assigny diesen Drohungen bereits die Schwere genommen, als er betonte, dass der Krieg sich nur gegen das Haus Österreich, nicht gegen das Reich richte. Vieregg hatte nicht den Mut, Assigny auf die taktlose Form seiner Anfrage aufmerksam zu machen, er stellte alle Aufforderungen von seiten Österreichs in Abrede und verwies auf das bisherige nachbarliche Benehmen des Kurfürsten gegen Frankreich. Nähere Auskünfte, erklärte er, könne er erst geben, wenn er sich mit dem Kurfürsten beraten hätte. Nun überlegte Vieregg mit Oberndorff und Hertling, wie ein geeigneter Ausweg aus dem Dilemma zu finden sei, doch kamen sie in ihrer Furcht und Bestürzung zu keinem Ergebnis. Da erschien als getreuer Eckart Graf Lehrbach. Dieser nützte ihre Verlegenheit geschickt aus. Neutralität des Reiches in einem Kriege Österreichs mit Frankreich war nach habsburgischen Traditionen undenkbar, die französischen Abstraktionen von Reich und Österreich hielt daher Lehrbach für absurd. Er betonte, dass die österreichische Politik nur friedliche Tendenzen verfolgt, denn in den Niederlanden wie im Breisgau habe man alles vermieden, was dem Nachbar Grund zu Klagen hätte geben können. Diese friedliche Politik sei sogar von Seite Frankreichs „andern zum Beispiel vorgestellt" worden. Von der eingewurzelten Erbitterung Frankreichs gegen das österreichische Bündnis, vom Hass der Franzosen gegen den habsburgischen Erbfeind schwieg Lehrbach. Nie wäre Frankreich und Österreich zusammengeraten, wenn nicht das böse deutsche Reich gewesen wäre, mit dem Österreich leider durch die Kaiserkrone verkettet sei. Deutschlands Fürsten hätten einst die Intervention des Kaisers angerufen und nur das Eintreten Leopolds für Trier habe den Hass Frankreichs gegen das Erzhaus gelenkt. Und jetzt, schloss er, sollte dieses wegen seiner Verdienste um das Reich bekriegt werden, das Reich aber von der Verpflichtung gegen Österreich entbunden sein. Er unterliess nicht, die Minister auf die französische Falle hinzuweisen und nachdrücklich zu mahnen, ihr Benehmen so einzurichten, „dass weder dem Herrn Kurfürst von der Pfalz noch dem ganzen Reiche ein unübersehbarer Nachteil zuginge." Lehrbachs energisches Auftreten blieb nicht ohne Wirkung. Der Kurfürst, der zwar mehr Furcht vor Frankreich als vor Österreich hatte,[23]) stellte Assigny eine im Grunde nichtssagende Antwort aus. Vieregg beteuerte diesem die unveränderliche Fortdauer der friedlichen und nachbarlichen Gesinnungen, sprach aber auch die Erwartung aus, „dass das

deutsche Reich weder angegriffen noch beeinträchtigt werde", sonst müsste sein Herr gemeinsame Sache mit dem Reiche machen. Die Erklärung gab Karl Theodor als Kurfürst von Pfalzbayern ab, im Namen des Reiches, dessen Vikariat er damals führte, wurde nichts vereinbart, konnte auch verfassungsgemäss nichts vereinbart werden.

Unglücklicherweise wurde diese nichtssagende Erklärung in Paris in ganz anderer Form, in ganz anderer Auslegung der Nationalversammlung vorgelegt. Dumouriez drehte die Sache so, als ob der Kurfürst in bündiger Weise seine strikteste Neutralität ausgesprochen.[24]) Dadurch bekamen die Deputierten eine schiefe Auffassung von der pfalzbayerischen Politik und mussten alle Begünstigungen der Verbündeten, die mit dem Interesse des Reiches in Einklang gebracht oder beschönigt werden konnten, notwendigerweise mit misstrauischen Augen ansehen. Mit der Erklärung der Freundschaft waren auch die Keime der heftigsten Erbitterung gesät worden, die später böse Früchte brachten. Der Kurfürst war darüber entrüstet, Vieregg machte Assigny nochmals auf den Wortlaut seiner Aussage aufmerksam und betonte, dass die Haltung Pfalzbayerns ganz von der „Aufführung" Frankreichs abhängig gemacht werde, er schützte die Pflichten gegen das Reich vor, dessen Entschliessungen für die kurfürstliche Politik massgebend seien.[25]) Allein, Dumouriez stellte seine Äusserungen nicht richtig; Assigny aber mochte fühlen, dass mit einer Politik der Vorbehalte jeder Schritt bemäntelt werden konnte, und suchte Pfalzbayern zu bestimmteren Erklärungen zu veranlassen. Österreich und Preussen hatten verschiedenemale eine Bewaffnung der Reichskreise verlangt. Diese Aufforderungen nahm Assigny zum Ausgangspunkt einer längeren Note. (13. Juni.)[26]) Der schlaue Franzose gestand darin, dass Karl Theodor zwischen zwei Feuern sei; denn der Aufruf der Verbündeten und die Prinzipien der französichen Nation: „Wer nicht für uns ist, der ist wider uns," vertrügen sich recht schlecht miteinander. Mit heuchlerischen Worten bekannte er sich als den einzigen Freund des Kurfürsten, der immer bestrebt sei, seine Unabhängigkeit zu sichern, die Unverletzlichkeit seiner Gebiete zu wahren und seine Friedensliebe mit seiner Ehre in Harmonie zu bringen. Es galt darum „die unparteiische Neutralität", „von der der Kurfürst wiederholte Versicherungen gegeben", näher zu fixieren. Zu diesem Zwecke legte er dem Ministerium seine Hauptwünsche in der Form von fünf Fragen vor. Zunächst wollte er Karl Theodor bestimmen, innerhalb seines Landes beiden kriegsführenden Mächten die Anwerbung von Rekruten und den Ankauf von Remontepferden zu verbieten. Dann sollte die Neutralität des Territoriums vollkommen gewahrt werden; jedem Ver-

suche, der auf Besetzung gewisser Punkte oder auf Anlegung von Brücken und Redouten ausging, hätte sich der Kurfürst entschlossen widersetzen müssen. Der dritte Artikel verlangte die Freiheit der Schiffahrt auf den pfalzbayerischen Flüssen für jede der kriegführenden Parteien. Weiterhin stellte Assigny Karl Theodor anheim, ob er den Ankauf von Tieren, Lebensmitteln, Waren u. s. w. gestatten oder verbieten wolle, wenn diese zum täglichen Verbrauch oder zur Anlage von Magazinen dienten. Im Falle der Genehmigung durfte, so betonte Artikel V, ein Massenaufkauf nicht geduldet werden, wenn dieser auch durch grossen Mangel vorgeschützt wurde; falls aber der Aufkauf mit Gewalt durchgeführt wurde, so musste die andere kriegsführende Macht in Kenntnis gesetzt werden.

Lehrbach bekam die Note zu Gesicht, nahm aber im allgemeinen keinen Anstoss daran; nur die Wendung, die von der Versicherung der Neutralität handelte, brachte ihn etwas in Harnisch.[27]) In seinem Berichte vom 22. Juni macht er sich spöttelnd über den Kurfürsten lustig, dessen ganze Denkungsart und dessen Schüchternheit auf allen Seiten schön tun, der „durch ein zweideutiges Verfahren sich durchhelfen möchte." Von der Falle, die darin gelegt war, hatten weder er noch das Ministerium eine Ahnung. Ging nämlich der Kurfürst auf die französischen Wünsche ein, so war nur Frankreich einzig und allein im Vorteil. Seitdem sein Heer aus dem Volke gebildet war und tagtäglich Freiwillige den Fahnen zuströmten, war eine Werbung im Auslande kaum mehr nötig. Die Neutralität des pfälzischen Territoriums konnte den Franzosen leicht heilig bleiben, solange der gegenwärtige Zustand der Rheinarmee eine Offensive von selbst ausschloss; dagegen hatten die Verbündeten durch Bayern und durch die Pfalz zu marschieren, die Kurpfalz war bei den Beratungen in Sanssouci sogar als Operationsbasis für den linken deutschen Flügel ausersehen worden. Die Rheinschiffahrt, denn von dieser konnte nur die Rede sein, liess sich ohnedies von Fort Louis aus leicht kontrollieren. Lebensmittel aus dem reichen deutschen Grenzgebiet, Vorräte für ihre Magazine zu bekommen, musste der sehnlichste Wunsch der ausgehungerten Franzosen sein.

Fast bedingungslos kam Karl Theodor den französischen Wünschen entgegen. Damals verfügte er freilich wenig über die Freiheit des Entschlusses. Anfälle von Verfolgungswahn hatten sich bei ihm eingestellt, er meinte, von den Franzosen vergiftet zu werden, wenn er gegen sie energisch auftrete, und war durch Berichte aus der Pfalz völlig erschüttert.[28]) Bei Saargemünd, vier Stunden von Zweibrücken entfernt, hatte nämlich General Kellermann ein Lager aufgeschlagen und bedrohte die benachbarten deutschen Fürsten

mit einem Einfalle, wahrscheinlich nur, um sie einzuschüchtern.[29]) Die Antwort vom 21. Juni rechnete mit diesem Faktor. Darin verpflichtete sich der Kurfürst, keinerlei Ankauf von Remontepferden zu gestatten, ging aber über die Frage der Truppenwerbung mit Stillschweigen hinweg. Auch in der wichtigen zweiten Frage machte er keine offenen Einwendungen. Die Freiheit der Schiffahrt wurde zugestanden, doch sollte sie aufgehoben werden, wenn dadurch Kurpfalz oder das römische Reich „Feindseligkeit" zu befürchten hätten. Den pfälzischen Untertanen wurde völlige Handelsfreiheit gelassen, dagegen weigerte sich Karl Theodor, auf seinem Gebiete Magazine anlegen zu lassen, ein überflüssiger Zusatz, der später viele Unannehmlichkeiten bereitete. Unrechtmässige Gewalt sollte beim Ankauf von Lebensmitteln nie geduldet werden.[30])

Assigny war mit der Antwort zufrieden, er redete von den „besten Absichten" des pfälzischen Kurfürsten[31]) und sah jetzt dessen Neutralität ausdrücklich anerkannt. Mäsonneuve, der Gesandte in Stuttgart, überschickte sofort die gleiche Note an Markgraf Karl Friedrich von Baden, von dem er aber abgewiesen wurde. Er verglich daraufhin den Pfälzer und den Badener und fand, „wie unparteiisch und von welch gutem Glauben der Kurfürst sei."[32])

Mit den „besten Absichten" war es freilich nicht weit her. Am 28. April hatte man alles verklauselt, um an nichts gebunden zu sein, jetzt hob man durch stillen Vorbehalt wieder auf, was man offen zugestanden. Damit nämlich Österreich keinen Verdacht schöpfe, bekam Lehrbach auch den Text der Antwort vorgelegt; zugleich wurde Vieregg beauftragt, dem Gesandten den wichtigen zweiten Artikel auszulegen und ihn über die wahren Absichten und Gesinnungen der Regierung aufzuklären.[33])

Acht Tage nach der Ankunft Assignys war ein zweiter Vertreter Dumouriezs in München aufgetaucht, der frühere Legationssekretär Bourdois aus Regensburg. Dieser hatte noch weitgehendere Vollmachten als Assigny und hatte sich in erster Linie, freilich auf Umwegen, an den Vikar des Reiches zu wenden.[34]) Dumouriez nahm einen alten Plan von Vergennes wieder auf und trachtete, die beiden wittelsbachischen Häuser mit einander auszusöhnen, um sie als Werkzeuge seiner Politik benützen zu können. Diese Politik erstrebte die Unterminierung der österreichischen Stellung in München, die Verfeindung Pfalzbayerns mit seinem östlichen Nachbar, die Trennung des Reiches von Österreich. Er schickte einen gewissen Naillac nach Zweibrücken; dieser musste auf den Herzog einwirken, dass Karl Augusts Einfluss bei König Friedrich Wilhelm den Aufmarsch der Preussen vereitele.[35]) Ausserdem sollte Naillac für die An-

näherung der Familien tätig sein. Dieser Aussöhnung galt auch Bourdois Mission. Dumouriez verhehlte sich nicht, dass Bourdois in München auf grosse Hindernisse stossen werde, fand aber die Hauptschwierigkeit nicht in dem tiefeingewurzelten Hasse Karl Theodors gegen seine Neffen, sondern in der unbedingten Anhänglichkeit des Ministeriums an Österreich, in der Feindschaft zwischen dem Herzog und den ganz kaiserlich gesinnten Bastarden. Die natürlichen Kinder mussten zuerst umgestimmt werden, für diese Aufgabe galt Bourdois als der geeignetste Mann; er hatte von Regensburg aus Beziehungen zu ihnen gehabt, sodass er ihnen jetzt nicht mehr als Neuling gegenüber stand. Durch Vermittelung Bourdois und Naillacs sollte der Herzog den Bastarden feste Zusicherungen geben, diesen bei seinem Regierungsantritt bedeutende Zuwendungen und Vorteile zu verschaffen. Über diese Liebenswürdigkeit Karl Augusts wäre dann der liebende Vater so gerührt worden, dass er sich ganz vom Banne Österreichs losgesagt hätte; seine Minister hätten dann folgen müssen. Der neue, künstlich gestaltete Franzosenfreund Karl Theodor konnte sodann die Kaiserwahl sistieren, oder sie wenigstens verzögern, aber dafür solche Bedingungen daran knüpfen, wie sie dem Liebhaber des linken Rheinufers angenehm gewesen wären, Bedingungen, die das Reich vor den ehrgeizigen Anschlägen Österreichs und Preussens gerettet hätten.

Am 1. Mai erfolgte die Ankunft des neuen Lionne in München. Er konnte natürlich nicht wissen, dass Karl Theodor die Beschleunigung der bedingungslosen Kaiserwahl schon längst gewünscht hatte, und liess durch Assigny den Kurfürsten um eine Audienz bitten, um in der Entschädigungsfrage, dem Vorwand seiner Sendung, neue Anträge zu machen. Karl Theodor lehnte den Empfang ab und verwies ihn in Geschäftssachen an Vieregg. Dieser betonte für die elsässische Angelegenheit auch fernerhin die Solidarität mit dem Reiche und scheint überhaupt von Bourdois keinen günstigen Eindruck bekommen zu haben, denn er gestand seinem Freund Lehrbach: „dass er diesem Bourdois als anscheinend eifrigen Jakobiner nicht traue.“[36]) Auch bei den natürlichen Kindern verfehlte Bourdois seinen Zweck. Am 4. Juni meldet er zwar, jetzt sei die günstigste Gelegenheit, den Bastarden Vertrauen einzuflössen, ohne den Herzog zu exponieren,[37]) doch gelangte er nach einiger Zeit zum Geständnis, dass Bretzenheim unverbesserlich sei und nach Möglichkeit sich bemühe, durch Hetzereien die Kluft zwischen München und Zweibrücken zu vertiefen.[38]) Ebenso wenig Glück hatte Naillac in Zweibrücken. Mehr Entgegenkommen muss Bourdois bei der Maitresse Schenk gefunden haben; diese erhielt nämlich 50000 Livres, um die Neutrali-

tät Pfalzbayerns künstlich zu pflegen.[39]) Am 23. Juni verabschiedete er sich mit dem Wunsche, dass sich die guten Beziehungen zwischen Pfalzbayern und Frankreich noch enger gestalten möchten.[40])

Assigny und Bourdois spiegelten dem Kurfürsten vor, dass die beiden verbündeten Mächte nur auf Entschädigungen ausgingen und machten ihn noch misstrauischer gegen die Koalition. Karl Theodor, für Bayern besorgt, liess seine Befürchtungen gelegentlich bei Lehrbach durchblicken.[41]) Um dem Alten jeden Grund eines Verdachtes zu nehmen, zeigte ihm Lehrbach den Text des Bündnisvertrages und wies auf den Teschener Frieden hin, wo „die Erhaltung Deutschlands zu Grunde gelegt worden sei"; er warnte Vieregg nochmals vor den französischen Abstraktionen; denn Frankreich führe auch Krieg mit dem Reiche, die Besetzung Porentrys und des Bistums Basel beweise dies.[42])

Wie Assigny und Bourdois in München, Mäsonneuve in Stuttgart, so erging sich am Reichstag ein anderer Vertreter Frankreichs in Verhetzungen gegen die Grossmächte. Dieser, namens Caillard, hatte den Auftrag erhalten, die schwachen Stände des Schutzes Frankreichs zu versichern, sie über die wahren Absichten der Mächte aufzuklären und dem Reichstag wieder zu jener angesehenen Stellung zu verhelfen, die er in den Tagen des P. Joseph, Du Bellay, Servien und Lionne eingenommen.[43]) Gegen Caillards Anerkennung hatte die Münchener Regierung nichts einzuwenden, nachdem die Vertreter Frankreichs auch bei den einzelnen Höfen zugelassen seien; dagegen wollte sie mit ihm keinerlei Unterhandlungen anknüpfen.[44]) Diesen Standpunkt modifizierte sie noch, als die österreichischen Vertreter Sailern und Borié Mitte Juni an Lehrbach geschrieben, dass Lerchenfeld eifrig die Anerkennung Caillards betreibe;[45]) denn man schärfte Lerchenfeld ein, Caillards „Annahme durch wenigstens scheinbare Gründe bis zur bevorstehenden Beendigung des Reichsvikariats zu behindern."[46]) Lerchenfeld kümmerte sich indes wenig darum, „er machte sich sogar," wie sich Colloredo am 10. August beschwerte, „ein auffallendes Geschäft daraus," die anwesenden Gesandten durch einen Schluss in circulo zu überraschen und Caillards Annahme durchzusetzen.[47]) Lerchenfeld trieb überhaupt im Einverständnis mit den Vertretern Sachsens und Hannovers Politik auf eigene Hand, da ihm seine Haltung nur ungenau vorgezeichnet war. Was sollte er sich denken, wenn ihm Klugheit, Behutsamkeit und „einiger Hinterhalt" empfohlen wurde,[48]) oder wenn er in seinem Benehmen gegen Caillard den österreichischen Ministern „keinen gegründeten Anlass zum Missvergnügen" erwecken möge, „gleichwohl aber auch auf der andern Seite des Königs von Frankreich Majestät

nicht gegen uns und unsere Lande aufzubringen“ habe,[49]) oder wenn man ihm riet, mit den kaiserlichen Ministern beständig in Fühlung zu bleiben, aber immer eine zuwartende Haltung zu beobachten.[50]) Die Regierung vermied es eben geschickt, ihre Stellung genau zu fixieren, um am Ende die Verantwortung auf Lerchenfeld schieben und diesen desavouieren zu können.

Da die Verbündeten alles aufboten, um Pfalzbayern zur Teilnahme am Kriege zu bestimmen, so setzte ihnen der Kurfürst den zähesten Widerstand entgegen. Den grössten Eifer für den Reichskrieg gegen Frankreich zeigte unter den Wiener Staatsmännern der Reichsvizekanzler Graf Colloredo. Nach seiner Auffassung war mit der Kriegserklärung an Österreich selbstverständlich auch dem Reiche der Fehdehandschuh hingeworfen worden. Jeder Versuch der Stände, sich der Kontingentsstellung zu entziehen, erschien ihm wie schnöde Pflichtvergessenheit. Lehrbach trat ihm zu wenig energisch auf und erhielt einmal einen leisen Tadel, zu derselben Zeit, als ihn die Staatskanzlei wegen seines Vorgehens lobte.[51]) Cobenzl und Spielmann, die Lenker der europäischen Angelegenheiten in der Hofburg, legten der Beteiligung des Reiches am Kampfe anfangs wenig Wert bei, sie lebten ganz der rein österreichischen Staatsauffassung, erblickten zwar in der Kaiserkrone den Magneten, der die kleinen Stände an das Erzhaus fesselte, dachten aber an keinerlei Verpflichtungen Österreichs gegen das Reich, hatten dieses vielmehr mit Zustimmung der ähnlich denkenden preussischen Minister für das Opferlamm des Krieges ausersehen. Nicht der Kampf, sondern die Entschädigung erweckte ihre Aufmerksamkeit. Seit Ende Mai war der Austausch Bayerns gegen die Niederlande beschlossene Sache.[52]) Fürst Kaunitz, dessen Tätigkeit immermehr auf die Unterhandlung mit den Mittelstaaten eingeschränkt wurde, plante vor allem — und dies war das Naheliegendste — die wirksamste Bekämpfung der Revolution, an deren Niederwerfung alle europäischen Staaten gleiches Interesse hätten. Die Gefahr für das deutsche Reich verlangte nach seiner Meinung den Anteil desselben am Kampfe, und er stellte sich die Hilfeleistung in der Form der Kreisassociation, also in der Verteidigung der Grenzen vor. Er trug der misslichen Lage Pfalzbayerns vollkommen Rechnung und wünschte den Kurfürsten keineswegs zu Massregeln zu verleiten, die ihm den Zorn Frankreichs aufgehalst hätten, glaubte aber in seiner Mitwirkung an der Kreisrüstung nichts Bedenkliches zu sehen.[53])

Schon im Februar hatte Lehrbach in München leise angepocht, man möge die Kreiskontingente mobil machen, war aber beim Kurfürsten schief angekommen; denn dieser

fand in der Aufforderung einen Eingriff in seine Hoheitsrechte.[54]) Am Tage nach der Kriegserklärung, 21. April, überreichten Lehrbach und der preussische Geschäftsträger Schulz eine gemeinsame Note, worin sie die geschichtliche Entwickelung der Association klarlegten, auf die Gefahr für das Reich hinwiesen und zugleich das Bedauern ihrer Souveräne aussprachen, dass der oberrheinische, kurrheinische und bayerische Kreis noch immer keine Anstalten zur Rüstung getroffen. Sie erwarteten, dass auch das Reich in Zukunft grösseren Eifer entfalte, nachdem Österreich und Preussen beinahe ihre sämtlichen Truppen aufgeboten.[55]) In ähnlichem Sinne äusserte sich am 29. April der preussische Reichstagsgesandte Graf Görz.[56]) Die Vorstellungen vom 21. April machten auf die Regierung einen tiefen Eindruck.[57]) Da aber Thompson kriegerischen Rüstungen abgeneigt war, so mussten die Staatslenker trachten, durch allerlei Ausreden und Formbedenken die Rüstung möglichst hinauszuschieben. Die Antwort Viereggs vom 7. Mai schützte die Gefahren der rheinischen Lande, welche zur grössten Vorsicht nötigten, vor und gab die Verzögerung im bayerischen Kreise Salzburg schuld; da nämlich dieses den Anspruch erhebe, den Vorsitz in der Kreisversammlung führen zu wollen und so die Rechte Pfalzbayerns schmälere, so könne überhaupt keine Tagung stattfinden. Salbungsvoll beteuerte Vieregg, dass der bayerische Kreis nicht zurückstehen werde, wenn die anderen Kreise „mit ihren Entschliessungen vorangehen werden.“[58]) Tautphäus hielt die Ausrede mit der Franzosengefahr nicht für unbegründet und machte sich bei dem schlechten Militärstand überhaupt wenig Hoffnungen.[59]) In der Instruktion an Lerchenfeld sagte der Kurfürst aber den Beitritt Pfalzbayerns zur Association zu, wenn man sich zuvor mit den übrigen Kreisen „vertraulich“ benommen und alle Mittel und Wege „reiflich“ überdacht habe.[60])

Die Befürchtungen des Kurfürsten wurden bald zerstreut. In Regensburg versicherten die Vertreter der Mächte, dass die bedrohten Reichsstände von den verbündeten Truppen beschirmt würden. Hingegen müsse man auch erwarten, dass die Stände mit ihrer Hilfeleistung nicht zurückblieben. Erfolge die Unterstützung nur „ohne Verzögerung und redlich,“ so sei sie schon angenehm; weigere man sich aber dessen, so würden Österreich und Preussen die Verteidigung auf ihre Erblande und die der befreundeten Stände beschränken.[61])

Darauf stellte Schulz am 20. Mai dem Minister Vieregg eine neue Aufforderung zu.[62]) Allein die Regierung, die recht gut wusste, dass die Mächte nur auf Entschädigungen ausgingen, wollte sich nicht in den Krieg stürzen, während andere mächtige Stände, wie Hannover und Sachsen, untätig

blieben; sie verlangte zuvor Aufklärung, „ob und wie die hinterliegenden Reichskreise die vorliegenden mit hinlänglichem Masse zu decken und zu unterstützen entschlossen seien“ und wälzte jetzt die Schuld an der fortwährenden Verzögerung indirekt auf den Reichstag. Der Münchener Hof, hiess es, könne allein keine Schritte tun, solange nicht die höhere Instanz, das Reich, entsprechende Beschlüsse gefasst. Wann diese freilich gefasst werden sollten, deutete sie in bescheidener Weise an: Dies könne nicht eher als bis nach Besetzung des Kaiserthrons geschehen.[63]) Über diese Antwort geriet Schulz in beispiellose Entrüstung. Er folgerte aus dem bisherigen Benehmen Pfalzbayerns gegen die Mächte und gegen Frankreich, dass die fortdauernde Zweideutigkeit die Franzosen auf alle Art begünstigen, den Mächten aber alle mögliche Hindernisse in den Weg legen werde.[64])

Nun nahm Lehrbach die Sache wieder in die Hand, 8. Juni. Indes begegneten ihm „allgemeine Schüchternheit, in Bayern der Proedrie Streit, die immerwährenden Mannheimer Vorstellungen, dass die Pfalz entblösst und einem französischen Einfall ausgesetzt sei.“ „Man solle warten, hiess es, bis der Kaiserthron wieder besetzt, mithin vom ganzen Reiche etwas beschlossen sei, oder bis die Grenzen von Truppen gedeckt seien.“ Lehrbach hielt den schwäbischen Kreis als leuchtendes Vorbild hin; der schwäbische Kreis kann leicht rüsten, erwiderte man, solange er von den österreichischen Truppen im Breisgau beschirmt wird, die Pfalz dagegen müsse des österreichischen Schutzes entbehren. Lehrbach drohte mit der Ungnade der Verbündeten, von denen das Kurland von allen Seiten, nicht bloss auf einer so kurzen Strecke, wie von Frankreich, begrenzt sei; man versetzte, der Kurfürst sei durch die Nachrichten aus der Pfalz ganz erschüttert, der Wiener Hof möge billig sein und ihn nicht gänzlich isolieren. Der Gesandte mahnte zu Festigkeit und Würde, nur dadurch entgehe man den schweren französischen Drohungen und richtete ein Promemoria mit der Aufforderung zur Rüstung an Vieregg.[65]) Alles umsonst. Kurpfalz war von den löblichsten, „reichspatriotischen“ Gesinnungen beseelt, wurde aber an der Betätigung derselben immer durch äussere Umstände gehindert. In der Antwort auf Lehrbachs Note war der Erzbischof von Mainz schuld, dass bis jetzt nichts zu Stande gekommen. Hätte er als Inhaber des Wormser Stuhles im oberrheinischen Kreise die Rüstung beantragt, so wäre sie auch erfolgt. Vom bayerischen Kreis erwähnte man überhaupt nichts.[66]) Seufzend ruft Lehrbach über diese Reichsfürsten aus: „Sie verlassen sich auf die österreichischen und preussischen Truppen, lassen den lieben Gott walten, spielen

zu Hause Despoten und denken auf keine Art an den Verband, welcher sie einzig erhält, sie gleichsam zu etwas macht und ihnen die Existenz gibt."[67]) Den letzten Versuch, Pfalzbayern zum Kriege fortzureissen, unternahm man in Frankfurt aus Anlass der Kaiserwahl, indem man durch den einflussreichen Oberndorff zum Ziele zu kommen hoffte, doch hatte man ebenso wenig Erfolg.

Ende Juni begann der Aufmarsch der Verbündeten gegen Frankreich. Dieses verharrte in völliger Defensive und wusste übrigens lange Zeit nicht genau, wo der Hauptstoss des Gegners stattfinden werde. Noch im Juli befürchtete man in Paris einen Angriff auf das Elsass,[68]) sodass sich die Truppen der Ostgrenze längs der Strecke Hüningen—Landau—Saarlouis verteilten. Bei Hüningen befand sich die Armee des Oberrheins, bei Breisach die des Mittelrheins, bei Plobsheim standen einige Divisionen des Niederrheinheeres; alle waren ausersehen, einen Rheinübergang von Deutschland her abzuwehren. Mit dem Rest des Niederrheinheeres hatte Kellermann bei Saargemünd ein Lager bezogen, von wo aus er Luxemburg bedrohte und die deutschen Fürsten, wie Kurpfalz und den Herzog von Zweibrücken, in Schach hielt, was ihm durch geschickt angebrachte Drohungen sehr gut gelang.[69]) Die pfälzische Grenze war, wenn man von der Landauer Garnison absah, von Truppen entblösst. Am 6. Juli hob plötzlich Kellermann sein Lager auf und erschien 4 Tage später an der Queich. Landau wurde in Verteidigungszustand gesetzt und dicht an der Schwelle der Kurpfalz zwischen Herxheim und Rheinzabern, auf Speierer Gebiet, kampierten die Franzosen. Die Furcht vor einem Angriff Hohenlohes auf Elsass hatte ihn zu diesem Schritte veranlasst. Er befürwortete eine Überrumpelung Germersheims, da dieser Punkt der Queichverteidigung zur guten Stütze gedient hätte, allein seine Untergeneräle, mit Assigny in Korrespondenz, rieten aus politischen Erwägungen davon ab, um den Kurfürsten bei guter Laune zu erhalten.[70]) Ende Juli langte auch Biron mit der Plobsheimer Mannschaft vor Landau an.[71]) Die Truppen gaben der pfälzischen Regierung zu keinerlei Klagen Anlass. Der französische Proselytismus zwang zwar jedes schlichte Bäuerlein, das Landau betrat, die Festung nur mit der dreifarbigen Kokarde auf dem Hute wieder zu verlassen, doch kamen Verletzungen des Gebietes nicht vor. Custine versicherte eigens am 15. August, dass bis zum Erscheinen der Österreicher kein Franzose den Fuss auf pfälzischen Boden gesetzt, und kündigte ganz im Sinne des Abkommens vom 21. Juni an, dass er an einen grösseren Ankauf von

Lebensmitteln denken müsse, die freilich nicht zum täglichen Verbrauche, sondern zur Versorgung Landaus dienen sollten.[72]) Das Entgegenkommen der pfälzischen Beamten wussten die französischen Generäle recht wohl zu schätzen; Biron erwähnt in seiner Korrespondenz Karl Theodor nur mit Ausdrücken höchsten Lobes,[73]) sein Generalstabschef Broglie äusserte am 16. August, dass er die günstigen Neigungen des Kurfürsten gut zu würdigen verstehe und unter den jetzigen Umständen den vollen Wert derselben anerkenne.[74])

Mehr Schwierigkeiten legte Kurpfalz den Herren der Koalition in den Weg, soweit sie durch das „neutrale" Gebiet des Kurfürsten ziehen mussten. Die militärischen Abmachungen von Sanssouci nahmen auf die Neutralität des pfälzischen Territoriums recht wenig Rücksicht. Hohenlohe-Kirchberg sollte mit 23000 Österreichern den Rhein bei Mannheim überschreiten und gegen die Saar und die obere Mosel operieren, um Braunschweigs linke Flanke zu decken. Seine Truppen sammelten sich seit Mitte Juni auf pfälzischem Boden bei Mannheim. Wenn ein Regiment die Pfalz betrat, wurde es von den Beamten mit den ausgemachten Protesten empfangen, doch kümmerten sich die Österreicher nicht um diese Possen.[75]) Hohenlohe plante, vor Mannheim ein Lager zu schlagen, und gedachte, seine Magazine in dieser Festung in Sicherheit zu bringen. Er sandte daher den Oberstleutnant Graaf zu Oberndorff, der ihm einen geeigneten Platz für die Magazine innerhalb der Stadt anweisen sollte, allein Oberndorff lehnte die Anlage derselben rundweg ab und verbot sogar den Heidelberger Bäckern, Brot für die Österreicher zu backen.[76]) Weniger Energie, aber mehr Furcht verriet man in München über das Erscheinen Hohenlohes. Graf Vieregg war über den Anmarsch der Österreicher äusserst besorgt geworden und hatte an Lehrbach, 22. Juni, die ängstliche Frage gerichtet, „was es denn eigentlich für eine Beschaffenheit mit den nach Mannheim abgehenden 20000 kgl. Truppen habe" und hatte ihn auszufragen gesucht, ob eine Besetzung Mannheims geplant sei.[77]) Nachdem die Österreicher wirklich erschienen waren und die erwähnten Absichten bekundeten, äusserte Vieregg dem Grafen Lehrbach allerlei Bedenken, um den Österreichern ihre Pläne auszureden. Er deutete auf den grossen Schaden hin, welcher kurz vor der Ernte dem Landmann verursacht würde, malte die Schrecken für die linksrheinische Pfalz aus, wenn die Franzosen aus Rache in diese einfielen und dort Repressalien übten, wies auf den schlechten Militärzustand der Kurpfalz hin und machte auf die Gegenkonzessionen aufmerksam, die man notwendigerweise den Franzosen bieten müsse, wenn man das Lager und die Magazine dulde.[78]) Die Ablehnung

Oberndorffs begründete Vieregg mit der „kritischen Lage der Pfalz.“ [79]) Lehrbach wurde durch die Verzagtheit des Ministers jederzeit ermutigt, er setzte auch jetzt Vieregg mit heftigen Reden zu, sodass dieser gestand, dass man alle Wünsche Österreichs erfüllen werde, zuvor aber stets eine scheinbar ablehnende Haltung beobachten müsse, um dem schüchternen Kurfürsten französische Vorwürfe zu ersparen. Lehrbach beauftragte Graaf, bei Oberndorff gleichfalls möglichst energisch zu verfahren.[80]) Die Regierung lenkte ein und gestattete das Lager und Magazine in Heidelberg.[81]) Karl Theodor versicherte selbst, dass seine Ablehnung nur Schein gewesen, dass er aber zu dieser „Demonstration“ bei der bedenklichen Lage der Pfalz gezwungen worden sei.“[82])

Dagegen gedachte er die Neutralität der Festungen ernstlich zu wahren. Er verweigerte Hohenlohe den Durchmarsch durch Mannheim und schlug ihm vor, den Rhein an einer andern Stelle zu überschreiten, Oberndorff werde die erforderlichen Pontons bereit halten. Sollte aber gleichwohl der Übergang in Mannheim verlangt werden, so müsse er dagegen einen „maskierten Protest“ erlassen. (5. August.)[83]) Unterdessen war der Übergang der Österreicher bereits erfolgt. Das Oberkommando der Festung verweigerte den Übergang, wurde aber durch 30 aufgestellte Sechspfünder eines Besseren belehrt. Der Generalmajor Graf Ysenburg beschränkte sich auf leere Proteste.[84])

Zu gleicher Zeit war Graf Erbach mit Truppen aus Vorderösterreich bei Germersheim über den Rhein gegangen und hatte diese Stadt, natürlich mit pfälzischen Protesten, besetzt.[85]) Er hielt nach dem Abzuge Hohenlohes gegen Diedenhofen die deutsche Grenzwacht an der Queich. Die Franzosen jenseits der Grenze waren zum grossen Teil zurückgezogen worden, um an der Rettung von Paris teilzunehmen.[86]) Ein französischer Einfall war demnach nicht zu befürchten. Die Pfalz atmete auf, die kleinen Fürsten wiegten sich in Sicherheitsschlummer. Die Furcht des Kurfürsten schwand, sein Auftreten gegen Frankreich ward selbstbewusster.

Was die Neutralität des Reiches anlangt, auf die sich Frankreich öfter berief, so war und blieb sie ein Unding, denn rechtlich hat sie nie bestanden; sie hätte nur dann Giltigkeit besitzen können, wenn sie vom Reichstag beschlossen worden wäre. Ein Versuch Württembergs, Pfalzbayern in Regensburg zu einer solchen Erklärung zu veranlassen, war durch die Wachsamkeit des Grafen Görz und der österreichischen Minister verhütet worden.[87]) Tatsächlich aber existierte die Neutralität, soweit sich eben die einzelnen Stände der Beteiligung am Kampfe enthielten. Jeder Fürst hätte sich aber doppelt und dreifach überlegt, den Einmarsch der Verbündeten

auf sein Gebiet mit Waffengewalt zu hindern, diese fanden vielmehr bei ihrem Aufmarsch nur bei Pfalzbayern die angeführten Hindernisse. — Die Nationalversammlung in Paris nahm indes eine rechtliche Neutralität des Reiches an, fühlte aber gleichfalls, dass dieselbe schwer durchführbar sei. In erregten Worten erging sich Pozzo di Borgo dagegen, er sah sie verletzt, seitdem sich Österreicher und Preussen auf dem Boden des Reiches niedergelassen und Lager und Magazine errichtet hätten. Nach diesen Vorgängen, sagte er, sei das Reich nicht mehr berechtigt, fernerhin die Anerkennung seiner Neutralität von Frankreich zu verlangen. Hätten die Stände freiwillig den Verbündeten den Eintritt in ihr Territorium gestattet, hätten sie freiwillig die Anlage von Magazinen und Standquartieren geduldet, so seien sie die Friedensbrecher und die Feinde Frankreichs; wären sie aber wider Willen nur dem Drange gewichen, dann seien die Alliierten, die Gegner Frankreichs, auch ihre Gegner. Einen Mittelweg gäbe es nicht mehr. „Ferne liegt es uns“, beteuerte er, „diejenigen die Schrecken des Krieges fühlen zu lassen, welche gegen die französische Nation keine Feindseligkeiten begangen. Da aber ihr Gebiet der Stützpunkt unserer ausgesprochenen Feinde ist, so kann es uns nicht mehr heilig sein.“ Stillschweigend kündigte darauf die Versammlung die fingierte Neutralität, in dem sie den Generälen völlig anheimstellte, die Feinde überall anzugreifen und zu verfolgen, wie es die militärischen Dispositionen erforderten. (16. Juli.)[88])

Auch die höheren Offiziere bei Landau verrieten Verstimmung gegen den Kurfürsten. Gelinde brachte Broglie seinen Unmut in dem Schreiben vom 16. August zum Ausdruck; er bedauerte nämlich, dass Karl Theodor den feindlichen Truppen den Einmarsch in die Pfalz gewährt und so die erklärte Neutralität wieder aufgegeben habe.[89])

Die Nachgiebigkeit Karl Theodors gegen Hohenlohe nahm auch Assigny zum Vorwand, um den furchtsamen Kurfürsten mit heftigen Vorwürfen zu überschütten. Die Begünstigung der Österreicher enthielt nach seiner Meinung einen unfreundlichen Akt gegen Frankreich. Er sprach die Drohung aus, dass Frankreich 150000 Mann an den Rhein senden werde. Dieses Heer würde in der Pfalz alles verwüsten, nachdem das Einverständnis Karl Theodors mit Österreich offenbar sei.[90]) Der Kurfürst zog in seiner Verlegenheit Lehrbach zu Rate, dessen Anregung eine selbstbewusste Antwort zuzuschreiben ist. „Der Kurfürst habe“, so versicherte man, „in der Pfalz nichts anderes gestattet, als was er als Reichsstand, nach der Wahlkapitulation, auf erfolgte Requisition zu gestatten schuldig sei; das Reichsoberhaupt, der König von Preussen sowie das gesamte Reich

würden ihn vertreten müssen, wenn Frankreich die Pfalz feindlich anfalle und mit Krieg überziehe. — Übrigens müsse man sich alle Drohungen verbitten.“ [91])

Assigny merkte, dass Karl Theodor in seinen Verpflichtungen zum Reiche manchen Vorwand fand, um seine Politik zu beschönigen. Dem suchte er vorzubeugen und überreichte am 21. Juli der Regierung in einer längeren Note Abänderungsvorschläge zu den Abmachungen vom 21. Juni.[92]) Mit Hilfe der monströsen Reichsverfassung durfte er ein doppeltes Staatsrecht für Pfalzbayern annehmen. Dieses war für einen Teil seiner Hoheitsrechte gebunden durch die Reichsgewalt und hatte auch gewisse Pflichten gegen das Reich zu erfüllen, z. B. im Kriegsfall demselben sein vorschriftsmässiges Kontingent zu stellen; für den andern Teil seiner Hoheitsrechte konnte dagegen der Kurfürst nach eignem Belieben schalten, war also souverän. Nur an diesen souveränen Kurfürsten richtete Assigny seine Note. Das französische Volk, schützte der Gesandte vor, empfinde das dringende Bedürfnis, schriftliche Aufklärung über die Politik Pfalzbayerns zu erhalten. Bekomme es diese und habe es Einsicht in die doppelte staatsrechtliche Stellung des Kurfürsten, so würde es ihn in Zukunft mit ungerechten Anschuldigungen verschonen und alles der Regierung überlassen. Sodann richtete er an das Ministerium die Anfrage, ob der Kurfürst als unabhängiger Souverän fest entschlossen sei, an den drohenden Feindseligkeiten gegen Frankreich keinen aktiven Anteil zu nehmen. Die Festsetzung der Österreicher auf pfälzischem Boden hätte aber in Frankreich so ausgelegt werden können, als ob Karl Theodor, mit den Feinden einverstanden, stillschweigend deren Aufenthalt in seinen Landen geduldet hätte. Darum verlangte Assigny zweitens, er möge den Verbündeten vorstellen, von einer Besetzung pfälzischer Gebiete abzustehen; würde man trotzdem im Lande bleiben, so möge er gegen ihr Benehmen laut und öffentlich protestieren. Seitdem endlich König Franz zum Kaiser gewählt worden war, rückte die Möglichkeit eines Reichskrieges mit Frankreich in greifbare Nähe. Darum machte Assigny den letzten Versuch, das Reich von der Sache Österreichs zu trennen und verlangte, Karl Theodor solle auch fernerhin am Reichstage für Erhaltung des Friedens wirken, gegen auftauchende Kriegspläne aber seine lebhafte Entrüstung zur Schau tragen. Was das Reich zu erwarten hatte, wenn es gleichwohl mit Frankreich Händel anfange, sagte die Eingabe des Gesandten vom 26. Juli, wornach einem Beschluss der Nationalversammlung gemäss alle drohenden Feindseligkeiten des Reiches mit Krieg beantwortet werden sollten.[93])

Die Fiktion der Souveränität war eine schlaue Spekulation auf die Eitelkeit des Kurfürsten. Liess sich die Re-

gierung auf die Wünsche Assignys ein, so gestaltete sie ihre Situation nur noch verworrener; denn die Grenzlinie zwischen Reichshoheit und Landeshoheit liess sich nur schwer bestimmen, am allerwenigsten von den doktrinären Machthabern in Paris. — Wieder bekam Lehrbach die Note und auch den Entwurf der Antwort vorgelegt.[94]) Seine Verbesserungen verliehen der österreichischen Auffassung Ausdruck, dass von einer Souveränität der Fürsten gar keine Rede sei; er ersetzte die Wörter „unabhängiger Souverän“ durchweg durch die Begriffe „Reichsstand und Kurfürst“ und durchkreuzte damit Assignys Plan. Allein hinter dem Rücken Lehrbachs wurde der unveränderte Entwurf Assigny hergestellt. Darin sprach die Regierung ihre hohe Freude aus, dass der Gesandte so glücklich gewesen, die Begriffe Reichsstand und Souverän auseinanderzuhalten, und sie erklärte, dass die Gesinnungen des Kurfürsten besser durch Taten als durch Worte bewiesen würden; weder als Reichsstand noch als unabhängiger Souverän habe Karl Theodor seine unzweideutigen Anschauungen verleugnet, darum könne er nicht gut einsehen, wie seine Majestät (sic) einen gegründeten Verdacht habe hegen können. Er versicherte, dass er als Souverän keinen wirksamen Anteil an den Feindseligkeiten gegen Frankreich zu nehmen gedenke, solange nicht von den Franzosen selbst der Angriff ausgehe oder die Erhaltung der Erblande seine Mitwirkung am Kriege erfordere. In der Antwort auf die zweite Anfrage wies er auf die bereits erfolgte Besetzung der Pfalz hin, was eine Erwiderung eigentlich überflüssig mache. Doch konnte er nicht umhin, seine Politik gegen Österreich zu rechtfertigen, indem er betonte, dass dieses wiederholt um den Einmarsch nachgesucht habe, dass aber pfälzische Proteste erlassen worden seien, als er trotzdem erfolgte. Man habe keine Gewalt anwenden können, da die Pfalz offen daliege, von fremden Gebieten durchzogen, von den eigenen Truppen ungenügend gedeckt sei. Übrigens verlangten die Reichsgesetze ausdrücklich alles Entgegenkommen, solange der Aufenthalt der Truppen dem Lande nicht zur Last falle. Eine Bedrohung Frankreichs sei ausgeschlossen, da der österreichische Heereseinmarsch nur rein defensive Ziele im Auge habe. Der Kurfürst beteuerte endlich seine Friedensliebe, erklärte sich aber ausser Stande, als einzelner Reichsfürst beim Reichstage Vorschläge machen zu können. Von einem gegenwärtig schwebenden Plane der Reichskriegserklärung, von dem Assigny gesprochen hätte, habe er keine Kenntnis und könne also auch nicht seine Stellungnahme präzisieren.

Während des zweiten Raubkrieges hatte der grosse Kurfürst zu Vossem Frieden mit Frankreich geschlossen und

seine fernere Haltung von der Stellungnahme des Reiches abhängig gemacht. Als er nach der Reichskriegserklärung sein Kontingent gestellt hatte, hetzte ihm das erbitterte Frankreich die Schweden ins Land. Ähnliche Folgen musste das Abkommen vom 28. Juli zeitigen. Wurde vom Reiche wirklich an Frankreich der Krieg erklärt und schickte Karl Theodor sein Reichskontingent ins Feld, so war er der Feind Frankreichs geworden und durfte auf Neutralität keinen Anspruch mehr machen. Umging er aber im Sinne der Jugendinstruktion seine Pflichten und beobachtete er die gewünschte Neutralität seines Heeres und vor allem die seiner Festungen, so war der Bruch mit den Verbündeten offenbar, diesen ein triftiger Vorwand zum Austausche geliefert worden. Karl Theodor, der von den Tauschplänen nichts wusste, wählte den zweiten Ausweg und hoffte, mit Hilfe der bewährten Zweideutigkeit und durch kleine Liebenswürdigkeiten auf keiner Seite anzustossen.

Die Ereignisse des 10. August machten Assignys Stellung unhaltbar. Durch die Nachrichten, die Hermannt über die Pariser Vorgänge nach München hatte gelangen lassen, ward der ganze Hof in Aufregung und Entrüstung versetzt worden, der Kurfürst selbst ward tief erschüttert.[96]) Vielleicht rechnete Assigny mit dieser ungünstigen Stimmung, als er am 20. August Vieregg schrieb, er könne die Absetzung Ludwig XVI. nicht anerkennen und betrachte sich nach diesem Attentat auf die geheiligten Rechte des Thrones seines Amtes ledig.[96]) Dem Kurfürsten liess er sagen, er werde nicht mehr bei Hofe erscheinen, bis ihm neue Verhaltungsmassregeln, mit denen er selbst einverstanden sein könne, zugegangen seien.[97]) Allein Assignys Prinzipienlosigkeit fand sich bald mit dem neuen Zustand in Paris ab. 8 Tage nachher richtete er an Karl Theodor die Anfrage, ob er ihn wieder als Gesandten empfangen wolle, wenn ihm die Nationalversammlung ein neues Beglaubigungsschreiben zugestellt hätte.[98]) Vieregg, der keine ablehnende Antwort geben wollte, entgegnete, man werde sich nach dem Beispiele der andern Höfe betragen.[99]) Nun liess der pfiffige Franzose anfragen, „ob der Kurfürst die Absetzung Ludwigs XVI. als gesetzmässig vollzogen ansehe," was sich im Grunde mit seiner vorherigen Anfrage deckte.[100]) Die Regierung war in grosser Verlegenheit, sie wollte nicht Frankreichs Feindschaft offen herausfordern, aber auch nicht mit dem alten Europa brechen und schlug Assigny mit seinen eigenen Waffen. Im Namen Viereggs, aber ohne dessen Unterschrift überbrachte der Sekretär von Berlinghoft eine Note, worin Assigny unter Hinweis auf seinen Verzicht vom 20. August der leise Vorwurf der Inkonsequenz gemacht, jede weitere Antwort der Regierung als überflüssig

bezeichnet wurde.[101] Nun desavouierte dieser sein Verfahren vom 20. August und beteuerte, nicht nur Pflichten gegen den König, sondern auch Pflichten gegen das französische Volk zu haben und verlangte seine fernere Anerkennung als Gesandter. Vielleicht hätte die Regierung nachgegeben, wenn nicht damals, am 6. September, Lehrbach und Schulz sie durch ein geharnischtes Promemoria aufgerüttelt hätten.[102] Lehrbach meinte, bei der unsicheren Lage des Königtums hätte überhaupt kein französischer Minister geduldet werden dürfen, nunmehr aber sei die Anwesenheit Assignys völlig unbegreiflich, zumal doch auch der Reichstag die Entfernung Caillards beschlossen hätte; er forderte, dass Assigny „wegen seiner persönlichen Gesinnung schleunigst aus den kurpfälzischen Staaten ausgewiesen“ werden müsse. Diese Note war Vieregg nicht unwillkommen; er konnte den Druck der Mächte vorschützen, als er dem Franzosen den Wink zugehen liess, er möge freiwillig eine sogenannte Erholungsreise antreten und den Ausweisungsbefehl nicht erst abwarten.[103] Assigny gehorchte, wenn auch ungern. In Augsburg warf er plötzlich die Maske ab, beschuldigte den Kurfürsten der Prinzipienlosigkeit und drohte dem schüchternen Herrn mit dem Zorne der französischen Nation, der es schwer fallen werde, ihn unter ihre Feinde zählen zu müssen. Er wünschte eine schriftliche Anzeige, dass er vom Münchener Hofe seiner Stelle enthoben worden sei.[104] Dies verweigerte Vieregg und erwiderte auf Assignys unverschämte Lüge, nicht der Münchner Hof habe ihn abgedankt, sondern er habe selbst sein Amt niedergelegt. Trotzdem liess er die unauslöschlichen Gesinnungen des Kurfürsten für Frankreich aufs neue versichern.[105] Nach langem Hin- und Herschreiben fügte sich Assigny in das Unvermeidliche und schied mit der Beteuerung guter, herzlicher Freundschaft. Er trug dem Hofe den Vorfall nicht nach, sondern machte sich in Paris zum eifrigen Fürsprecher der pfälzischen Regierung.[106] Karl Theodor aber zog seinen Vertreter aus Paris nicht zurück und bewies damit, dass er einen Bruch auf alle Weise vermeiden wollte. War auch seitens Frankreichs keine offizielle Persönlichkeit in München beglaubigt, so liessen sich doch tausend andere Anknüpfungspunkte finden, mit den französischen Generälen, den politischen Agenten, endlich mit den Mitgliedern des Konventes selbst.

Viertes Kapitel.

Der Reichskrieg und das neutrale Mannheim.

Eine unerwartete Wendung des Krieges trat mit dem Tage von Valmy ein; langsam zog sich Braunschweig aus Frankreich zurück und seine Truppen befanden sich in völliger Auflösung. Frankreich dagegen jubelte auf; jetzt durfte endlich die Revolution ihren Eroberungszug antreten, in die benachbarten Lande die Propaganda der Revolution tragen, die Last des Krieges den nördlichen und östlichen Nachbarn fühlen lassen. Landau, das Einfallstor in die Pfalz, stieg im Werte. Die Gegend von Landau war seit Mitte September von deutschen Truppen fast völlig entblösst worden; schon im August war Hohenlohe westwärts gezogen, nach dem Tage von Valmy ward auch Erbach in die Gegend von Diedenhofen befohlen, um den Rückzug Braunschweigs gegen Süden zu decken. Die reichen Magazine von Speyer und Worms hatten nicht genügenden Schutz und hingen gleichsam in der Luft, das wichtige Mainz war einer kopflosen Regierung anvertraut. Wer wollte jetzt die Franzosen hindern, Speyer, Worms und selbst Mainz wegzunehmen. Die Überrumpelung dieser drei Plätze war schon im Juli durch Kellermann angeregt worden, doch hatte allem Anschein nach der Plan nicht die Billigung der übrigen Offiziere gefunden.[1] Vielleicht liess sich der Gedanke jetzt verwirklichen. Custine, ein Untergeneral Birons, nahm ihn wieder auf und erhielt vom Kriegsminister die Erlaubnis zur Durchführung. Infolge des regnerischen Wetters der letzten Septembertage verzögerte sich der Ausmarsch; erst am 30 September konnte man ihn vollziehen.[2]

Von der pfälzischen Regierung, deren Kontingent im Verein mit den Truppen der benachbarten Stände den Anschlag schon im Anfang hätte vereiteln können, war kein Widerstand zu erwarten, weil eben das Kontingent nicht mobil war. Eingeschläfert durch die Fortschritte der Verbündeten, misstrauisch auf deren Eroberungspläne[3] hatte die Münchener Regierung jede Rüstung unterlassen; nur das erste Chevaulegersregiment war über die Gegend zwischen Neustadt und Landau verteilt.[4] Den Abmarsch Erbachs hatte Oberndorff durch Eilboten in München angezeigt;

unbeschreibliche Bestürzung befiel die leitenden Kreise. Zuerst dachte man noch daran, die bayerischen Truppen aufzubieten und in die Pfalz zu werfen; doch liessen sich diese unmöglich in Kürze mobil machen. Man beschloss daher, alles von der Gnade der französischen Generäle zu erwarten, durch Unterlassung jeder feindlichen Absicht den Gegner nicht aufzubringen.[5])

Custine musste durch pfälzisches Gebiet marschieren; dies bedeutete rechtlich eine Verletzung der pfälzischen Neutralität. Allein er konnte sich auf das analoge Vorgehen der Österreicher stützen, die gleichfalls längst die Neutralität verletzt hatten. Er hütete sich, der Mannheimer Regierung lange zuvor von seinem Plane Mitteilung zu machen; erst am Tage des Ausmarsches verständigte er dieselbe mittelbar durch ein Schreiben an den Oberamtmann von Reibeld in Germersheim.[6]) Er werde, erklärte er darin, durch pfälzisches Gebiet ziehen, um die Österreicher, die Feinde der Völkerfreiheit, zu bekriegen; zugleich sprach er die Hoffnung aus, der Kurfürst werde den Durchzug seinen alten Verbündeten ebensowenig verweigern, nachdem er ihn Frankreichs Feinden zugebilligt. Gillot, der Kommandant von Landau, schrieb an den Obersten Zandt,[7]) Befehlshaber der Chevauxlegers, dass die Franzosen auf pfälzischem Boden keinerlei Feindseligkeiten begehen würden, ihre Generäle hegten den sehnlichsten Wunsch, die besten Beziehungen zwischen Pfalz und Frankreich zu unterhalten. In auffallendem Gegensatze zu dem Benehmen gegen Hohenlohe verriet die Kurpfalz die grösste Liebenswürdigkeit. So bekamen z. B. französische Spione Pässe auf den Namen pfälzischer Offiziere ausgestellt, und nicht die geringsten Schwierigkeiten wurden der französischen Verpflegung in den Weg gelegt.[8]) Custine zog an dem neutralen Mannheim vorbei, wie wenn es ein offener Flecken gewesen wäre, und durfte unbelästigt die deutsche Hauptfestung Mainz erobern.

Nachdem man sich einmal mit den Franzosen eingelassen, musste man auch erfahren, wie wenig auf Custines Versprechungen zu bauen sei. Am dritten Oktober wurde ganz rechtswidrig Germersheim besetzt, 200 Nationalgarden überschritten einige Tage darauf den Rhein und feuerten vom andern Ufer aus auf die offene Stadt.[9]) Am vierten Oktober hatte der General eine Verfügung getroffen, dass alle Gemeinden zwischen Speyerbach und Queich die geforderten Getreide- und Fouragelieferungen unverzüglich nach Landau senden sollten. Zwar wurde den Bauern „billige Entschädigung" zugesagt, aber auch mit strengstem Einschreiten gedroht, wenn sich jemand der Lieferung entziehen wolle.[10]) Anfangs November wurde Kreuznach ein-

genommen und, trotz der kurfürstlichen Proteste, die Stadt und die Burg Katzenstein befestigt. Und dabei fand Custine noch den Mut, sich gegen die Aufnahme der österreichischen Magazine in Mannheim bei Oberndorff zu beschweren und mit ihrer Zerstörung zu drohen, da dadurch Kurpfalz die Neutralität gebrochen habe.[11])

Die Freundschaft Frankreichs wurde dem Minister Oberndorff gar bald unangenehm. Er beantwortete den Erlass vom 4. Oktober mit einem Edikt, worin er den pfälzischen Untertanen verbot, sich von den Franzosen zu Lieferungen zwingen zu lassen, die Erpressung vertrage sich durchaus nicht mit „der guten Nachbarschaftspflege"; Hoheitsrechte im kurpfälzischen Territorium auszuüben, stehe Frankreich nicht zu.[12]) Custine lenkte ein und versprach, keine Belästigung der Bauern zu dulden und alle Lieferungen sofort bar zu bezahlen.[13]) Allein die Scherereien und Zwangseintreibungen dauerten fort, Oberndorff machte deswegen am 15. Januar dem Adjutanten Lafont Vorwürfe und sagte, die täglichen verübten Plünderungen und Erpressungen stünden nicht im Einklang mit den angeblichen Freundschaftsbeteuerungen der Franzosen.[14]) Am 31. Januar legte Hermannt dem Minister Lebrun eine lange Reihe von Klagen vor. Dieser schob in wortreichen, aber inhaltsleeren Versicherungen die Ausschreitungen einer falschen Auslegung des Dekrets vom 15. Dezember zu, erklärte, dass die Generäle Befehl hätten, alle völkerrechtswidrigen Massregeln zu unterdrücken und die gute Nachbarschaft auf das Beste zu pflegen; die französische Nation sei weit davon entfernt, Ausschreitungen im Staate eines Fürsten zu dulden, der die vollendetste Neutralität aufrecht zu halten scheine. Wenig trostreich klang die Versicherung, dass nur die Hälfte des Einkaufspreises bar bezahlt werde, der Rest erst an näher zu bestimmenden Terminen; übrigens könnten ja, meinte er in beschönigender Weise, die Vorräte von den Österreichern weggenommen werden, von denen überhaupt nichts bezahlt werde; darum sei es noch immer besser, wenn Frankreich sich dieselben aneigne.[15]) Tatsächlich zahlten die Franzosen überhaupt nichts, sondern vertrösteten die Bauern und die Regierung auf den Juli und August, zu welcher Zeit das Geld erlegt würde.[16]) Sie glaubten Schonung genug zu üben, wenn sie die Pfalz nicht in die Republik einverleibten, wie dies mit den kleineren Herrschaften geschah.

Auch die Segnungen der Propaganda sollten der Regierung den Wert der französischen Freundschaft vor Augen führen. Die Gärung in der Pfalz hatte sich seit 1789 nie völlig gelegt, besonders im Oberamte Germersheim hatte der Funke des Aufruhrs im Stillen weitergeklommen. Das

erbärmliche System des Oberamtmanns von Reibeld gab genug Grund zu Klagen.[17]) Das Erscheinen der Franzosen, die das neue Evangelium der Freiheit persönlich verkündeten, rief neue Rebellion hervor.[18]) Ende November sollte in Billigheim eine Abteilung Chevaulegers Ordnung schaffen; da ergriffen durchziehende französische Truppen für die Billigheimer Partei, nahmen die Reiter gefangen und schleppten sie nach Landau. Kommandant Gillot wünschte keine Einmischung in die pfälzischen Angelegenheiten und schickte die Gefangenen unter Entschuldigungen wieder fort. Solange der Kurfürst an der Politik der Neutralität festhalte, sagte Gillot, würde Frankreich nie die aufständischen pfälzischen Untertanen unterstützen.[19]) Die massvolle Haltung des Kommandanten erweckte in Frankreich nur Worte des Tadels; man missbilligte es, dass er die Aufständigen nicht dem Dekrete des 19. November gemäss unterstützt habe.[20]) Die Begünstigung der schwierigen Bauern wurde von Frankreich immer wieder geduldet. Deshalb führte die Regierung am 31. Januar bei Lebrun Beschwerde. Dieser versprach unverzüglich Genugtuung und wollte die ganze Sachlage dem vollziehenden Ausschuss vorlegen.[21]) Mit der Zeit hatten aber die Pfälzer von der Sympathie mit Frankreich abgelassen. Am 4. Januar berichtet Merlin von Thionville, dass die Bewohner der besetzten Gebiete die Einverleibung in Frankreich sehnlichst wünschten.[22]) Ein Schreiben Merlins vom 8. März lässt erkennen, dass 4—5000 pfälzische Bauern bei Winnweiler sich gegen ihre Bedrücker zusammenrotteten; er redet aber nicht mehr von einer Anhänglichkeit des Volkes an die Franzosen, vielmehr fand er bei den Pfälzern einen gewissen Stolz auf die bewaffnete Macht ihres Kurfürsten, vor der Frankreich einen gewaltigen Respekt habe.[23]) Sicher ist, dass die Pfälzer im April 1793 andere Vorstellungen von der Revolution hatten als im August 1789.

Seitdem Custine Mainz erobert, trat Mannheim in den Vordergrund des Interesses. Im Frühjahr war der Ingenieur Pfister von München dorthin geschickt worden, um die Werke etwas in Stand zu setzen.[24]) Notdürftig waren die Wälle ausgebessert worden, sodass eine Überrumpelung nur mit grossen Verlusten möglich schien. Eine regelrechte Belagerung hätte freilich Mannheim kaum aushalten können. Es fehlte an genügender artilleristischer Ausrüstung, an Bedienungsmannschaften für die Geschütze und an Genietruppen.[25]) Über die Stärke der Garnison gehen die Angaben auseinander. Lehrbachs Mannheimer Korrespondent berichtet am 3. November, dass nur einige hundert Mann in der Festung sich befänden; dieser Mangel habe Oberndorff veranlasst, schleunigste Hilfe aus Bayern zu verlangen. Thompson bestritt, dass nur ein so kleines Häuflein dort war, vielmehr

ständen nach seiner Angabe 6000 Mann unter den Waffen. Am 12. Dezember kamen in der Stadt 3000 Bayern an; der Kurfürst bemerkte damals zu Seinsheim, dass die Zahl der Garnison ganz gut sein Triplum ausmache, also 6—7000 Mann betragen haben muss.[26]. Auch Lehrbach schätzte jetzt die Truppen auf 7000 Köpfe.[27]

Nachdem die Franzosen Herren von Mainz geworden waren, gab Mannheim für sie gegründeten Anlass zu Besorgnissen. Von hier aus konnte die Verbindung mit Landau und dem Elsass unterbrochen, ein Rheinübergang der Verbündeten zur Einschliessung Custines durchgeführt werden. Hätte der General im Oktober oder November eine ernstliche Belagerung der Festung versucht, so ist sicher, dass die 3—4000 Soldaten ihm wenig Widerstand hätten entgegensetzen können, zumal die Mannheimer Bevölkerung starke Sympathien für Frankreich hegte und im Zaum gehalten werden musste. Schon die Zeitgenossen fanden es unbegreiflich, wie Custine an Mannheim vorüber ziehen konnte; in ihrem naiven Glauben wähnten sie, dass die Neutralität dieser Festung aufhören werde, sobald der Reichskrieg beschlossene Sache sei.[28] Mehrere Stabsoffiziere machten Custine aufmerksam, zuerst Mannheim, dann Mainz zu nehmen. Coquebert de Montbret begründete seine Ansicht durch die Erklärung, dass man auf die pfälzische Neutralität nicht bauen dürfe; entweder werde der furchtsame Kurfürst freiwillig der Koalition beitreten, oder die Feinde werden sich gegen seinen Willen der Festung bemächtigen. Dem solle Custine zuvorkommen und von der pfälzischen Regierung die Übergabe verlangen, eine hinausschiebende Antwort aber ablehnen, sondern eigenmächtig mit Gewalt die Stadt besetzen. Derselben Anschauung huldigte ein anderer Offizier, namens Clemencet. — Der mainzische General Eickemeyer glaubte später, dass der Besitz Mannheims dem Feldzug von 1793 eine andere Wendung gegeben und Mainz für Frankreich gerettet hätte.[29] Nach der Einnahme von Mainz fühlte Custine recht gut die Unsicherheit einer Stellung, wenn eine feindliche Festung im Rücken liege. Mit allen Mitteln suchte er den Kurfürsten von der Teilnahme am Krieg fernzuhalten.[30] Der Kriegskommissär Leger, von Oberndorff zu Custine gesandt, mag die Beziehungen zwischen Mannheim und Mainz aufrechterhalten haben.[31] Im November erwartete Custine die Kapitulation Mannheims von der Wirkung der rollenden Livres. Er wollte dem Kurfürsten 1000000 f, Oberndorff und seinen Freunden 200000 f geben. Der vollziehende Ausschuss in Paris billigte den Plan und schickte den Betrag. Mit den Unterhandlungen wurden zwei Elsässer, namens Franz Anton Zimmermann und Karl Klauer, betraut, doch kehrten sie bald unverrichteter Dinge aus der

Festung zurück und versicherten, es sei unmöglich, die Stadt ohne Schwertstreich zu bekommen, nur von einer Bestürmung versprachen sie sich Erfolg. Da Custine nicht über die erforderliche Truppenanzahl verfügte, so musste er vorläufig auf Mannheim verzichten.[32])

Am 2. Dezember ward Frankfurt den Franzosen wieder entrissen, Custine wurde auf Mainz zurückgeworfen. Seine Furcht, er könnte vom Elsass abgeschnitten werden, wurde reger denn je. Der Plan einer Besetzung Mannheims stellte sich von selbst wieder ein. Die Armee Birons sollte sich dieser Aufgabe unterziehen.

War einmal Mannheim gewonnen, so stand der Weg in das darmstädtische Gebiet offen, die Preussen, in ihrer Flanke bedroht, mussten sich dann wieder aus Frankfurt zurückziehen. Ausserdem ermöglichte der Besitz Mannheims die Ausschreibung reichlicher Lieferungen im fränkischen und schwäbischen Kreis. Anfangs Dezember rückten 18 Bataillone der Bironschen Armee unter dem Kommando von Munnier und Ferrier nordwärts, um mit Custine Fühlung zu nehmen. Am 9. Dezember erschien Marco, der Adjutant Custines, bei Oberndorff, um diesen aufzufordern, die Rheinbrücke abzubrechen. Oberndorff war dazu bereit und erklärte, die Brücke werde jedes Jahr wegen der Gefahr des Eisganges abgebrochen und erst im Frühjahr wieder hergestellt werden.[33]) Das Entgegenkommen des Ministers durchkreuzte den ganzen französischen Plan; man hatte eine ablehnende Antwort erwartet und schon eine Batterie mit sechs Vierundzwanzigpfündern aufgestellt, die Mannheim bestreichen sollten. Nunmehr schlugen die Franzosen selbst eine neue Rheinbrücke bei Brühl und legten um die Rheinschanze eine enge Zernierungslinie. Ein geheimer Befehl vom 15. Dezember, wahrscheinlich von Custine stammend, lässt die Absichten der Franzosen erkennen. Demnach wurden die Generäle ermächtigt, auf ein bestimmtes Zeichen von 6 Kanonenschüssen die Garnison gefangen zu nehmen und von der furchtsamen Regierung die Auslieferung der Festung zu erzwingen. Soweit kam es freilich nicht; denn der Gouverneur von Belderbusch, ermutigt durch die eingetroffene Verstärkung aus Bayern, liess den Franzosen bedeuten, sie möchten die Schanzarbeiten einstellen, sonst müsste er die französischen Anlagen von der Rheinschanze aus zusammenschiessen. Die Franzosen fügten sich, verlangten aber eine schriftliche Zusicherung, dass auch die Österreicher oder die Preussen die Festung nicht erhalten sollten. Oberndorff stellte den Revers aus, worauf man auf der Gegenseite von weiteren Anschlägen abstand.[34]) Nach Chuquets Darstellung beruhigte sich Custine; er sagte sich, dass Mannheim bei dem schlechten Zustand seiner Werke

ohnedies nicht behauptet werden konnte, dass eine hinreichende Besatzung von französischen Truppen nicht leicht aufzubringen war, und dass die Festung wenig Wert habe, solange noch Coblenz und Trier in feindlichen Händen seien. Es sei darum besser, wenn sie ferner hin neutral bleibe. Diese Resignationsstimmung erinnert fast an die Fabel vom Fuchs und den saueren Trauben. War denn die Verbindung mit dem Elsass nicht mehr bedroht, wenn die pfälzische Regierung einige leere Versprechungen gegeben, sodann mussten gerade die schlechten Festungswerke den Verbündeten die gefürchtete Überrumpelung erleichtern. Soviel Truppen hätte Munnier gewiss entbehren können, dass Mannheim mit einer notdürftigen Garnison versorgt worden wäre. Weil Trier noch in österreichischen Händen war, darum musste Mannheim von Frankreich besetzt werden, denn Mannheim sperrte eben die Verbindung zwischen Süddeutschland und dem Moselgebiet.

Oberndorff hatte durch einen Eilboten nach München melden lassen, dass die Franzosen Anschläge auf Mannheim hegten. Alles geriet in Bestürzung und wusste nicht, wie zu helfen sei. Der Kurfürst ging den Hofkriegsrat um seine Meinung an, dieser hatte selbst den Kopf verloren und wandte sich an Thompson, dieser wieder an Ysenburg, Ysenburg glaubte bei Vieregg gute Ratschläge zu holen, allein dieser antwortete nur mit Achselzucken und bestürmte den Kanzler von Hertling, der ebenso wenig Bescheid wusste. Der Kurfürst, ganz auf sich allein angewiesen, bestätigte Oberndorffs Verhalten und teilte dem Minister mit, dass keine fremden Truppen in Mannheim einmarschieren dürften, niemandem der Übergang über die Rheinbrücke gestattet werde, die Franzosen aber auf Kanonenschussweite keine Verschanzungen anlegen dürften. Karl Theodor war bereit, lieber seine liebe Stadt zusammenschiessen zu lassen, als das wertvolle Unterpfand aus den Händen zu geben.[35])

Auch die Übergabe Jülichs und Dürens wurde den Franzosen verweigert. Dumouriez wünschte an der Roer eine starke Stellung zu fassen, die ihm den Rücken für seinen Zug nach Holland gedeckt hätte. Er suchte daher Mastricht und diese beiden Festungen in seine Gewalt zu bekommen. Am 22. Dezember wurde ein Anschlag gegen Düren unternommen, scheiterte aber. Jülich wollte Dumouriez nicht im Sturm besetzen aus Furcht, der Kurfürst könne Vergeltung üben und das wichtigere Mannheim den Österreichern ausliefern.[36])

Seit dem Einmarsche Custines legte Kurpfalzbayern, um den Franzosen keine Ombrage zu geben, den Verbündeten alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg. Am 1. Oktober war das grosse Heidelberger Magazin auf Schiffen

in das feste Mannheim gebracht worden. Hier weigerte sich Oberndorff, dasselbe aufzunehmen, und suchte mit Gewalt den Rücktransport nach Heidelberg zu erwirken, doch musste er sich schliesslich in das Unvermeidliche fügen.[37]) Der österreichische Oberst Merz hatte aus der Speierer Katastrophe die Kriegskasse, die Bagage und das Lazarett noch glücklich retten können und wollte die Gegenstände in Mannheim unterbringen. Man liess ihn die ganze Nacht vor der Rheinschanze warten, erlaubte ihm den Übergang über die Brücke nur gegen Erlegung des Brückengeldes und schob die Sachen nach Weinheim ab.[38]) Als sich Custine am 17. Oktober über die Aufnahme der Magazine beschwert, erklärte die Münchener Regierung dem Grafen Lehrbach, sie sei nicht im Stande, diese zu schützen; deshalb verlegte man die Magazine nach Heilbronn in das Gebiet des schwäbischen Kreises.[39]) In Bayern wurden den durchziehenden österreichischen Truppen die Getreide- und Mehllieferungen zu möglichst hohen Preisen angerechnet, während man in der Pfalz den Franzosen das Getreide halb schenkte. In einer Note vom 14. Oktober führte Lehrbach über das widrige Verfahren Oberndorffs Klage und verlangte die gebührende Rücksicht und Aufmerksamkeit, die man von jedem Reichsstand, „dessen Gesinnungen mögen beschaffen sein, wie immer sie wollen“, fordern dürfe. Colloredo war höchst entrüstet über Kurpfalz und stachelte Lehrbach auf, „kräftigst und nachdrücklichst“ mit Ministerialnoten einzuschreiten; er fand das Benehmen des Kurfürsten ärgerniserregend und hegte „jedes Misstrauen auch gegen die feierlichsten Versprechungen,“ drohte auch schon mit Reichsexekution.[40]) Selbst dem massvollen Cobenzl, der die Schwäche Pfalzbayerns gegen Custine mit dem ungenügenden Militärstand entschuldigte, ging die pfälzische Politik „gegen die Vorschriften des Landfriedens,“ doch tröstete er sich mit dem Bewusstsein, dass dem Kurfürsten seine Freundschaft mit der Revolution teuer zu stehen komme, da die Pfälzer samt und sonders rebellisch werden würden.[41])

Arge Verstimmung rief in Wien das Bestreben des Kurfürsten und seiner Regierung hervor, sich den Reichspflichten zu entziehen und Reichskrieg und Reichsverteidigung anderen Ständen zu überlassen. Österreich hatte einen guten Teil seiner Streitmacht nur auf dem Papiere stehen und musste viele Truppen im Innern zurückhalten, um Unruhen vorzubeugen. Seine im Felde stehenden Truppen reichten trotz der preussischen Waffenhilfe nicht aus, um den Feind wirksam zu bekämpfen. Das Reich sollte also in den Krieg mit hineingezogen werden, es hatte ja die Veranlassung gegeben, dass dem frommen Erzhaus der Krieg erklärt worden war. Am 12. September stellte man auf

kaiserlicher Seite in Regensburg den Antrag, es möge beraten werden, ob überhaupt noch eine förmliche Kriegserklärung an Frankreich erforderlich sei und ob man nicht alle Friedensschlüsse vom westfälischen an für ungiltig betrachten solle. Einen heftigen Gegner fanden diese Vorschläge an dem Grafen Lerchenfeld. Nach dessen Auffassung war der Krieg nur an Österreich angekündigt worden, das Reich traf also keine Verpflichtung, daran teilzunehmen, sonst müssten ja, so folgerte der strenge Logiker, auch Österreichs Kriege mit der Pforte für das Reich bindend sein.[42]) Lerchenfeld wusste scheinbar nicht, dass 110 Jahre vorher der Krieg Kaiser Leopolds mit der Türkei auch vom Reiche mitgeführt wurde, damit die Janitscharenhorden fern gehalten werden konnten. Ähnlich langen die Dinge jetzt, das Reich hatte ebenso wie Österreich die Pflicht, nach Möglichkeit die Sansculotten zurückzuweisen, die ebenso die Niederlande wie die Reichsgrenzen bedrohten. Auf den kaiserlichen Antrag ging ein Schreiben Lerchenfelds vom 15. September näher ein.[43]) Jede Zeile dieses Briefes sprüht von Hass gegen Österreich, dessen Interesse durchaus nicht mit dem des Reiches identisch sei. Lerchenfeld wünschte keinen faulen Frieden, glaubte aber durch die blosse Grenzverteidigung genug getan zu haben. Einer Kündigung des westfälischen Friedens widersetzte er sich mit allen Kräften, da nur Österreich davon Nutzen ziehe und einen Vorwand zur Wiedereroberung des Oberelsasses gewinne. Dagegen bringe die richtige Auslegung des Friedens dem Erzhause nichts ein, verschaffe aber dem Reiche das Niederelsass. Eine Kündigung der nachwestfälischen Friedensschlüsse fand unser Gesandte ganz zweckentsprechend, denn dadurch erhalte das Reich das Recht, seine verlorenen und geraubten Gebiete zurückzufordern, womit es sich eine bessere Grenze schaffen könne. Selbstverständlich verhehlte er sich nicht, dass Österreich auch Eroberungen machen wollte. Er gönnte sie ihm auch, wenn auch ungern, warnte aber davor, dass die Reichsarmee zu offensiven Zwecken verwendet werde und für habsburgische Eroberungen ihr edles Blut verspritze. Eine Offensive gehe das Reich nichts an, sie sei gegen die Wahlkapitulation, und es sei bedenklich, „das Reich von allen Truppen zu entblössen und die deutschen Lande der Gefahr einer inneren Empörung auszusetzen.“ Sollte diese aber trotzdem beschlossen werden, so habe auch das Reich ein Recht auf noch ausgedehntere Eroberungen und dürfe auch die Frage aufwerfen, „was mit solchen eroberten französischen Provinzen geschehen und wie sie zum Besten des Reiches verwendet werden sollten.“

In gewissem Sinne hatte Lerchenfelds Argwohn auf Österreich seine Berechtigung. Erweckte doch der Krieg

alte Erinnerungen an frühere Unbill. Stets hatte das Reich die Zeche bezahlt, wenn Österreichs Kriege mit Frankreich unglücklich verliefen, nie aber auch nur eine Scholle Landes erhalten, wenn deutsche Waffen und deutsche Fäuste gesiegt. Doppelt berechtigt sind die Worte aus dem Munde eines Bayern, der jede Steigerung der österreichischen Macht als eine neue Gefahr für sein Vaterland betrachten musste. Da Lerchenfeld am Reichstag mit seiner Ansicht nicht zurückhielt, so wurde Lehrbach vorstellig, „dass Graf Lerchenfeld eine befremdende und zum Teil auch sehr auffallende Sprache rede.“[44]) Vieregg und Hertling versicherten, dass er nicht in diesem Sinne instruiert sei, und versprachen, ihm für die Zukunft „ein Gebiss“ anzulegen.[45])

Grossen Eifer für den Reichskrieg hegte indes auch die Regierung nicht. Nach den Abmachungen mit Assigny musste sie sich der Kriegserklärung mit aller Macht widersetzen, und sie hätte dies nicht ungerne getan. Mitte September sagte der Kurfürst zu Seinsheim, er werde für den Fall des Kampfes nur sein Simplum stellen.[46]) Der wahre Grund lag darin, dass Pfalzbayern unmöglich sein Triplum ins Feld schicken konnte, ohne zu Neuaushebungen schreiten zu müssen. Nimmt man auch die Schätzung Lehrbachs, wornach noch im Oktober die pfalzbayerische Armada nur 8000 Mann betragen habe,[47]) als zu niedrig an, so verlangten doch die Festungen Mannheim, Düsseldorf, Jülich und Düren genügende Garnisonen, es mussten die Grenzen beobachtet und im Innern Unruhen niedergehalten werden. Zu einer Heeresverstärkung konnte sich aber weder der geizige Kurfürst noch Thompson entschliessen. Wozu denn die Kräfte des Landes anstrengen? Einst hatte man wenigstens Subsidien erhalten, jetzt wäre die Truppenhilfe nur der Vergrösserungssucht der Mächte zu gute gekommen. Einen guten Vorwand, alle militärischen Vorkehrungen zu unterlassen, fand Pfalzbayern nach dem Abmarsch Erbachs in der drohenden Invasionsgefahr von Frankreich.[48]) Nur die grösste Untätigkeit, meinte man, könne die Pfalz vor einer Verwüstung behüten. Dabei hatte Pfalz einen guten Freund an Hannover; denn dieses wollte ebenso wenig etwas von einem Reichskrieg wissen. Mit dem englischen Gesandten Walpole stand Thompson in regem Verkehr; Walpole riet, die Abstimmung über den Reichskrieg in suspenso zu belassen, also zu warten, bis die andern Stände ihr Votum abgegeben hätten; Hannover werde in gleicher Weise handeln. Die gewünschte Verzögerung der Kriegserklärung stand dann bei dem langsamen Gange in Regensburg sicher bevor.[49])

Auch diese Pläne blieben Österreich nicht lange verborgen. Colloredo teilte am 19. September dem Grafen

Lehrbach mit, dass Pfalzbayern nur das Simplum stellen werde. Der Gesandte setzte den Kurfürsten heftig zu, der in seiner Schüchternheit versprach, sich keiner Pflicht zu entziehen und sein Kontingent aufzubringen.[50]) Allein unter dem Druck der Notwendigkeit kam er immer wieder auf das Simplum und die Abstimmung in suspenso zurück. Am 29. September wies Lehrbach auf die Unmöglicheit hin, wenn Kurpfalz mit seinen vielen Stimmen sein Votum hinausschiebe und nur das Dritteil seines Heeresanteils ins Feld schickte. Darauf versicherten Vieregg und Hertling, man würde „in seiner Ordnung" stimmen und das Triplum stellen.[51]) Lehrbach, der recht gut wusste, dass der schlechte Heereszustand keine grossen Anforderungen vertrage, sagte höhnisch zu den Ministern, Pfalz möge doch von seiner angeblichen Armee Gebrauch machen und die Grenze decken, allein „niemand misskenne, ungeachtet der Grosssprechereien Thompsons, den Stand der sogenannten kurpfälzischen Armee." Cobenzl wollte dem Kurfürsten gute Lehren geben, indem er von dessen wohlverstandenem Interesse und dem „Trieb wahren Ruhmes" redete; Gefälligkeit gegen Österreich meinte er, sei es durchaus nicht, wenn die Stände ihre Truppen stellten.[52])

Die Regierung befand sich im Oktober im Kreuzfeuer; sie durfte dem Drängen der Hofburg nicht fortgesetzt Widerstand leisten, aber auch gegen Frankreich keine drohende Haltung einnehmen, solange Custine sich in der Pfalz aufhielt. Sie kam auf einen guten Ausweg; sie war jetzt auf einmal bereit, das Triplum zu stellen, doch sollte dieses nicht ins Feld geschickt werden, sondern nach Mannheim gehen, um die neutrale Festung zu schützen.[53]) Damit traf sie zwei Fliegen auf einen Schlag, ausserdem war man glücklich aus der Verlegenheit, wie man neue Mannschaften aufbringen könnte. Da aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen schien, dass nach der Erklärung des Reichskrieges die Reichsarmee ins Feld marschieren musste, so sollte Lerchenfeld auf dem Reichstag beantragen, dass mit der Kriegserklärung zu warten sei, bis die Scharen des heiligen römischen Reiches mobil gemacht seien. Die Mobilmachung aber dürfe frühestens erst im nächsten Lenze erfolgen.[54]) Lerchenfeld hatte Befehl, Mangel an Instruktion vorzuschützen,[55]) wenn Anträge gestellt würden, die sich nicht mit diesem System vertrugen.

Am 26. Oktober sprach Vieregg mit dem Geschäftsträger Tautphäus von der Absicht des Kurfürsten, es möge die Kriegserklärung vorläufig verschoben und eine Reichstagsberatung hierüber erst dann gepflogen werden, wenn die Franzosengefahr vorbei sei.[56]) Mit dieser seltsamen Zumutung kam er aber bei Österreich schief an. Colloredo,

der dem Kurfürsten die Hauptschuld am Verluste von Mainz zuschrieb,[57]) dachte schon jetzt an eine gewaltsame Besetzung Bayerns und beauftragte Lehrbach, den Kurfürsten „ernstlich und mit allem Nachdruck" an seine Reichspflicht zu erinnern und alle Ausflüchte, „deren Unbestand das deutsche Publikum nicht anders als mit gerechtem Unwillen und Ärgernis betrachten kann", zurückzuweisen; den Kurfürsten würden seine zweideutige Politik, seine verfassungswidrigen Ausreden nicht länger schützen, und er müsse zuletzt selbst die nachteiligen Folgen seines Benehmens empfinden."[58]) Die Regierung wich nicht von ihrem Standpunkt. Daher riet Lehrbach, um sie gefügig zu machen, zu einer Besetzung Bayerns, Schwabens und Frankens, ein Mittel wodurch man die österreichischen Lande vor den Franzosen decken könne. Man solle in München erklären, „das so oft aufgerufene Kontingent müsse mitziehen, oder man bleibe selbst im Land"; „die Pfalz muss sobald als möglich von den kaiserlichen Truppen besetzt und en dépôt genommen werden, auch darin alles diktatorisch veranstaltet, befohlen und ausgeschrieben werden."[59]) — Endlich lenkte man in München ein. Der Kurfürst beschloss die Stellung des Triplums nach dem Fusse von 1681, erklärte sich für das kaiserliche Oberkommando und bewilligte die Römermonate (23. November).[60]) Zu diesem Votum war er nur unter dem Drucke der Mächte geschritten, er gestand Seinsheim rückhaltlos ein, dass er der Gewalt keinen Widerstand habe entgegensetzen können und deshalb nachgegeben habe. So werde er wenigstens den Vorwürfen der Pflichtvergessenheit entgehen.[61]) Vieregg dagegen liess dem französischen Agenten Koch sagen, dass sein Herr in grosser Verlegenheit gewesen, als er bei der gegenwärtigen Krisis einen festen Entschluss fassen musste.[62])

Neue Verwickelungen ergaben sich bei der Lauheit Pfalzbayerns von selbst. Die Vorgänge vor Mannheim verfolgten Österreich und Preussen mit steigender Aufmerksamkeit. Sie hatten in der Neckargegend nicht die nötige Truppenmacht stehen, um französischen Anschlägen zu begegnen. Nun hätte sich Preussen damit begnügt, wenn die Neutralität der wichtigen Festung gewahrt werden konnte. In diesem Sinne suchte König Friedrich Wilhelm auf den Pfalzgrafen Max Joseph einzuwirken, dieser möge sein Möglichstes für die Erhaltung der Stadt tun, bis die österreichischen Truppen, die auf dem Marsche zum Oberrhein begriffen wären, vor Mannheim angelangt seien. „Der Verlust Mannheims, betonte der König, könnte unberechenbare Folgen für das pfälzische Haus nach sich ziehen, an dem ich so lebhaften Anteil nehme."[63]) In Wien hielt man die pfälzische Garnison nach Zahl unzureichend, an Tüchtigkeit

wertlos, die österreichischen Verstärkungen sollten daher zum Teil in die Festung geworfen werden. „Wenn kurpfälzischerseits alles schon geschehen wäre", begründete Cobenzl den Beschluss des Hofkriegsrats, „was man zum Teil erst angeordnet hat und in Erfüllung kommen muss, so haben wir noch keine Ursache, uns über die Sicherheit des Platzes zu beruhigen, da der Zustand des kurpfälzischen Militärs bekannt ist, die Zweideutigkeit vieler unter denjenigen, welche den Kurfürsten umgeben, Besorgnis erregt, die mit der Regierung missverstandenen Pfälzer ganz abgeneigt sind und in mehreren Ämtern, besonders in dortiger Gegend, der Empörungsgeist sich schon tätig zu zeigen anfängt." Lehrbach bekam den Auftrag, Karl Theodor auf die Fortschritte der Franzosen hinzuweisen, auf ihr Sinnen und Trachten, die Festung zu besetzen, und sollte die Auslieferung Mannheims verlangen. Übereinstimmend mit den Drohungen des Königs von Preussen warnte Cobenzl vor einer Übergabe Mannheims an die Franzosen: „Die Aufmerksamkeit des ganzen Reiches würde sich auf eine sehr bedenkliche Art gegen den Kurfürsten richten und S. Maj. als Reichsoberhaupt würde nach den Gesetzen zu den ernstlichsten Vorkehrungen schreiten müssen." (10. Dezember.)[64])

Lehrbach fand es nicht ratsam, von dieser Instruktion Gebrauch zu machen; sie würde wenig nützen, meinte er, und könne nur Schaden anrichten. Nachdem jetzt die 3000 Bayern die Mannheimer Garnison auf 7000 Köpfe verstärkt hätten, seien weitere Truppen in der Stadt kaum mehr unterzubringen. Pfalzbayern halte prinzipiell an der Auffassung fest, keine fremden Mannschaften, seien es nun Österreicher oder Franzosen, einzulassen.[65]) Bei der drohenden Stellung der französischen Batterien sei es sehr bedenklich, wenn Österreich jetzt seine Absichten auf Mannheim kundtue; denn dadurch bekämen die Franzosen einen guten Vorwand, die Stadt zu überrumpeln.[66])

Am 17. Dezember traf der Eilbote Oberndorffs in München ein mit der Meldung, dass die Franzosen wirklich die Festung zu nehmen gedächten. Auch Lehrbach und Schulz gerieten in Bestürzung. Dieser drohte dem Kurfürsten mit dem Reichsbanne, wenn es sich offenbare, dass er mit dem Reichsfeinde Einverständnisse pflege. Gemeinsam mit Lehrbach arbeitete er ein Promemoria aus, worin die verdächtigen Unterhandlungen zwischen Oberndorff und den französischen Generälen zum Ausgangspunkt genommen wurden, die Regierung zu Standhaftigkeit und Festigkeit angehalten und auf den schlimmen Ausgang hingewiesen wurde, wenn sie vom Reiche abtrünnig werde.[67]) Vieregg leugnete, dass die Franzosen Mannheim nehmen wollten. Oberndorff habe nur um Vorschriftsmassregeln gebeten für den Fall,

dass diese die Festung verlangten.[68]) Doch forderte Lehrbach beruhigende Zusicherungen über das Schicksal Mannheims, des Schlüssels zu Süddeutschland. Vieregg beteuerte hoch und heilig, dass man fest entschlossen sei, keinen Franzosen in Mannheim einzulassen; die Unterhandlungen Oberndorffs mit den Generälen hätten „keinen anderen Gegenstand gehabt als die von den kurfürstlichen Untertanen öfters eingeloffenen Beschwerden wegen erkauften Früchten und Fouragen, zu leisten gehabten Fuhrwesen, Exzessen der Kriegsmannschaft und anderen derlei Verfallenheiten",[69]) er verschwieg aber wohlweislich, dass man Custine auch versprochen, keine Österreicher in Mannheim aufzunehmen. Cobenzl, der mit der Zeit Kenntnis von der Ausstellung des Reverses an Custine erhalten, gab trotzdem den Plan nicht auf, eine kaiserliche Besatzung nach Mannheim zu legen. Das pfälzische Kontingent konnte ja Platz machen und wäre im Felde verwendet worden. Am 12. Januar erteilte er Lehrbach die Instruktion, vom Kurfürsten „offenherzig und bestimmt" zu verlangen, ob er wirklich den Revers ausgestellt, wornach keine kaiserliche Truppen aufgenommen werden sollten, ob er für die Sicherheit des Platzes garantiere und sein Reichskontingent dahin schicken wolle, „wo es nach Gutfinden Se. Maj. nötig und dienlich erachten würde." Er wünschte genauer, als es am 19. Dezember geschehen, Auskunft darüber, welchen Zweck die Unterhandlungen zwischen Oberndorff und den Generälen im Auge hätten.[70]) Karl Theodor bekannte, dass den Franzosen die Zusicherung gegeben worden sei, man werde niemanden, wer es auch wäre, in die Festung einlassen, leugnete aber, dass dies durch einen schriftlichen Revers getan worden sei. Die Erhaltung Mannheims könne er nicht garantieren, „niemand sei im Stande zu garantieren, dass eine Festung nicht genommen werde oder übergehen könne." Das Kontingent stehe in Mannheim, verteidige eine Hauptfestung des Reiches und leiste daher die grössten Dienste. Bayern brauche den Fuss von 1681 nicht einzuhalten, sondern sei nur an den von 1757 gebunden, „dies sind Gerechtsame eines Kreises und dessen Ständen, mithin muss dies allerst reguliert werden." Die Richtigkeit der Aussage vom 19. Dezember bestätigte er. Er stellte Lehrbach die missliche Lage seiner Länder vor und betonte seine persönliche Freundschaft für Österreich, denn er sei nie französisch oder preussisch gesinnt gewesen. Anstatt Tadel glaube er wegen seiner Haltung Lob zu verdienen, da durch die Neutralitätserklärung Mannheims die Franzosen gehindert wären, den Platz zu überrumpeln, „wodurch ganz Schwaben und Bayern, selbst Oberösterreich der Gefahr ausgesetzt gewesen wäre."[71])

Energischer gingen die Oesterreicher am Niederrhein gegen Jülich und Düren vor. Auf ihrem Rückzug aus Belgien verlangten sie den Durchmarsch durch Jülich; der Kommandant verweigerte dies mit dem Hinweis auf dessen Neutralität. Erst nachdem man gedroht, wenig Umstände zu machen, gewährte er ihn.[72]) Dauernd scheinen sich die Österreicher in Jülich nicht festgesetzt zu haben. Düren wurde am 25. Dezember gestürmt, die dortige Garnison wollten die erbitterten Kroaten niedermetzeln, erst als man diese Halbasiaten mit Geld befriedigte, standen sie davon ab.[73])

Da die Gegner grosse Anstrengungen zur Bekämpfung Frankreichs machten, so suchte Custine eine starke Verteidigungsstellung am Oberrhein zu beziehen und nahm seine alten Pläne, Mannheim zu bekommen, wieder auf. Er wollte die Freundschaft mit Pfalzbayern nach Möglichkeit noch enger knüpfen, um zu seinem Ziele zu gelangen. Nach der Abberufung Legers stand ihm in Mainz als pfälzischer Agent der frühere Oberamtmann von Reibeld zur Seite.[74]) Custine selbst schickte seinen Adjutanten Lafont, der schon vorher mit Oberndorff unterhandelt hatte,[75]) mit diplomatischen Vollmachten nach Mannheim. Lafont überbrachte ein Schreiben des Generals vom 13. Januar, worin dieser den Wunsch aussprach, die alten engen Beziehungen zwischen Pfalz und Frankreich weiter zu pflegen und alle schwebenden Streitfragen in Mannheim selbst zu regeln. Bei der ersten Zusammenkunft mit dem Minister forderte der Adjutant die Lieferung von Lebensmitteln und die Aushändigung Mannheims. Werde die Festung übergeben, so mache die französische Nation sich anheischig, die Pfalz gegen Jedermann zu schützen und dem Kurfürsten noch anderweitige Vorteile zu bieten. Oberndorff schlug das Ansinnen ab, weil er keinen Verrat am Reiche begehen wollte.[76]) Lafont verblieb in Mannheim. Seine Anwesenheit erweckte den Verdacht König Friedrich Wilhelms; er sandte den Oberst Rüchel in die Stadt, um den Franzosen zu überwachen. Rüchel brachte einen Brief Lucchesinis mit, worin Oberndorff vor Durchstechereien gewarnt und die Uebergabe der Stadt als Hochverrat bezeichnet wurde. Der Oberst überhäufte den Minister mit Grobheiten und fragte ihn, ob denn eine Festung jedem französischen Offiziere zum Aufenthalt diene und beschwerte sich über die respektwidrigen Äusserungen der Subjekte Lafont und Klauer. Oberndorff gab von neuem seinen Entschluss kund, die Stadt zu behaupten, wies aber Rüchel persönlich zurecht, der einer fremden Regierung Vorschriftsmassregeln geben wollte; die Anwesenheit Lafonts verteidigte er mit der Notwendigkeit, bei den jetzigen Zeitläufen gute Beziehungen

mit Frankreich zu unterhalten, ein Abkommen mit der Republik stellte er in Abrede.

In noch schärferer Tonart klagte Österreich. Der vertrauensselige Vieregg hatte das Schreiben Custines vom 13. Januar dem Grafen Lehrbach mitgeteilt. Dieser fand es „unanständig, dass ein feindlicher Offizier in einer Festung im Reiche sich befinde und sogar am Hofe erscheine". Vieregg erklärte beschwichtigend, Lafont werde Mannheim wieder verlassen, sobald er von Custine sein Abberufungsschreiben empfangen.[77]) Der hitzige Colloredo sah in dem Briefe ein Creditiv; im gegenwärtigen Zeitpunkte laufe aber jede Unterhandlung gegen die Reichsschlüsse und arte in eine gesetzwidrige Kollission mit dem Reichsfeinde aus, „daraus müssten grosse Unannehmlichkeiten entstehen".[78]) Der Kurfürst ging der Verlegenheit aus dem Wege und erkannte Österreich gegenüber Lafont nicht als öffentliche Person an; Auskunft über ihn könne er keine geben, sagte er, solange Oberndorff die Sache nicht klargestellt habe.[79]) Dieser wieder motivierte sein Verfahren mit dem Grundsatze, dass man es mit niemandem verderben dürfe, dagegen ein bindendes Verhältnis zu irgend einer Macht unter den gegenwärtigen Umständen vermeiden müsse. Eine Unfreundlichkeit gegen die Franzosen lenke deren ganzen Zorn auf die kurfürstlichen Lande. Der Mittelweg, den er angeschlagen, sei darum „den Gesetzen der eigenen Erhaltungsnotwendigkeit" angemessen und nach Gründen des allgemeinen Staatsrechts und der Klugheit zu rechtfertigen.[80]) Man hütete sich, diese Antwort Lehrbach vorzulegen. Der Gesandte liess die Sache ohnediess ruhen, da Lafont bald Mannheim verliess.

Custine befreundete sich schliesslich mit dem Gedanken, Mannheim nicht zu erhalten, wünschte aber aus strategischen Erwägungen dessen Neutralität, die allerdings am besten durch seine Batterien in unmittelbarer Nähe der Rheinschanze garantiert wurde. Am 18. März sandte er einen neuen Agenten, namens Courbeau, zu Minister Oberndorff, der nach den Worten Merlins „kein Feind Frankreichs" war.[81]) Courbeau hatte den Mannheimer Hof, wo die Prinzen von Zweibrücken und andere Gegner Frankreichs weilten, zu beobachten und sollte die Neutralität und gute Nachbarschaft der Pfalz, „welche immer der Republik so teuer sein werde" aufrecht erhalten.[82]) Doppelt teuer war diese Neutralität, seitdem Wurmser mit seiner Armee bei Schwetzingen stand, bereit, über den Rhein zu gehen. Courbeau, dem von Oberndorff der Titel einer öffentlichen Persönlichkeit zugestanden wurde, berichtete nach Mainz, dass Pfalz nicht gesonnen sei, Mannheim auszuliefern, was für diesmal ein Trost für Custine war. Der Agent blieb ständig in der Stadt, knüpfte noch im Mai Unterhandlungen an und scheint erst nach dem

Emporkommen Robespierres Mannheim verlassen zu haben. Gegen seine Anwesenheit hatte Preussen nichts einzuwenden, dagegen suchte Wurmser ihn einmal der Spionage zu verdächtigen, um seine Auslieferung zu erwirken, hatte aber damit bei Oberndorff keinen Erfolg.[83]) Nachdem die Preussen von Westen her den Hundsrück überschritten und sich mit Wurmser, der bei Ketsch über den Rhein gegangen war, vereinigt hatten, war die Einschliessung von Mainz vollendete Tatsache. Damit verlor Mannheim an Wert für Frankreich.

Von der massvollen und berechneten Haltung Custines stach sehr die Gesinnung der Pariser Machthaber gegen Pfalzbayern ab. In den Augen dieser Doktrinäre war der Kurfürst ein versteckter Feind Frankreichs, da er den Franzosen nicht in allen Stücken nachgab. Dieser gehässige Zug tritt schon bei Lebrun, dem Minister des Äusseren hervor, noch mehr aber bei den Mitgliedern des Konventes.

Nach der Hinrichtung Ludwig XVI. war Hermannt noch in Paris verblieben. Er war zwar beim Nationalkonvent nie beglaubigt, doch pflegte er mit hervorragenden Mitgliedern desselben innigen Verkehr.[84]) Bei jeder passenden Gelegenheit versicherte er, dass sein Heer von dem festem Vorsatze durchdrungen sei, das gute Einvernehmen mit Frankreich aufrecht zu halten, er wandte sich gegen alle Hetzereien, die Zwietracht zwischen Pfalz und Frankreich säen und die Neutralität des Kurfürsten verdächtigen wollten. Bei der Unterredung mit Lebrun am 31. Januar gebrauchte Hermannt auch den Ausdruck „Neutralität“.[85]) Dies veranlasste Lebrun zu folgender lächelnden Bemerkung: „Sie haben mir von der Neutralität Ihres Herrn gesprochen. Ich glaube gerne seinen Absichten, aber unter uns gesagt: Wie soll sich diese Neutralität mit der Stellung des Triplums vereinbaren?“ Hermannt wollte sich aus dieser Verlegenheit winden und sagte, dass aus der Truppenstellung noch lange kein feindseliger Akt gegen Frankreich abgeleitet werden dürfe. Allein dies schien Lebrun nicht recht zusammenzuharmonieren. Er wünschte darum eine solide Basis, auf Grund deren die Freundschaft zwischen Frankreich und dem Kurfürsten weitergepflegt würde; diese Basis, diese Voraussetzung bildete die Uebergabe Mannheims. Erfolge die Kapitulation, fuhr Lebrun fort, so werde Frankreich die Staaten Karl Theodors vor jeder feindlichen Invasion schützen; weigere sich dagegen der Kurfürst dessen, so würden bei dem geringsten Vorkommnis seine Unterthanen alle Folgen eines unheilvollen, langwierigen und blutigen Krieges zu durchkosten haben.

In München war man über den Vorschlag Lebruns begreiflicherweise nicht erbaut. Die Politik der Zweideutigkeit hätte ein Ende genommen; entweder Feindschaft mit

den Verbündeten oder Feindschaft mit Frankreich wäre die Folge der Annahme beziehungsweise der Ablehnung geworden. Man legte die Depesche Hermannts im Auszuge dem Grafen Lehrbach vor, um dessen Stimmung zu sondieren.[86]) Lehrbach erriet sofort die geheime Absicht der Regierung, durch den Schritt die Nachsicht Österreichs zu erlangen. Er erklärte, es sei unbegreiflich, wenn jetzt noch, nach der Hinrichtung des Königs, Pfalzbayern in Paris einen Vertreter halte und drohte mit den Strafgesetzen des Reiches, da man mit dem Reichsfeinde im Einverständnis stehe. Vieregg lehnte daher das Ansuchen Lebruns ab; es müsse diesem „von selbst bekannt“ sein, schrieb er an Hermannt, „wie es die platte Unmöglichkeit sei, nicht nur bei der allgemeinen, sondern auch augenblicklichen politischen als geographischen Lage der kurfürstlichen Landen und dermalen eintretenden Umständen die Stadt und Festung Mannheim den französischen Truppen einzuräumen und zu übergeben.“[87]) Der Legationssekretär Kymli verständigte am 23. Februar Lebrun von diesem Bescheid. Der Minister lenkte ein, vielleicht angesichts der drohenden Lage von innen und aussen, fand die missliche Situation des Kurfürsten erklärlich, liess aber doch durchblicken, Karl Theodor könne nach den ersten Erfolgen der Koalition sein Kontingent zum Hauptheere stellen, und forderte, dass er nach dem Vorbilde des schwäbischen Kreises strikteste Defensive beobachte. Er warnte vor den ehrgeizigen Plänen der Österreicher, die in Bayern leicht einen Aufruhr entfachen würden, um das Land in Besitz zu nehmen und versprach, mit dem Münchener Hofe neue Fäden anzuknüpfen und Desportes dorthin zu senden, der alles in die Hand nehmen werde. Das letzte Projekt ist nicht zur Ausführung gekommen, vielmehr wurde auch Hermannt bald zurückberufen.[88])

Oberndorff behauptete gelegentlich, dass die Franzosen in dem Ausdruck „Neutralität“ den Sinn bezeichneten, den die Worte „gute Nachbarschaft“ hätten.[89]) Custine mag vielleicht diese unklare Unterscheidung gemacht haben, die Mitglieder des Konventes aber wussten nicht anders, als dass Pfalzbayern neutral im staatrechtlichen Sinne sei. War doch im Mai 1792 der Nationalversammlung die Erklärung der pfälzischen Neutralität von Dumouriez eigens mitgeteilt worden, und jeder, der mit Hermannt verkehrte, musste annehmen, dass der Kurfürst neutral sei. Daher wunderte man sich, wenn Nachrichten einliefen, dass Pfalzbayern den Österreichern kleine Vorteile gewährt. In der Konventssitzung vom 30. Oktober nahm der Elsässer Rühl die Aufnahme der Magazine in Mannheim zum Ausgangspunkt einer heftigen Anklage gegen den Kurfürsten. Er stellte Assignys Versicherungen, dass Karl Theodor der französischen Nation

zugetan sei, als unglaubwürdig hin, die pfälzische Neutralität, sagte er, sei erkauft, seitdem Frau Bettschard 50000 Livres bekommen. — Hermannt bemühte sich vergebens, von Rühl ein Dementi zu erlangen, der prinzipientreue Elsässer konnte nicht dazu bewogen werden.[90]) Merlin von Thionville wiederholte die Behauptungen, dass Pfalzbayern die Neutralität verletzt, immer wieder; denn der Kurfürst, betonte er, habe die Truppen von Darmstadt, die Feinde Frankreichs, mit Lebensmitteln versorgt die Österreicher und Preussen würden von ihm auf dem rechten Rheinufer billigst verpflegt und erhielten den Scheffel Getreide um drei Kreuzer, auf dem linken Ufer verkaufe die Regierung die Vorräte in ihren Lagern gegen Kredit den Bauern, nur, um sie den Franzosen zu entreissen, pfälzische Soldaten hätten sich an dem Bauernaufstand in Winnweiler beteiligt, die Regierung stelle ihr Kontingent gegen Frankreich, sie hindere die Untertanen, mit den Franzosen zu fraternisieren, mache allerlei Ansprüche auf reichsritterschaftliche Gebiete geltend, deren Einverleibung in Frankreich beschlossen sei, sie erschwere die Zirkulation der Assignaten und dulde in der neutralen Festung Mannheim einen förmlichen Herd der Aristokratie; denn die Prinzen von Zweibrücken, „die Todfeinde Frankreichs", könnten jederzeit den Österreichern die Tore öffnen. Diese Neutralität sei also lächerlich; sie sei auch ein Unding, denn der Ausnahmezustand der Pfalz verstosse gegen das Dekret vom 19. November, und somit würden die nach Freiheit dürstenden Pfälzer am Anschlusse an Frankreich gehindert. Die Neutralität kompromittiere endlich den Ruhm der französischen Truppen und stehe dem Heere im Wege, Ruhmesblätter zu ernten. „Mit einem Worte: Dauert die Neutralität weiter, so bleibt das deutsche Reich bestehen und die Republik muss unterliegen." Nur im jetzigen Augenblicke (8. März), sei der günstige Zeitpunkt, mit dem Kurfürsten zu brechen. Da die feindlichen Streitkräfte noch nicht vollzählig seien, so müsse schleunigst Mannheim überrumpelt, die (Kur-) Pfalz besetzt werden, damit die völlige Unterwerfung Deutschlands Tatsache werde. Gelinge der Handstreich, so käme die Pfalz an einem Tage in französische Hände und Frankreich werde ein Departement mehr haben.[91])

Das Schreiben Merlins, worin diese Auseinandersetzungen gebracht wurden, wurde im vollziehenden Ausschusse verlesen. Man betraute Custine mit der gesamten Rheinverteidigung und ermächtigte ihn, Mannheim zu überrumpeln, sobald er es nach den militärischen Dispositionen für gut finde. Das Schicksal der Stadt hing von der Schnelligkeit ab, mit der die Verbündeten zur Einschliessung von Mainz schreiten und dadurch die Franzosen vor Mannheim verscheuchen würden.

Im Januar arbeitete man in Wien den Feldzugsplan für das neue Jahr aus, eine Konferenz der österreichischen und preussischen Heerführer sollte in Frankfurt weitere Beratungen pflegen. Nach diesem Plane galten die Hauptoperationen der Wiedereroberung Belgiens und der Einschliessung von Mainz. Erfolg versprach man sich nur dann, wenn England der Koalition beiträte und wenn die Neutralität Pfalzbayerns ein Ende nähme, der Kurfürst sich vielmehr nach Kräften am Krieg beteiligte.[92]) Die pfälzischen Festungen Mannheim und Jülich mussten durchaus in österreichische Hände kommen, alle verfügbaren pfälzischen und bayerischen Truppen waren auf die Beine zu bringen.

Jülich, der wichtige Übergangsplatz an der Roer, an der Strasse von Köln nach Mastricht gelegen, bildete die Basis für den Aufmarsch der Österreicher nach den Niederlanden, hier plante Coburg seine Armee über den Fluss zu setzen.[93]) Mannheim dagegen ermöglichte den Rheinübergang zur Einschliessung von Mainz von Süden her und gestattete, falls ein starkes Entsatzheer vom Elsass nahte, einen sicheren Halt hinter seinen Wällen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen hatte Österreich wenig Aussicht, vom Kurfürsten die Überlassung der Festungen durchzusetzen. Man dachte daher daran, sie mit Gewalt zu nehmen, wenn er auf ein gestelltes Ultimatum wieder die Auslieferung verweigerte. In aller Stille sollten die Vorbereitungen zum Handstreich getroffen werden. Lehrbach wurde durch ein Schreiben Cobenzls vom 20. Januar in das Geheimnis eingeweiht und bekam Befehl, in München von Mannheim gar keine Erwähnung mehr zu tun, sich überhaupt zu stellen, als ob die erste Festung Süddeutschlands die gleichgiltigste Sache von der Welt wäre. Mit Beginn der Operationen wollte ihn Coburg verständigen, er möge ein bereitgestelltes Ultimatum an die Regierung richten. Für den Fall der Ablehnung müsste die Überrumpelung gewagt werden; man glaubte noch immer, dass Pfalzbayern sich scheue, unnütz Blut fliessen zu lassen, war vielmehr überzeugt, dass die Kommandanten den geheimen Auftrag hätten, im letzten Moment die Plätze herzugeben. Erweise auch dies sich als eitel, so war alles daran zu setzen, die Städte zu nehmen, sobald irgendwie Anschläge der Franzosen auf sie bekannt würden. Am 24. Februar schrieb Coburg von Frankfurt aus dem Grafen Lehrbach, das Ultimatum in München vorzulegen.[94]) Offenbar ging er von der Überzeugung aus, dass jetzt der günstigste Zeitpunkt zur Überrumpelung gekommen sei. Am Niederrhein stand allerdings der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Dumouriez und sein verwahrlostes Heer nichts weiter im Wege als Jülich; dagegen hatten sich vor Mannheim die Schwierigkeiten nur gemehrt. In diesen Tagen war nämlich

wieder Munnier mit 14000 Mann vor der Rheinschanze erschienen und sein Belagerungsgeschütz wurde dicht unter den Kanonen des Forts aufgestellt; gegenüber der Neckarmündung richtete eine mit Mörsern und Kanonen gespickte Anlage ihre Feuerschlünde gegen die Stadt. Munnier weigerte sich jetzt rundweg, einer Aufforderung Oberndorffs nachzukommen und die Batterien einzuziehen.[95]) Der alte Haudegen Wurmser wusste Rat. Der Herzog von Braunschweig hätte ihm einfach 15000 Preussen zur Verfügung stellen müssen, die im Verein mit seinen 12000 Österreichern den Rhein überschritten und die demoralisierten Franzosen verjagt hätten. Darauf liess sich aber der bedachtsame Braunschweiger nicht ein, sondern erklärte, seine Truppen brauche er für sich, die Operationen der Preussen und Österreicher müssten gemeinsam beginnen, daher dürfe Wurmser nicht eher über den Strom gehen als bis auch die Preussen dies getan; die Besetzung Mannheims erscheine gegenwärtig verfrüht.[96])

Mochte die Antwort des Kurfürsten auf das Ultimatum zustimmend ausfallen oder nicht, so konnten die Verbündeten doch Mannheim nicht nehmen, wenn nicht die französischen Batterien am andern Ufer vernichtet waren. — Am 27. Februar setzte Lehrbach dem Kurfürsten die Gründe auseinander, welche für eine Auslieferung der Festungen an Österreich sprachen, so z. B. ihre wichtige Stellung im Operationsgebiet, der schlechte Zustand der pfälzischen Garnisonen und die rebellische Bevölkerung in Mannheim, die keine genügende Sicherheit für die Erhaltung der Plätze böten. Zugleich legte er ein Schreiben Coburgs vor, das in barschem Generalston die Übergabe forderte, damit man gute brauchbare Mannschaft hineinschicke und die Artillerie verstärke. Coburg hoffte, dass der Kurfürst unverweilt seinem Wunsche nachkomme und sofort den Kommandanten die entsprechenden Weisungen zugehen lasse. Weigere er sich dessen, so drohte der Reichsmarschall, seine Lande als Feindesland zu betrachten und den Festungen ohne Schonung das Kriegsrecht fühlen lassen. Der Grundsatz: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich“ habe im vorliegenden Falle doppelte Geltung, da der Kurfürst für ihn zu sein die Pflicht habe. Karl Theodor suchte auszuweichen, um die Entscheidung hinauszuschieben, unter anderm erklärte er, in dieser wichtigen Sache erst mit den Ständen Jülichs Rücksprache nehmen zu müssen. Lehrbach hielt dies für Flunkereien und las ihm darauf eine zweite Erklärung, das eigentliche Ultimatum vor. Darin hiess es unter anderm, dass der Kaiser bisher auf die guten Gesinnungen des Kurfürsten gebaut und im Vertrauen darauf noch immer auf dessen Mitwirkung am Kriege gerechnet habe. Allein die fortge-

setzte Hartnäckigkeit und die drohende Gefahr für das Vaterland machten jetzt Schritte notwendig, „die den fünfzigjährigen Verhältnissen zwischen beiden Höfen so unangemessen als ihren persönlichen Gesinnungen entgegen sein würden.“ Man wisse recht wohl, dass der Kurfürst bei den Massnahmen der Mächte „eine nicht unbeträchtliche Resistenz“ zeigen werde, doch werde dies nur den Eifer der Verbündeten verdoppeln. „Am Ende würde man sich ganz sicher in dem Lande des Herrn Kurfürsten und auf seine Unkosten für alle Nachteile, die aus den in den Weg gelegten Hindernissen entsprangen, und für die Vorteile, die man dadurch entbehren musste, die angemessene Entschädigung finden.“

Karl Theodor war durch diese Worte tief erschüttert; seine Lage war nicht beneidenswert, vor Mannheim lag Munnier, während sich an den bayerischen Grenzen eine österreichische Armee sammelte. Er beteuerte seine persönliche Ergebenheit an das Erzhaus und äusserte, „dies nicht um den kaiserlichen Hof verdient zu haben.“ Übrigens habe er ja noch gar keine Weigerung ausgesprochen. Um seine Entscheidung zu verzögern, nahm er das Agnatenrecht zum Vorwand. Die Prinzen von Zweibrücken, sagte er, betrachteten seine Anhänglichkeit an Österreich fortgesetzt mit misstrauischem Blicke, sie müssten erst befragt werden; auch solle der dirigierende Minister seine Meinung äussern.[97]) Vieregg war über das Ultimatum völlig ratlos. Der alte Schwächling brach in Tränen aus, versicherte vor Gott und seinem Herrn, keine Schuld an dem ganzen Unheil zu tragen und schob in ritterlicher Weise die Verantwortung auf den General Thompson.[97]) Da sich das Haus Zweibrücken für die Aufnahme der Österreicher aussprach,[98]) so fand der Kurfürst keine rechte Ausrede mehr und weigerte sich am 15. März rundweg, die Festung herzugeben.[99]) Er habe, so sagte das Promemoria, seine Schuldigkeit für die Reichsverteidigung in vollem Masse getan, sein Kontingent in grösserer Zahl, als es ihm zukomme, gestellt, die Römermonate bewilligt und mit seiner Truppenmacht einen Handstreich der Franzosen auf Mannheim vereitelt. Man könne ihm jetzt unmöglich noch zumuten, die Festung aus den Händen zu geben. Niemand werde ihm den Schaden ersetzen, den in diesem Falle die Franzosen anrichten würden. Wenn indes der Krieg eine für Österreich ungünstige Wendung nähme, so erkläre er sich bereit, die Tore Mannheims zu öffnen, bedinge sich jedoch aus, dass seine Besatzung dort bleibe und die Verstärkung nur durch Reichstruppen erfolge. Gouvernement und Kommandantur müssten in pfälzischen Händen bleiben, das Reich müsse für allen Schaden haftbar gemacht werden. Dieses Ansinnen hielt

Lehrbach für eine direkte Unverschämtheit, konnte jedoch nichts dagegen tun.

Im März wurde der Kampf mit Frankreich aufgenommen. Als General Clerfait bei Jülich über die Roer ziehen wollte, fand er die Brücke abgebrochen; man musste erst eine Pontonbrücke bauen, damit man an das andere Ufer gelangen konnte.[100]) Auch am Oberrhein wurde es Mitte März lebendig. Die Preussen gedachten bei Bacharach den Strom zu überschreiten und vom Hundsrück her den Franzosen in den Rücken zu kommen; Wurmser sollte über die Mannheimer Brücke gehen und mit Braunschweig Fühlung nehmen. In einem Schreiben an Oberndorff und den Kurfürsten verlangte Wurmser den Durchzug. Allein man hatte tausend Bedenken dagegen; man hielt Wurmsers Korps für zu schwach, um mit den Franzosen fertig zu werden, traute den Preussen überhaupt nicht und fürchtete, Mannheim könnte am Ende das Opfer werden.[101]) Infolge dieser Verzögerungen war Wurmser ausserstande, sich an der Verfolgung des geschlagenen Custine zu beteiligen. Er bekam die ewigen Unterhandlungen mit Pfalz endlich satt und ging am 31. März bei Ketsch über den Rhein.

Nach den Abmachungen von Frankfurt waren 32000 Preussen, Sachsen, Hessen und Schwaben zur Belagerung von Mainz bestimmt, 50000 Preussen und Österreicher hatten die Belagerungsarmee gegen Süden zu decken, 42000 Mann sollten den Oberrhein von Basel bis Mannheim gegen einen französischen Flussübergang sichern. Statt der 124000 Mann hatte man aber nur 86000 zur Verfügung. Pfalzbayern konnte nach der Schätzung der Österreicher zum Ausgleich der fehlenden Truppen einigermassen beitragen.

4000—6000 Bayern wollte man in Sold nehmen und bei Freiburg aufstellen. Thompson wurde als Kommandant vorgeschlagen. Allein dieser war nicht nach dem Geschmack Friedrich Wilhelms; der König hielt es für geeigneter, „das Kommando einem andern Subjekte als dem General Thompson aufzutragen, da dieser als ein Mann von demokratischen Anschauungen bekannt wäre.“ Der ganze Subsidienplan wurde nicht weiter verfolgt, da Bayern nicht einmal sein vorschriftsmässiges Kontingent aufbrachte.[102])

Man berechnete sodann, dass die Mannheimer Garnison bis auf 2000 Köpfe aus der Festung genommen und durch Ergänzungen auf den vollständigen Etat des Triplums, 7000 Mann, erhöht werden konnte.[103]) Doch hatte man wieder die Rechnung ohne Karl Theodor gemacht. Denn dieser wollte ja einer Teilnahme seiner Truppen am Feldzuge aus dem Wege gehen, und war auf den geschickten Ausweg gekommen, sie in die neutrale Festung zu legen. Am 27. Februar verlangte Lehrbach die Stellung des Kontingentes

wieder. Die Weigerung war in der Ablehnung Mannheims enthalten. (15. März.) Ende März forderte Coburg, das pfälzische Kontingent habe sich seinen Befehlen sofort zu unterwerfen. Vieregg bestritt die Kompetenz seiner Forderung; da keine Reichsarmee beisammen sei, erklärte er, könne auch kein Reichsfeldmarschall keine Befehle erteilen. Lehrbach geriet über diese Logik in grenzenlose Wut. Er meinte, entweder verstehe man die Reichsverfassung nicht mehr oder wolle sie nicht mehr verstehen, der Reichskrieg sei beschlossene Sache, der Kurfürst habe am Reichstag die Stellung seines Kontingentes zugesagt, „mithin könne kein Kontingent existieren, ohne von S. Durchlaucht (Coburg) kommandiert zu werden, oder der Kommandeur müsste in den Lüften schweben.“[104]) Nachdem die Gefahr für Mannheim glücklich vorübergegangen war, entschloss sich endlich Karl Theodor, wenigstens seinen bayerischen Anteil, aber nur nach dem verjüngten Massstabe von 1757 ausrücken zu lassen. Zu diesem Zwecke wurden die 3000 Bayern in Mannheim mobil gemacht.[105]) Anfangs unter dem Kommando Wurmsers stehend, fochten sie darauf vor Mainz und stritten Ende 1793 wieder mit Österreichern im Elsass gegen die Franzosen. Die pfälzische Kavallerie diente unter Hohenlohe-Ingelfingen.[106]) Der Kurfürst wird selbst am meisten aufgeatmet haben, als seine liebe Pfalz von den Franzosen gesäubert worden war.

Fünftes Kapitel.

Anschläge Österreichs auf Bayern; Gegenmassregeln Pfalzbayerns.

Es war ein Glück für Bayern, dass der furchtsame Kurfürst die wichtige Festung Mannheim in seinen Händen behalten hatte. Österreich arbeitete nämlich mit allen Mitteln daran, Bayern zu erwerben und das Haus Wittelsbach nach Brüssel zu versetzen. Solange aber die Möglichkeit bestand, dass die pfälzische Regierung die Franzosen in Mannheim aufnehmen könnte, war an die Verwirklichung des Austausches nicht zu denken.

Bekanntlich konnte Österreich die preussische Waffenhilfe nur gegen das Zugeständnis gewinnen, dem preussischen Staate in Polen freie Hand zu lassen; doch durfte erst nach Beendigung des Krieges Preussen seine polnische Beute in Sicherheit bringen. Österreich erhielt hingegen von Preussen die Erlaubnis, Bayern gegen Belgien eintauschen zu dürfen, weitere österreichische Forderungen lehnte Preussen ab.[1])

Zum grossen Verdrusse Österreichs hatte bereits im Dezember 1792 Preussen daran gedacht, seine Beute in Sicherheit zu bringen, und war in Petersburg in Unterhandlung über eine neue Teilung Polens getreten.[1]) Und Österreich hatte sich soeben die Niederlande entreissen lassen und musste sich gedulden, bis sie wieder zurückerobert waren. — Aus den Berichten Lehrbachs konnte der österreichische Minister Cobenzl entnehmen, dass der Kurfürst seit Februar 1792 alle Schritte des Erzhauses mit scheelen Blicken verfolgt, dass von ihm keine Zustimmung zum Tausche zu erwarten war. Allein dieser Widerspruch kümmerte Cobenzl wenig, er wollte Karl Theodor vor die vollendete Tatsache stellen und trug sich mit dem Gedanken, Bayern militärisch zu besetzen.[2]) Vom König von Preussen war kein Widerspruch zu befürchten, denn Friedrich Wilhelm hatte am 27. Oktober geäussert, er wolle den Tausch in Zweibrücken auf alle Weise befördern; „sollte der Kurfürst selbst sich widersetzen, so könnte man nach seinem bisherigen ärgerlichen Benehmen noch eine andere Sprache als die der Überredung führen.“[3]) Der Gedanke der Sequestrierung Bayerns lag also in der Luft; Graf Lehrbach ist es gewesen, der den Staatsvizekanzler noch besonders darauf aufmerksam gemacht hat. Am 24. Januar berichtet er von einem Hader

zwischen Kurfürst und Ständen.[4]) Die Stände hatten Anstoss an den Geldmäkeleien Karl Theodors mit Thompson genommen und wollten bei Kaiser und Reich Klage führen. Welch herrlicher Vorwand zur Einmischung in Bayern! „Der kaiserliche Hof erhielt dadurch Gelegenheit, fährt Lehrbach fort, näher ins Innere der bayerischen Verfassung einzusehen, die kurfürstliche üble Haushaltung einzusehen, und überhaupt dem Herrn Kurfürsten fühlen zu lassen, dass er kein Souverain, sondern ein Kaiser und Reich unterworfener Vasall sei.“ In dem Postskriptum rät Lehrbach zu einer militärischen Besetzung Bayerns; den Vorwand dazu biete die Notwendigkeit, Winterquartiere beziehen zu müssen. Dieser Gedanke gefiel Cobenzl ausnehmend gut. Er schrieb am 30. Januar:[5]) „Im übelsten Falle betrachte ich die Sache ganz so, wie Eure Excellenz sie in ihrem Nachschreiben vom 24. d. M. mitteilen, und sehe nicht ein, was uns abhalten sollte, die nachdrücklichsten Massnehmungen eintreten zu lassen.“ Den angeregten Gedanken führt Lehrbach später etwas genauer aus und sagt: „Wenn es dazu kommen müsste, die in dem hohen Schreiben enthaltene zweite Erklärung dem hiesigen Hofe zu machen, so wäre eine politische Frage, ob nicht auch in Bayern von Schärding bis gegen München Truppen einmarschieren sollten. Ein guter Vorwand könnte immer sein, dass diese Truppen als Nachzug zu den Armeen nötig wären, besonders um näher bei der Hand zu sein. Der Herr Oberst von Mack fand es dem vorausgesetzten Falle ganz angemessen.“[6]) Lehrbach trat mit mehreren Gliedern der Landschaft in Fühlung, um Stimmung für Österreich zu machen, er fand, dass diese nicht ungern eine Einverleibung in den Kaiserstaat sahen; dies wäre der beste Ausweg, meinten sie, um die schlechte bayerische Verwaltung loszubekommen. Man hatte nur den Wunsch, dass die Privilegien der Stände aufs neue versichert würden.[7])

Im Frühjahre sammelte sich an den Grenzen Bayerns eine grössere Armee. Trotzdem die Anwesenheit der kaiserlichen Truppen auf dem Kriegsschauplatz dringend nötig war und Wurmser sogar um preussische Hilfe betteln musste, blieb diese Armee lange Zeit völlig untätig dort stehen. Sie hatte nämlich die Besetzung Bayerns zu vollziehen; der Einmarsch war auf den 1. Mai festgesetzt,[8]) die Huldigung der Bayern für Kaiser Franz war auf den 14. Mai angesetzt.[9]) Als der Wonnemonat herangekommen war, zog die Reservearmee wirklich in den Kurstaat ein, eilte aber ohne Aufenthalt nach Mainz. Die Erklärung für den Umschwung ist in dem Ministerwechsel zu suchen. Der geschmeidige Thugut, Cobenzls Nachfolger, der Held der Intrigue, glaubte den Austausch auf diplomatischem Wege eher zustande zu bringen als durch die Macht der Waffen.[10])

An die Zustimmung des Hauses Wittelsbach zum Tausche war gar nicht zu denken. Der Pfalzgraf Max Joseph, stutzig gemacht durch die lange Anwesenheit der Reservearmee an den Grenzen Bayerns, begab sich in das Hauptquartier. Dort bestürmte er den englischen Militärbevollmächtigten, Lord Elgin, damit sein König als Kurfürst von Hannover gegen die Abtretung Bayerns Einspruch erhebe; denn in diesem Falle decke sich das englische Interesse mit dem bayerischen.[11]) Max erhielt indes von London nie eine Antwort.[12]) Im Lager verkehrte er beständig mit König Friedrich Wilhelm, an dessen Seite er den Feldzug mitmachte. Der König war längst von seiner Vorliebe für Österreich wieder abgekommen und hätte unter keinen Umständen eine gewaltsame Besetzung Bayerns geduldet. Dies beruhigte Max, er schrieb im Mai nach München, „man solle allen Bayern versichern, dass an einen Tausch nicht zu denken sei, dass der König von Preussen die Besitznahme von Bayern nie gestatten noch zugeben werde; er sei im Werke, den Fürstenbund zu erneuern und den Kurfürsten von der Pfalz zu bestimmen,, demselben beizutreten."[13])

Wenn die Grossmächte zur Durchführung des Tausches geschritten wären, so hätte freilich das Haus Zweibrücken wenig Widerstand leisten können. Es galt dann gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Doch gegen die Erwerbung der Niederlande sträubte man sich wenigstens mit aller Macht. „Der Austausch Bayerns gegen die Niederlande," sagt eine Denkschrift, „würde das pfälzische Haus von Deutschland abwenden. Die Kurfürstenwürde, die Pfalz, alle gegenwärtigen Beziehungen zum Reiche würden zur Nebensache werden; isoliert zwischen Maas und Ozean fiele es in die Abhängigkeit der Seemächte."

Die Unruhe und Widersetzlichkeit der Niederländer verringere noch die ohnehin unbedeutende Macht. Das Haus dürfe aber seinen Einfluss in Deutschland nicht aufgeben, sich nicht zu einer Macht dritten und vierten Ranges herabdrücken lassen. Deshalb müsse es nicht nur schadlos gehalten werden, sondern noch positive Vorteile erlangen. Als reelle Entschädigung käme nur das Nachbarland der Pfalz, Elsass-Lothringen mit den drei Bistümern, in Betracht. Die Maas im Westen und der Semoi im Norden könne dann die Grenze bilden, eine Grenze, die Deutschland schon im 10. Jahrhundert besessen habe. Das Äquivalent wäre aber erst dann genügend, wenn auch das Herzogtum Limburg mit Jülich vereinigt würde.[14]) Dieser Vorschlag, ohne Zweifel Karlsberger Ursprungs, hätte die Billigung der Mächte kaum gefunden, wenn er zur Sprache gekommen wäre.

Kurfürst Karl Theodor erhielt erst im April und Mai 1793 Kunde von den Anschlägen Österreichs auf Bayern.

Schon am 24. Februar hatte der Geschäftsträger Duras aus Wien gemeldet, dass in der Hauptstadt nur eine Stimme der Entrüstung über die Pfälzer und Bayern herrsche. Es hiess: „Man muss sich an ihrem Land für das Unheil entschädigen, das ihre Gleichgültigkeit und Parteinahme für Frankreich dem gemeinsamen Vaterlande geschlagen hat. Österreich werde Mittel finden, um sich auf gerechte und verhältnismässige Weise auf Kosten derer schadlos halten, die das Unglück bei Anspannung aller ihrer Kräfte hätten hindern können.“[15]) Am 24. April berichtet Duras bestimmt, dass Bayern besetzt werde; am 26. sagt er, dass Österreich nach einer Kriegsentschädigung trachte, wozu sich Bayern am besten eigne. Gegenwärtig sei der Zeitpunkt zur Besetzung des Kurstaates sehr günstig; österreichische Truppen stünden an Bayerns Grenzen oder wären auf dem Marsche dorthin; die Pfalz sei in der Gewalt der Verbündeten und auch in der Nähe Jülichs befänden sich kaiserliche Garnisonen. Dagegen wären die Streitkräfte des Reiches unschädlich gemacht und den Kontingenten der Grossmächte zugeteilt. Das Einverständnis mit Frankreich biete einen genügenden Vorwand zum Einmarsche, Widerstand sei nicht zu erwarten, auch das englische Heer sei zu schwach, um denselben hindern zu können. Als Entschädigung für Bayern bekomme der Kurfürst Elsass-Lothringen.[16]) Die Worte des Geschäftsträgers erhalten Glaubwürdigkeit, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Thugut am 19. April vom Grafen Lehrbach genaue Auskünfte „über die Population und Einkünfte sämtlicher Staaten des kurpfälzischen Hauses“ verlangte; Lehrbach sollte diese Untersuchung unter Wahrung grösster Verschwiegenheit vornehmen.[17]) Der Einmarsch der Preussen in Polen, die in ihrer Proklamation ausdrücklich auf die Zustimmung des Kaisers Franz hinwiesen, mag für Karl Theodor Veranlassung gegeben haben, dass er von Duras genaueren Bericht forderte.[18]) Duras tat dies am 15. Mai.[19]) Als seinen Gewährsmann nennt er den geheimen Reichsreferendar von Frank, welcher ihn stets „mit besonderm Vertrauen und vielen Gewogenheiten“ beehre. „Soviel scheint sicher,“ fährt er fort, „dass ein Anschlag auf Bayern in dem Sinne geführt werde, dass dazu die nächste beste Gelegenheit genützt werden könne.“ Recht märchenhaft klingt die von Duras gebrachte Vorgeschichte des Tauschplanes. Demnach war der Kaiser Franz über den Einmarsch der Preussen in Polen äusserst betroffen und leugnete, seine Zustimmung hiezu gegeben zu haben. Allein der preussische Resident von Cäsar habe ihn auf die Unmöglichkeit aufmerksam gemacht, den getanen Schritt wieder zurückzunehmen, dagegen werde sich sein König bemühen „Österreich auf einer andern Seite gleich zu stellen

und den Austausch der Niederlande gegen Bayern zu erleichtern." „Jedoch habe hiebei, bemerkt Duras, der König nichts als seine bona officia versprochen." Der Kaiser habe seine Genehmigung zur Teilung Polens versagt, bis er selbst seine Entschädigung in Händen habe. Bayern komme hiefür, fährt Duras fort, vor allem in Betracht: „zum Teil, weil dieser Staat alle Vorteile vereinigt, welche die Erwerbung eines Landes höchst wichtig und unschätzbar machen, und folglich der ewige Wunsch Österreichs bleiben muss, zum Teil aber, weil Preussen ausdrücklich dieses Gegenstandes zur Gleichstellung erwähnt." Sodann wirft der Geschäftsträger die Frage auf: „ob Preussen im Ernste gesinnt sei, dem Hause Österreich zum Besitze Bayerns zu helfen, und ob es ausser dem Wege der freundschaftlichen Verwendung auch noch nötigende Mittel ergreifen könnte oder nicht?" Er verneint dies. Viel klarer als die Spielmann und Cobenzl, Schulenburg und Bischoffwerder erkannte er, dass Preussen und Österreich nie aufrichtig Freundschaft zu einander hegen könnten. „Es ist und bleibt eine allgemeine Wahrheit, dass die beiden Höfe von Wien und Berlin nie ein gemeinschaftliches politisches Interesse haben können", ihre Verbindung sei „ephemerisch" und jeder sinne nur darauf, die Vorteile des andern zu zerstören. Auf jeden Fall aber tut Bayern gut daran, meint er, wenn es auf seiner Hut sei. „Denn man könnte in München ebenso leicht Illuminaten suchen, als man in Danzig Jacobiner gefunden hat." (Eine Anspielung auf den preussischen Vorwand bei der Besetzung Danzigs.) Er rät seinem Herrn, dem Erzhause mehr Entgegenkommen zu zeigen und dem Wiener Hofe vorzustellen, dass seine bisherige Politik nur aus seiner Zwangslage sich ergeben habe. Duras benützt zugleich die Gelegenheit, um vom Kurfürsten hinreichende Mittel zu fordern, die einen sichern Nachrichtendienst ermöglichten. In kühner Sprache geht er dem Geize seines Herrn zu Leibe: „Ein Paar 1000 Gulden mehr oder weniger machen in der Kassa derjenigen Fürsten, welche Gesandte halten, keinen Unterschied aus, und es muss ein armer Sünder von einem Gesandtschaftsbeamten sein, der seinem Souverän nicht doppelt soviel Ehr und Nutzen durch seinen Fleiss und Aufmerksamkeit verschafft als er dessen Kassa lästig ist, wenn auch der Gewinn nicht mit Urkunden oder klingenden Münzen jedesmal erwiesen werden kann."

Alle diese Äusserungen musste man in München für bare Münze nehmen. Als der Kurfürst dies vernahm, verriet er erst recht wenig Eifer für den Austausch. Gewiss boten ja die Niederlande mancherlei Vorteile.[20]) Sie zählten 1 900 000 Einwohner, Bayern nur 1 150 000. Flandern und Brabant trug allein 1 000 000 fl. mehr ein als das verschuldete Bayern. Der

Handel Jülichs und Bergs, dem die Grenzen Preussens gesperrt waren, hätte sich an die hochentwickelte flandrische Industrie anlehnen können; eine bedeutsame handelspolitische Stellung am Niederrhein und im Scheldegebiet, und der Zugang zum Meere wäre den wittelsbachischen Landen beschieden gewesen. Karl Theodor selbst hegte grosse Zuneigung zu dem Lande seiner Geburt, wo er die frohen Tage der frühesten Jugend und seine Studentenjahre verlebt, dessen Krone er so gerne getragen hätte. Dagegen wird sich auch Karl Theodor gesagt haben, dass bei der Fortdauer der französischen Revolution und bei der Gärung der flandrischen Bevölkerung seine Herrschaft in Brüssel schwer gefährdet war, und dass Bayern noch immer das kleinere Übel blieb. Auch Elsass-Lothringen wäre ewig ein unsicherer Besitz geblieben, solange nicht eine starke Armee seine Behauptung garantierte. Deutschland war für Elsass-Lothringen damals noch nicht reif. — Der Kurfürst entschloss sich daher, der Durchführung des Tauschplanes Widerstand, wenn nötig mit den Waffen, entgegenzusetzen. Man plante, das bayerische Heer auf 12000 Mann zu erhöhen, im ganzen 7000 Köpfe neu auszuheben. Je 10 Bauernhöfe sollten einen Rekruten stellen, womit 4500 Mann zusammengebracht worden wären, 2500 hoffte man durch „Hausvisitationen" aufzutreiben.[21]) Allenthalben im Lande wurden Aushebungen veranstaltet. Der Unterstützung und Mitwirkung des Volkes war man gewiss. Mit ängstlicher Sorge hatten die Bayern die Anwesenheit der Reservearmee beobachtet und aus der Proklamation König Friedrich Wilhelms in Polen richtige Schlüsse gezogen.[22]) Die Landstände vergassen den Hader mit ihrem Kurfürsten und erklärten sich bereit, alle Massregeln der Landesverteidigung gutzuheissen, alle Gelder zu bewilligen. Besondere Begeisterung zeigte unter ihnen der patriotisch gesinnte Adel, die Arco, Preising, Tattenbach und die Vertretung der Städte.[23])

Dann dachte die Regierung daran, auswärtige Hilfe sich zu sichern. Dass man sich nicht an Preussen, den früheren Beschützer Bayerns, wandte, war bei dessen Bündnis mit Österreich und bei der Voreingenommenheit des Kurfürsten gegen den Berliner Hof erklärlich. Dagegen hoffte man auf die Unterstützung Englands. Vieregg stellte an Walpole, den Gesandten Englands in München, die Anfrage, welche Haltung das Kabinett von Skt. James dem Austausch gegenüber beobachte.[24]) Walpole erklärte, darüber noch keine Weisungen bekommen zu haben, doch werde er gerne Mitteilung machen, wenn er welche erhielte.[25]) Neben England rechnete die Regierung auf die Unterstützung der andern deutschen Mittelstaaten, besonders Hannovers und Sachsens, deren Kontingente freilich den Tausch kaum hätten

hindern können. Die enge Fühlung mit Hannover hatte schon früher Walpole befürwortet;[26] Hannover und Pfalz waren denn auch bisher auf dem Reichstag zusammengegangen. Schon nachdem Coburg sein drohendes Schreiben dem Kurfürsten unterbreitet, tröstete Freiherr von Ompteda, hannoveranischer Reichstagsgesandter in Regensburg, den Grafen Lerchenfeld und meinte, man solle ruhig abwarten, ob Coburg auch seine Drohungen in Erfüllung setzen werde, Österreich werde sich nicht beikommen lassen, Mannheim zu belagern und die kurfürstlichen Lande mit Exekution zu behandeln, dagegen müsse man gegen den groben Ton „eine laute, standhafte Sprache vor Kaiser und Reich und bei allen Höfen führen."[27]

Am 8. Mai instruierte Vieregg den Grafen Lerchenfeld, er möge mit Ompteda Rücksprache über ein Zusammengehen Hannovers mit Pfalzbayern nehmen.[28] Lerchenfeld tat dies. Mit Freuden ging Ompteda darauf ein, er hegte keinen Zweifel, dass sein Hof gerne die Hand zu einem Bündnis bieten werde. Da aber in wichtigen Angelegenheiten Hannover mit Kursachsen gemeinsam handelte, so verlangte er, dass Kurpfalz auch dem sächsischen Hofe Eröffnungen mache. Die Absicht des Kurfürsten, die ja eine Erhaltung der Reichsverfassung beziele, decke sich übrigens mit den Tendenzen des Fürstenbundes. Man brauche also gar nicht erst die Basis zum neuen Bündnisse aufzustellen, Karl Theodor brauche nur dem Fürstenbunde beitreten. Allerdings sei nach den Bestimmungen des Allianzentwurfes die Erhaltung „eines gewissen Kontingentes" erforderlich; daher müsse Pfalzbayern auf einen Militäretat Bedacht nehmen und, wenn nötig, seine Truppen auch marschieren lassen. Gut wäre es, wenn auch der Herzog von Zweibrücken in den Bund aufgenommen würde.[29]

Mit Sachsen knüpfte die Regierung auf drei Wegen zugleich an. Ein Schreiben Viereggs an Lerchenfeld sprach von der Notwendigkeit eines engeren Anschlusses der zwei Kurstaaten, damit man den üblen Folgen für die Reichsverfassung, den Gefahren für die einzelnen Stände vorbeugen könne. Zu diesem Zwecke habe sich Lerchenfeld mit den Vertretern Sachsens in Regensburg zu beraten und sie über die Absichten ihres Hofes zu sondieren.[30] Im gleichen Sinne wurde der pfalzbayerische Gesandte in Dresden, Graf von Schall, angewiesen, Vieregg machte selbst dem sächsischen Vertreter in München, Grafen von Riancour, seine Eröffnungen.[31] Auch Sachsen war dem Beitritt Bayerns zum Fürstenbunde geneigt. Mit grosser Genugtuung betonte der Reichstagsgesandte von Hohenthal die Interessengemeinschaft des Münchener und Dresdener Hofes und sprach den Wunsch aus, dass ihre Annäherung dem Reiche

und seiner Verfassung Heil bringen möge.[32]) Später schlug er vor, dass der Beitritt Pfalzbayerns zur Association durch einen Separatartikel zum Entwurf von 1785 vollzogen werde. Herzog Karl August hätte dem Könige von Preussen Mitteilungen von den Vorgängen machen können. Hohenthal war der Meinung, dass vom Tauschplane gelte: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Denn habe auch der Wiener Hof jetzt darauf verzichtet, so dürfe man seinen Erklärungen doch nicht trauen, früher oder später werde er wieder darauf zurückkommen. Deshalb müssten schleunige Massregeln getroffen werden.[33]) Der Abschluss des Bündnisses verzögerte sich, da Graf Schall, ein unbedingter Anhänger Österreichs, seine Instruktion unterdrückte,[34]) eine um so sträflichere Unterlassung, als der Dresdener Hof ohnehin wenig Vertrauen auf die politische Standhaftigkeit Pfalzbayerns hatte.[35]) Dagegen legte der geschworene Feind Österreichs, Graf Lerchenfeld, einen wahren Feuereifer an den Tag, um das Zustandekommen der Allianz zu sichern. Er hielt eine feierliche Erklärung seiner Regierung für überflüssig, eine einfache Deklaration des Kurfürsten, dem Bunde unverbrüchlich treu zu bleiben, hätte genügt. Triasgedanken stiegen in seiner Fantasie auf; er träumte schon von einer deutschen Mittelmacht, die die Reichsverfassung am besten schützen könnte.[36])

Hannover und Sachsen drängten. Ompteda wollte sich daher nach München begeben, um mit Riancour und den bayerischen Ministern über den Beitritt Pfalzbayerns zur Allianz zu verhandeln. Vieregg liess ihm versichern, er dürfe auf das Vertrauen und den Freimut des Hofes rechnen.[37]) Ende Juli traf der neue Kurier des Fürstenbundes ein. Sofort trat er mit der bayerischen Patriotenpartei in Fühlung und stachelte das Volk, dessen Misstrauen auf Österreich seit Juni nachgelassen hatte, auf alle Weise gegen seinen alten Feind auf. Dem Minister und dem Kurfürsten erwies er damit einen schlechten Dienst. Die Landstände, durch das Erscheinen neuer österreichischer Regimenter und durch die im Juni auf lange Zeit erfolgte Abreise des Grafen Lehrbach beunruhigt, verlangten vom Kurfürsten eine schriftliche Erklärung, ob wirklich ein Austausch Bayerns geplant werde, und liessen gegen Vieregg sogar Ausdrücke wie Verräter fallen.[38]) Mit der Regierung dagegen erlebte Ompteda schwere Enttäuschung; dieselben Männer, die im Mai um Hilfe gegen Österreich gerufen, zeigten jetzt keine Lust mehr, die rettende Hand zu fassen. Ompteda begann unwillig zu werden. Er bezichtigte Lerchenfeld des Betruges, denn dieser habe ihm von einer Bereitwilligkeit des Münchener Hofes erzählt, die tatsächlich gar nicht vorhanden sei.[39]) Vergebens machte auch Riancour alle Anstrengungen

und malte die Folgen des Austausches in den grellsten Farben aus.[40]) Alles umsonst. Seitdem die Gefahr vorübergegangen, mochte die nur dem Augenblicke lebende Regierung von keiner Schutzallianz mehr wissen.

Wäre der Bund zu Stande gekommen, so hätte die englisch-hannoverische Politik einen Haupttriumph erlebt. Grenville, der englische Minister des Äussern forderte im Juni von Thugut endgiltigen Verzicht Österreichs auf Bayern und hatte in der Allianz der weltlichen Kurstaaten schon die Mittel in der Hand, um Österreich im Notfalle dazu zu zwingen. Für Deutschland freilich wäre es wenig ehrenvoll gewesen, wenn ihm das Ausland seine Reichsverfassung hätte stützen müssen. Allein Preussen, der unnatürliche Verbündete Österreichs, konnte nichts tun; es war zu derselben Rolle verdammt, wie Frankreich, der einstige Verbündete der Hofburg, in den Tagen des Fürstenbundes.

Im Sommer 1793 machte Frankreichs Diplomatie, von Danton inspiriert, ihre letzten Anläufe. Kampf gegen den Todfeind Österreich war auch jetzt die Losung.[41]) Dasselbe Frankreich, das am 4. und 5. August 1789 den westfälischen Frieden verletzt und den Bruch mit dem Reiche herbeigeführt hatte, kam jetzt wieder auf die Garantie der Reichsverfassung zurück und bestimmte Schweden, wieder mit Frankreich den Bürgen des Friedens zu spielen.[42]) Solange freilich beiden Staaten die entsprechende Macht fehlte, hatte diese Garantie wenig praktischen Wert.

Viel realistischer nehmen sich einige Pläne aus, die ihre Entstehung dem General Custine verdanken. Der alte Bramarbas war scheinbar durch die Einschläferungpolitik, mit der er im Winter Pfalzbayern neutral gehalten hatte, im Glauben an sein diplomatisches Genie bestärkt worden. Im Frühjahr drangen allenthalben die Verbündeten siegreich vor, sodass sich das schwache Frankreich seiner Gegner kaum mehr erwehren konnte. Custine fand in dieser Verlegenheit den rettenden Ausweg. Alle grösseren französischen Kontingente sollten nämlich an der belgischen Grenze zusammengezogen werden, um Österreich mit wuchtigen Schlägen zu erdrücken. Damit aber nicht der König von Preussen durch Lothringen nach Frankreich vordringe, galt es, Friedrich Wilhelm durch Versprechungen zur Untätigkeit zu bewegen. Auch musste Pfalzbayern in seiner bisherigen Politik festgehalten werden. Custines Vorschläge wurden von Lebrun gebilligt. Nan suchte mit dem König und dem Herzog von Zweibrücken, sowie mit Kurfürst Karl Theodor zugleich anzuknüpfen. Die Unterhandlungen mit dem Könige und dem Herzoge hatte Desportes, der frühere Gesandte in Stuttgart und Gesandtschaftskandidat für München, in Mannheim zu führen. Esebeck, der Minister

Karl Augusts, den im Februar General Houchard gefangen nach Metz abgeführt hatte, sollte Desportes Annäherung vermitteln. Am 24. Mai kam Desportes in Metz an, wo er sofort ein Schreiben an den König von Preussen richtete und einen Pass verlangte, der ihm überschickt, aber unterwegs abgefangen wurde. Über die Art und Weise, womit sich König und Kurfürst gewinnen liessen, hatte Desportes schon anfangs Mai in Paris Vorschläge unterbreitet. Er beantragte nämlich die Säkularisation der drei weltlichen Kurfürstentümer Mainz, Trier und Köln, in deren Gebiete sich Preussen und Pfalzbayern teilen könnten. Karl Theodor sollte Mainz, ausser der Stadt, und einen Teil von Trier erhalten; diese Landschaften würden, so folgerte er, die Kurpfalz gut abrunden und die missliche territoriale Lage einigermassen ausgleichen. Dafür würde der Kurfürst gerne Jülich und Berg dem Könige von Preussen überlassen, das mit Köln und dem Reste von Trier die Machtstellung Preussens am Rheine verstärkte. Die Stadt und Festung Mainz sollte ein republikanisches, unabhängiges Gemeinwesen werden. Der König von Preussen erschien dem Herrn Desportes als guter Helfer, denn er brannte, so berichtet ein Brief des Gesandten vom 9. Juni, vor Begierde nach Landerwerb. Verschaffe man ihm diesen Landerwerb, so sei sicher, dass er die Sache Österreichs verlassen werde, das ihm jetzt ohnedies mehr schade als nütze. Für die Unterhandlungen in München dachte sich Desportes als geeignete Mittelsperson den Fürsten Bretzenheim, der den Vater leicht aus der bisherigen Lethargie aufrütteln könne.[41])

Desportes' Vorschläge wurden in Paris gebilligt. Doch gab man dort Custines Plan, Belgien zu gewinnen, allmählich auf und wandte sein Hauptaugenmerk immer mehr dem wichtigen Mainz zu, zu dessen Entsatz ebenfalls die Untätigkeit Preussens und Pfalzbayerns erforderlich war. Dem Könige wollte man eröffnen, dass Preussen kein Interesse am Kriege mehr habe, seitdem Belgien von den Franzosen geräumt worden sei, dass er dagegen jetzt nur mehr undankbare Handlangerdienste für Österreich verrichte. Dieses Österreich, sein Verbündeter, bedrohe aber Bayern, das bisherige Schutzland Preussens. Werde dieses mit den österreichischen Landen vereinigt, so falle bald auch Franken, Schwaben und Italien dem Kaiserhause zu. Ungeheuerlich würde dessen Macht anwachsen. Da auch Russland in bedenklicher Weise zum schwarzen Meere vordringe, so sei Preussens Machtstellung schwer bedroht. Gar bald bekämen die fränkischen Markgrafschaften die Uebermacht Österreichs zu fühlen. Gäbe also Preussen das unnatürliche Bündnis auf und verständige es sich mit Frankreich, so könne der König nicht nur sein Recht und seinen Besitz wahren, son-

dern sich auch in der Rolle eines Retters und Erhalters Deutschlands gefallen.[43]) Der Instruktionsentwurf spricht von keiner Säkularisation, schliesst dieselbe aber nach seinem Gedankengang nicht aus. Denn wie liesse sich ein preussisches Reichsprotektorat bei den vielen geistlichen Ständen denken? Tatsächlich verrät auch ein Brief von Desportes an Desforgues vom 28. Juni, dass der Säkularisationsplan in Paris aufrecht erhalten wurde.

Courbeau, damals noch immer in Mannheim, sprach beim Könige vor, der zu Unterhandlungen mit Desportes geneigt war. Da aber dieser nicht erschien, so liess ihm der König durch den Zweibrückischen Kammerherrn von Luxburg seine Verwunderung aussprechen, warum er denn nicht komme, nachdem längst der Pass ausgestellt worden sei. Als sich Desportes endlich anschicken wollte, ins Hauptquartier zu reisen, war es zu spät. Das Emporkommen Robespierres machte alle Verhandlungen illusorisch.

In München sollte Bourgoing, der frühere Gesandte in Madrid, die Allianz Pfalzbayerns mit Frankreich begründen. In einem Schreiben vom 6. Juni an den Sicherheitsausschuss betonte Lebrun die Notwendigkeit, den Kurfürsten zu günstigen Massregeln für die französische Armee zu bestimmen und die vorgeschlagenen Unterhandlungen endlich einzuleiten. Demgemäss beschloss der Ausschuss am 10. Juni die Entsendung Bourgoings.[44]) Merkwürdig ist, dass die Instruktion für München sich auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse stellte und noch mit der Feindschaft Preussens rechnete. Frankreich, hiess es darin in der einschüchternden Art, mit der Frankreich immer gegen Pfalzbayern vorgegangen, könne die Pfalz nicht mehr als neutrales Land ansehen, seitdem sich die Österreicher und Preussen dort aufhielten, seitdem der Kurfürst sein Kontingent ins Feld geschickt habe. „Unsere eigene Sicherheit und die Befreiung von Mainz verlangen gebieterisch die Besetzung der Pfalz." Von Kontribution sei keine Rede, die Truppen würden keinerlei Ausschreitungen begehen. Dagegen könne die Besetzung der Pfalz dem Kurfürsten einen günstigen Vorwand bieten, sich Frankreich zu nähern und ein Bündnis anzubahnen. Für dieses Bündnis hatte Bourgoing Stimmung zu machen, indem er auf die drohenden Gefahren für das Reich hinweisen und Frankreich als den Erhalter und Schützer der Reichsverfassung bezeichnen sollte. Zu Verhandlungen ist es ebensowenig gekommen wie in Mannheim. Wären die französischen Vorschläge durchgegangen, so wäre Pfalzbayern Herr Süddeutschlands geworden, denn wie hätte der buntscheckige Südwesten der Gefahr von Norden und Osten widerstehen können.

Anfang Juni, gar bald nach den Hiobsbotschaften aus

Wien, hatte die Münchener Regierung Nachricht erhalten, dass Preussen sich gegen einen Austausch Bayerns ablehnend verhalte. Am 25. Mai meldete Posch, der Gesandte in Berlin, dass sich in den leitenden Berliner Kreisen ein langsamer Umschwung vollziehe, dass man den deutschen Angelegenheiten wieder mehr Aufmerksamkeit und Interesse zuwende.[45]) Am 1. Juni erklärte er, Preussen pflichte vollständig den Argumenten bei, welche England für Aufrechterhaltung der deutschen Reichsverfassung ins Feld führe; ja es machten sich sogar Symptome einer Feindschaft zwischen den beiden deutschen Mächten fühlbar, denn Möllendorf habe Befehl erhalten, eine Stadt in der Nähe Galiziens auszusuchen, an deren Befestigung man denken könne. Vieregg atmete auf.[46])

Mit schweren Besorgnissen hatte König Friedrich Wilhelm den ganzen Sommer über der Durchführung des Austausches, den er vertragsgemäss nicht hätte hindern können, entgegengesehen. Am 20. August erschien plötzlich Graf Lehrbach im Hauptquartier und verlangte von ihm eine feste Garantie für der Tausch.[47]) Der König war äusserst betroffen, tat aber sofort entsprechende Schritte, um das Unglück von Bayern abzuwenden. Er suchte die Interessen Englands und Bayerns zu verketten, indem er einen Subsidienvertrag vorschlug, der den Engländern 25000 Bayern, dem Kurfürsten britische Hilfsgelder und die Garantie seines Landes versprach.[48]) Dadurch wären auch die Interessen Englands und Hannovers, die bisher nicht recht harmonierten, in Einklang gebracht worden. Albion wünschte die völlige Niederwerfung seines wirtschaftlichen Gegners Frankreich und durfte die Herrschaft eines schwachen Fürsten in Brüssel nicht dulden. Wenn Karl Theodor nach Galizien versetzt worden wäre, so hätte England sicherlich nichts gegen den Austausch einzuwenden gehabt. Hannover dagegen musste trachten, dass Bayern nicht an Österreich kam, damit die kaiserliche Macht nicht vermehrt und dadurch eine Bedrohung der andern Stände eingeleitet wurde. So kam es, dass seither der König Georg Österreichs Verbündeter, der Kurfürst Georg Österreichs Gegner gewesen. Die Garantie für Bayern, durch England übernommen, hätte den Zwiespalt beseitigt. Herzog Karl war durch Lucchesini von dem Projekte verständigt worden. Der wütende Gegner der Revolution, der an Bayern mit grosser Hingebung hing, billigte es. Er sah schon England als Garanten des westfälischen Friedens, hielt Frankreichs Rolle in Deutschland ausgespielt und hoffte, der Vertrag werde endlich einmal der Neutralität seines Oheims ein Ende bereiten.[49]) Anfang September begab er sich persönlich nach München, um den Kurfürsten zu bearbeiten. Karl Theodor war gerne bereit,

25000 Mann gegen klingende Münze zu stellen, äusserte aber seine Bedenken, ob das Land auch fähig sei, diese hohe Zahl aufzubringen.[50]) Der Herzog unterhandelte selbst mit den bayerischen Ständen, die geneigt waren, alle Bedingungen des Vertrages zu erfüllen, wenn nur endlich einmal die Gefahr für Bayern abgewendet worden wäre.[51]) Der Kurfürst liess den auswärtigen Höfen Mitteilung von dem Projekte machen, vereitelte aber dadurch das Zustandekommen des Vertrages. Durch dieses Abkommen fühlte sich nämlich der Wiener Hof beleidigt, dieser merkte recht gut, dass sich dessen Spitze gegen die österreichische Politik richte. Er fand die Vereinbarung „unanständig" und ahnte sofort, dass sie von „preussischen Einflüsterungen" ausgehe. Tautphäus wurde beauftragt, dem Kurfürsten das Bedauern des Kaisers auszudrücken, weil er die Garantie einer fremden Macht für Bayern angerufen und die bündigen und aufrichtigen Versprechungen der Hofburg einem ebenso unverdienten als beleidigenden Misstrauen unterziehe.[52]) Mit der Verstärkung der verbündeten Armee, die durch den Vertrag erzielt worden wäre und gerade jetzt nach den Niederlagen in Nordfrankreich doppelt notwendig war, rechnete Thuguts Kurzsichtigkeit nicht. Als Graf Starhemberg, Gesandter Österreichs in London, von Grenville Aufklärung forderte, versicherte dieser im Brustton der Ueberzeugung, dass man das Abkommen nie ohne Zustimmung des Wiener Hofes treffen würde. Sollte der Kaiser seine Abneigung verraten, so würde England den Vertrag gerne fallen lassen, sei er aber damit einverstanden, so müsse er auch ein förmliches Versprechen geben, nie mit Gewalt den Tausch durchzuführen, denn mit dem Subsidientrakte wäre die Garantie für Bayern untrennbar verknüpft.[53])

Für England war das Bündnis mit Österreich wichtiger als das mit Pfalzbayern. Kaum waren die Unterhandlungen zwischen Lord Yarmouth und dem zweibrückischen Minister Salabert begonnen, so wurden sie abgebrochen. In einem Schreiben an den Herzog Karl August verquickte Yarmouth den bayerischen mit dem preussisch-englischen Subsidienvertrag und machte das Zustandekommen des ersteren von der Geneigtheit König Friedrich Wilhelms, seine Truppen nicht zurückzuziehen, abhängig. Solange man nicht über die Absichten des Königs beruhigt sei, erklärte er, müssten die Negociationen einstweilen eingestellt werden.[54]) Daraufhin wandte sich der Herzog an König Friedrich Wilhelm und schilderte ihm in einem eindringlichen Schreiben die Gefahren, von denen Bayern durch seinen ländergierigen Nachbarn bedroht sei, wenn die Garantie ausbleibe.[55]) Der König beruhigte ihn, drückte aber seine Entrüstung über die Drehkrankheit der englischen Politik unverblümt aus. Beide Ver-

träge, sagte er, seien völlig von einander zu trennen. England habe den Vorteil, dass es mit einem starken Kontingente bayerischer Truppen den Krieg fortsetzen könne, und müsse doppelt die bayerische Waffenhilfe suchen, wenn er vielleicht sein Heer von einem Kampfe zurückziehe, an dem sein Land nicht mehr das geringste Interesse habe. Damit aber auch fernerhin Preussen gegen Frankreich kämpfen könne, habe man Verhandlungen mit London wegen Bewilligung von Hilfsgeldern angeknüpft. England stelle die ganze Sache völlig auf den Kopf und sage, man erweise ihm (dem Könige) einen Gefallen, wenn man sich auf den bayerischen Subsidienvertrag eingelassen habe.[56]) Der Vertrag kam nicht mehr zu Stande. Uebrigens hätte die Unfähigkeit Bayerns, 25 000 Mann ins Feld zu schicken, die Ausführung vereiteln müssen. Zudem war eine Garantie der Mächte für Erhaltung Bayerns überflüssig, seitdem Thugut dem Kurfürsten die aufrichtige Freundschaft Österreichs hatte versichern lassen und von dem Tauschplane für lange Zeit abgekommen war.

Sechstes Kapitel.

Pfalzbayern und Österreich im Sommer und Herbst 1793. Der Umschwung des Kriegsglückes. Schluss.

Auch nach dem Abzuge der Franzosen aus der Pfalz hatten sich die Beziehungen zwischen München und Wien nicht gebessert, da das Tauschprojekt in München bekannt geworden war. Im Gegenteil verriet jetzt der Kurfürst noch weniger Entgegenkommen, worüber man in der Hofburg nur gereizter wurde. Differenzen gab es vor allem in der Frage der Kontingentsstellung.

Im April hatte sich Karl Theodor endlich entschlossen, den Verbündeten 3000 Mann zu überlassen. Diesen Schritt schien er jedoch bald zu bereuen, er wollte sich wenigstens schadlos halten und verlangte am 18. April in Wien Subsidien. Damit kam er bei Colloredo schön an. Die Antwort des Reichsvizekanzlers hielt ihm sein Sündenregister vor und sagte unter andern: „S. Maj. haben nicht anders als mit gerechtem Leidwesen und Missfallen ansehen können, dass das einzelne Interesse von dem Interesse des Ganzen getrennt, eigennützige Pläne der konstitutionsmässigen Pflicht gegen bedrängte reichsständische Nachbarn vorgezogen und die eigene Sicherheit, statt sich nach seinen verhältnismässigen Kräften mit edler deutscher Mannheit in tapferen Wehrstande zu setzen, auf verfassungswidrige Politik, Insinuationen und Neutralitätsgrundsätze habe gebauet werden mögen.“ Nicht genug damit! Auch der Reichsverteidigung habe Pfalz alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt und so „der guten Sache den empfindlichsten Schaden und Nachteil“ zugefügt, Die Bitte des Kurfürsten lehnte er selbstverständlich ab, verlangte sogar, dass die pfälzische Armada nach dem Fusse von 1681, nicht nach dem von 1757, ausmarschiere. Im Vergleich „zu den vielen, weitschichtigen Landen“ des Kurfürsten wären 3000 Mann eine viel zu kleine Zahl, darum forderte er, dass unverzüglich das gesamte Kontingent gestellt werde.[1])

Die Note Colloredes bewirkte in München arge Verstimmung.[2]) Die Antwort Karl Theodors, nach den Weisungen

von Duras angefertigt, verteidigte in längeren Auseinandersetzungen die pfälzische Politik und machte auf die territoriale Lage aufmerksam, die für Pfalzbayerns auswärtige Beziehungen massgebender Faktor sei, der Kurfürst konnte sich gar nicht genug tun, die Verdienste hervorzuheben, die sich diese Politik bisher um die Rettung des deutschen Reiches erworben. Auf die Kontingentsfrage eingehend, erkannte er an, dass die 3000 Mann nicht seinen gesamten Reichsanteil darstellten, dass aber die 1952 Mann, welche Kurbayern nach dem Fusse von 1757 aufzubringen habe, darin völlig enthalten sei, neue Versprechungen für die Zukunft zu geben, hütete sich der schlaue Fürst wohlweislich.[3]) Nach einer heftigen Erwiderung Colloredos[4]) schlief die Sache ein, bis Anfang August Tautphäus wieder leise anpochte.[5]) Der Kurfürst erklärte entrüstet, er könne nichts mehr stellen, habe ohnedies schon mehr als genug getan. Die kurfürstlichen Staaten seien völlig erschöpft und könnten keine weiteren Lasten mehr ertragen.[6]) Es blieb dabei, dass der dritte deutsche Staat an dem Kriege gegen Frankreich mit 3000 Mann Fussvolk und 400 Reitern teilnahm. —

Der Umschwung der österreichischen Politik fällt in die Zeit, in der Thugut den Plan fasste, Lehrbach ins Hauptquartier zu schicken und durch Scheinunterhandlungen alle Züge der preussischen Politik lahm zu legen. Am 14. Juni teilte er Lehrbach mit, er möge nach Wien kommen, möge aber auch dem Kurfürsten beruhigende Zusicherungen vom Wiener Kabinette geben, das nie ohne Wissen und Willen Karl Theodors Anschläge gegen dessen „Interessen“ durchgeführt hätte.[7]) Die Umtriebe Omptedas, die Stimmung der Bayern blieben Thugut doch nicht gleichgiltig, er wollte also dem Kurfürsten reinen Wein einschenken. Die Punklation vom 1. August enthält Thuguts Vorschläge.[8]) Man habe, versicherte er, allerdings ein Jahr vorher mit Preussen und Russland wichtige Unterhandlungen gepflogen, Unterhandlungen, die das kurfürstliche Interesse unmittelbar berührten, wäre aber nie soweit geschritten, dass man es zum Konflikt hätte kommen lassen. Jetzt dürfe er „zuversichtlich darauf zählen, dass nie etwas hierin geschehen würde, was die Gerechtsame und den freien Willen Seiner kurfürstlichen Durchlaucht noch die Freundschaft seiner Mäjestät für ihn im mindesten verletzen dürfte.“

Keine Gabe ohne Gegengabe! Infolge des schon halb vollzogenen Abfalls Preussens musste Österreich neue Kräfte für den Kampf mit Frankreich gewinnen. Die Macht Pfalzbayerns war aber durch die zufahrende Politik der Spielmann und Cobenzl bisher neutralisiert worden. Thugut glaubte durch möglichste Freundschaftsversicherungen den

Kurfürsten umzustimmmen und griff zu dem bewährten Kaunitzischen System zurück, Bayern in verhüllter Abhängigkeit zu halten. Jedes Wölkchen, das Misstrauen zwischen München und Wien hervorgerufen, musste beseitigt werden; dem Kurfürsten aber wollte man nahelegen, er möge sich der kaiserlichen Freundschaft „durch angemessenes Betragen“ würdig erweisen. Als Lehrbach sich in diesem Sinne geäussert hatte, war der Kurfürst mit Freuden bereit, die Hand der Versöhnung zu bieten. Nichts war ihm widerwärtiger gewesen, als die aufregenden Fragen der Landstände, ob der Tausch durchgeführt werde oder nicht, die Quertreibereien Omptedas und die erhöhte Arbeit der letzten Zeit. Er atmete auf, als ihn Lehrbach über die Zukunft völlig beruhigte.[9]) Seit dieser Zeit verschlechterten sich die Aussichten Omptedas und Riancours.

Im Interesse des engen Zusammenhaltes musste der erledigte pfalzbayerische Gesandtschaftsposten in Wien mit einem unbedingten Anhänger Österreichs besetzt werden. Als geeigneten Kandidaten hatte die Hofburg den Grafen Schall ausersehen, denselben, der durch Unterdrückung seiner Instruktion das antiösterreichische Konzert der Mittelstaaten verzögert hatte.[10]) Dagegen machte der Kurfürst aus innerpolitischen Erwägungen seine Bedenken geltend. Er wollte, um den Hass der Bayern gegen die Pfälzer nicht noch zu steigern, keinen Pfälzer anstellen, sondern hatte für den Posten einen Bayern, den jungen Oberappellationsgerichtsrat von Reichlin in Heidelberg ausersehen.[11]) Auf die Gesinnung des Wiener Gesandten kam viel an, denn dieser konnte leicht seine Auffassungen dem Kurfürsten suggerieren und der bayerischen Politik andere Bahnen weisen. Mit dem Amtsantritt Reichlins trat dies ein; eine neue österreichfreundliche Ära wurde eröffnet, zu derselben Zeit, als Frankreich durch schonungslose Plünderung der Pfalz alle Bande zerschnitt. —

Am 10. Juli erfolgte der Sturz Dantons, die Partei der Unbedingten, die Doktrinäre, die Robespierre, die Merlin und Rühl behaupteten den Sieg. Bedeutungsvoll für die Beziehungen zwischen Frankreich und Pfalzbayern wurde es, dass man sofort die Missionen der politischen Agenten, also auch die Bourgoings, einstellte, dagegen die alten Vermittler Custine und Lebrun gefangen setzte und später guillotinierte. Solange freilich die französischen Waffen unglücklich fochten, konnte die Stimmung der neuen Pariser Machthaber nichts an den gegebenen Verhältnissen ändern. Als aber im Spätherbste Pichegru und Hoche den General Wurmser unter vernichtenden Schlägen aus dem Elsass trieben und ihn zum Übergang über den Rhein zwangen, ward der jakobinischen Willkür freie Bahn geöffnet. Hoche kannte nicht die politi-

schen Rücksichten mehr, die einst Custine geübt; er besetzte Germersheim und öffnete sich den Eintritt in die Pfalz.[12]) Das unglückliche Land lag wehrlos den Scharen der halbnackten Sanskulottten preisgegeben, die sich darauf wie hungrige Wölfe auf ihre Beute stürzten. Der unglücksvolle Plünderwinter begann. Schonungslose Kontributionen wurden von den Konventskommissären ausgeschrieben; was die Grossen übrig liessen, das stahlen die Kleinen. „Das fruchtbare Land, schrieb Salabert an Lucchesini, wird noch die Beute der Briganten werden. Die ganze Gegend bis zum Rhein ist okkupiert, und ungeheuere Kontributionen werden unter Drohungen mit Feuer und Schwert verlangt. Das einzige Oberamt Neustadt ist auf 4000000 fl. eingeschätzt worden, im gleichen Verhältnisse das übrige Land. Die Nachteile, die aus der Plünderung hervorgehen, sind noch schlimmer als die Kontributionen selbst. Von oben bis unten ist das Schloss zu Oggersheim verwüstet worden, die schöne Heimat der Liebfrauenmilch existiert nicht mehr. Was man nicht hat fortschleppen können, das hat man zerstört."[13]) Die Bauern gerieten in Verzweiflung; wehe dem Franzosen, der einzeln in die Nähe eines Gehöftes kam, erbarmungslos wurde er niedergeschossen. Dem edeldenkendem Hoche blutete das Herz, als er die Greuel sah, welche die Konventskommissäre verhängten. Er war dagegen machtlos. Ihn beschlich ein Bangen vor dem Geist der einst so lebhaften, jetzt dumpf brütenden Bevölkerung, und er konnte die Furcht vor einem Volksaufstande nicht unterdrücken.[14])

Nachdem Wurmser sich auf Philippsburg, Braunschweig sich auf Mainz zurückgezogen hatte, bildete Mannheim die Verbindung zwischen beiden Heeren. Die Besorgnis, die Franzosen könnten durch Überrumpelung Mannheims einen Keil zwischen die Armeen treiben und der Kurpfalz und Heidelberg das gleiche Schicksal wie vor 100 Jahren bescheren, war nicht unbegründet. Mannheim musste gesichert werden. Im März hatte Karl Theodor versprochen, für den „Fall eines Unglückes" die Tore der Festung den Truppen des Reiches zu öffnen.[15]) Jetzt war dieser Zeitpunkt gekommen. Die Festung hatte noch immer ungenügende Artillerie, ihre Besatzung war schwächer als ein Jahr zuvor. Durch ein Bombardement hätten sich die Franzosen schnell den Besitz des Platzes aneignen können. Dies sah man auf Seite der Verbündeten rechtwohl ein. Wurmser erbot sich daher am 26. Dezember, als Verstärkung zwei Bataillone Österreicher nach Mannheim zu legen und das schwere Belagerungsgeschütz von Landau hineinzuschaffen. Braunschweig unterstützte seine Bitte nach Kräften und versprach, für den Fall der Aufnahme der Österreicher, mit seiner Streitmacht die Kurpfalz nördlich von



Frankenthal zu decken.[16]) Der Herzog von Zweibrücken drängte den Minister Oberndorff, dem Ansuchen schleunigst zu willfahren.[17]) Oberndorff „blieb kein anderer Weg übrig, als durch einen zu veranstaltenden Zusammentritt diesen wichtigen Punkt in Beratung zu nehmen." Er berief einen Kriegsrat, zu dem sich die Kurfürstin, der Herzog, Max Joseph, Isenburg, Belderbusch, Hohenhausen und er selbst einfanden. Lange überlegte man hin und her und konnte vor lauter Bedenken „nicht so geschwinde zum Ziele kommen." Da richtete Oberndorff an Belderbusch die Frage, ob er mit der pfälzischen Garnison und mit der vorhandenen Artillerie die Festung halten könne. Kleinlaut versetzte dieser, dass ihm dies nur vier Tage gelänge; daher wäre ihm die kaiserliche Verstärkung und Artillerie sehr erwünscht. Darauf ward die Aufnahme der Österreicher einhellig beschlossen, „um die kurfürstlichen Lande, auch das ganze Reich in keine weitere Gefahr und Verlegenheit zu setzen." Die Österreicher marschierten alsbald ein.[18])

Über diese Vorgänge schreibt Montgelas: „Zuletzt gaben die ernstlichen Besorgnisse für Mannheim dazu Anlass, die Besatzung durch ein österreichisches Corps zu verstärken, welches man in die Stadt aufnahm, eine sehr bedenkliche Massregel, welche hauptsächlich durch den Herzog von Zweibrücken betrieben wurde, dem Kurfürsten aber widerstrebte und in der Tat grosse Verlegenheiten gebracht hat."[19]) An die Verlegenheiten in der Zukunft dachte damals niemand, die Aufnahme war eine Notwendigkeit. Denn wäre auch Mannheim den Franzosen in die Hände gefallen, so hätten sie schon jetzt ihren Siegeszug auf das rechte Rheinufer antreten können, einen Zug, dem bei der moralischen Zerrüttung der Armee Wurmsees, bei der Bedachtsamkeit Braunschweigs und der Furcht der süddeutschen Staaten nichts im Wege stand.

Als die Nachricht von diesen Vorgängen nach Paris gelangte, entfachte sie im Konvente einen ungeheueren Sturm der Entrüstung. „Mitbürger", rief Rühl, „der pfälzische Kurfürst hat sich für seine Neutralität 500000 Fr. zahlen lassen, um sie desto sicherer verletzen zu dürfen. Nichts kommt der Perfidie gleich, mit der er sie bemäntelt hat. Ich glaube, dass wir weder die Pfalz noch die Pfälzer zu schonen brauchen."[20]) — Man hat Wort gehalten.

Die Aufnahme der Österreicher in die Festung hatte den letzten Schein der kurpfälzischen Neutralität beseitigt. Es ist begreiflich, dass Karl Theodor nur ungern, und nur deshalb, weil es nicht mehr zu ändern war, den Beschluss des Kriegsrates billigte. Ihm hatte immer der Krieg widerstrebt, und er glaubte, die Ereignisse in seinem Sinne zu

leiten, wenn er, um mit Lehrbach zu reden, „nach allen Seiten schön tun" wollte. Dass diese zweideutige Politik wenig Erfolg haben konnte, hätten ihm schon die Ereignisse des Jahres 1792 zeigen sollen. Nun mussten die Pfälzer für die Fehler ihrer Regierung büssen. Der Münchener Hof aber nähert sich seitdem stetig, wenn auch für die nächste Zeit noch unmerklich, der Hofburg, das Thugutsche System begann zu wirken.

Anmerkungen.

Abkürzungen.

M.St.A. = Münchener geheimes Staatsarchiv.
K.Bl. = Kasten blau, K.schw. = Kasten schwarz.
W.A. = Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv.
B.St.A. = Berliner geheimes Staatsarchiv.
P.A. = Pariser Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Benützte umfangreichere Korrespondenzen.

a. Münchener Staatsarchiv.

1) Korrespondenz zwischen Vieregg und Hallberg: 1789—1792.
2) „ „ Vieregg und Duras: 1793.
3) „ „ Vieregg und Posch: 1789—1793.
4) „ „ Vieregg und Hermannt: 1789—1793.
5) „ „ Vieregg und Graf Lerchenfeld (auch kurfürstliche Schreiben darin): 1791–93.
6) Korresp. zwischen Esebeck und Seinsheim: 1789—1793.
7) „ „ „ „ Graf Görz: 1790, 1791.
8) projet d'un traité de subsides avec Angleterre.

b. Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv.

Benützt habe ich die Akten der österreichischen Gesandtschaft in München für die Jahre 1792 und 1793. In kopierten Beilagen findet sich dortselbst die gesamte Korrespondenz des Grafen Lehrbach, z. B. mit Colloredo, Sailern, Koburg, Hohenlohe, Wallis, etc.

Einleitung.

1) Anders beurteilte im Jahre 1764 die Situation Erzherzog Joseph, als er vom Prinzen Karl von Zweibrücken meinte, er werde einmal, als Herr der gesamten wittelsbachischen Lande, ein Reich beherrschen, so gross wie das des Königs von Preussen. Er hoffe nur, sagte Joseph, dass Karl nicht auch den Kopf Friedriehs haben möge. Arneth, Joseph und Maria Theresia, ihr Briefwechsel I, 68, 69.

2) Sorel, l'Europe et la révolution francaise I, 314. 321–325.

3) Arneth, Maria Theresia X, 294.

4) Beer, Leopold und Katharina, 137: Reuss an Kaunitz, 14. IX. 1790. — Ranke, Ursprung und Beginn der Revolutionskriege, 351.

5) Treitschke, deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert I, 6. 514; V, 4. 314.

6) Mirabeau: mémoires VII, 293f. — Häusser, deutsche Geschichte I, 222. — Übrigens war dem Kurfürsten die Gefahr für seine Lande selbst nicht unbekannt; Montgelas, Denkwürdigkeiten, 1: „Das Alter hatte diesen Fürsten übermässig vorsichtig gemacht, und er glaubte fortwährend, die Herzogtümer Jülich und Berg von Preussen, Bayern von Österreich, die Pfalz von Frankreich in Anspruch genommen zu sehen".

7) Lavallée, les frontières de la France, 76f.

8) Auf die weitere Ausdehnung der Schanzen verzichtete Frankreich im Schwetzinger Abkommen, 16. VI. 1766; s. Martens, recueil des traités I, 381f.

9) Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen II, 1. S. 129. — Heigel, Die Übergabe der pfalzbayrischen Festung Mannheim an die Franzosen. Abhandl. d. bayr. Akademie III. Klasse. 22. Bd. 3. Abt. S. 13.

10) Lehrbach an Wallis 18. XII, 92 (W.A.)

11) Hausenblas, Österreich im Kriege gegen die französische Revolution 1792, Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs, Wien Neue Folge V, 42, 43. — Forster, Ansichten vom Niederrhein 1801 S. 101 ff.

12) Hausenblas, a. a. O. 42 — Forster, a. a. O. 240f.

13) Max Joseph an Hardenberg, ohne Datum: „la maison Palatine a certainement beaucoup perdu de ces côtés (Osten) par la convention que l'Electeur regnant a été obligé de signer à Teschen. Elle lui coûte . . . deux forteresses, presque les seules qu'elle eut sur cette limite, Braunau et Schärding". A.St.A.

14) Über die Zustände im Heerwesen, Wulffen, die kurpfalzbayerischen Truppen während der Revolutionszeit, 1–19. — Xylander, der Anteil der pfalzbayerischen Kavallerie an den Feldzügen von 1790–1796, kriegsgeschichtliche Einzelschriften, herausgegeben vom grossen Generalstab IX, 268–284. Berlin 1888.

15) oeuvres de Frédéric le Grand, Berlin 1846. II. 28.

16) Wulffen, a. a. O., 1.

17) Arneth, Maria Theresia VI, 370, bringt eine bezeichnende Äusserung des Kurfürsten.

18) Tautphäus an Thugut, 2. VII. 1793 (W. A.): „Der Militärgeist der Baiern, welcher sich schon unter den beiden Kurfürsten Max I. und Max II. soviel Ruhm erworben hatte, scheint auch beinahe ganz erloschen zu sein. Unter dem Kurfürsten und nachmaligen Kaiser Karl Albert hatte sich derselbe schon sehr vermindert, und unter der Regierung des letztverstorbenen Kurfürsten, dann des jetzigen, nimmt man kaum mehr eine Spur davon wahr. Durch die freiwillige Werbung werden nicht so viele Leute aufgebracht, um nur die Truppen in dem kompleten Stand des Friedensfusses zu erhalten, und zu einer allgemeinen Aushebung getraut man sich nicht vorzuschreiten, weil das Land durch die jährliche Erlegung von 3 fl. für den Hof von der Rekrutenstellung sich losgekauft hat; hiezu kommt noch die Klage von der geringen Bevölkerung Baierns, welche ausser Betrachtung nicht ohne Grund zu sein scheint, weil der Landmann die grössten Schwierigkeiten findet, die zur Feldarbeit erforderlichen Dienstboten zu bekommen".

19) Wulffen, a. a. O. 14.

20) Montgelas, a. a. O. 36.

21) Brunner, der Humor in der Diplomatie: I, 347:. Lehrbach an Kaunitz 8. III. 1790. Lehrbach an Kaunitz 12. II. 1792 — s. auch Seinsheim an Esebeck 21. VI. 89.

22) Über Karl Theodor s. u. a.: Lipovsky, Karl Theodor, wie er war und wie es wahr ist. — Heigel, allg. deutsche Biogr. XV, 250ff. — Heigel, deutsche Geschichte 89—94. — Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz 908ff. — Recueil des instructions données aux ambassadeurs français. IX (Bavière-Palatinal par. A. Lebon) Vergennes an Montezan 1. IX. 1793: Der Kurfürst, der „sich ganz allein überlassen ist, die Ratschläge nur aus sich selbst schöpfen muss, da Herr Minister Graf von Vieregg meist mit Achselzucken antwortet, der geh. Kanzler vielleicht nicht hinlängliches Vertrauen hat, alles aber auf die Zukunft Rücksicht nimmt". (W. A.)

23) Spittlers und Meiners Göttinger Magazin 1789 III, 322ff. — Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz 908ff.

24) Mémoires du duc des Cars. 1890. I, 107: La cour de Charles Théodore n'avait d'agréable dans ce temps là que sa conversation, qui était celle d'un homme d'esprit fort instruit. Mais ce qu'il y'avait d'insupportable, était l'assujettissement d'être trois heures à quatre heures de suite à table. La musique de sa chapelle et de l'opéra de Munich était excellenté. — Die Münchener Musik wird auch von Kaiserin Katharina gerühmt: Katharina an Grimm 7. XII. 1792 in Lettres de Catharine II à Grimm, herausgeg. v. d. russischen hist. Gesellschaft, Petersburg 1878.

25) Brunner, a. a. O. 334: Lehrbach an Kaunitz 1. IX. 89.

26) Arneth, Maria Theresia III, 230, 261, 267, 268. IV, 293, 294. — Lehrbach an Cobenzl, 10 X. 1792: „der Herr Kurfürst, einer der geizigsten Menschen, die je die Erde getragen hat." (W. A.)

27) Recueil a. a. O. — Lehrbach an Colloredo: 16. X. 1792: „Solange der Herr Kurfürst von der Pfalz regiert, hat er sich ein zweideutiges Benehmen zum System gemacht, bei der Wahl Franz I., Joseph II. und bei dem siebenjährigen Kriege sind davon Hauptbeweise." (W. A.)

28) Conventions entre la France et l'Electeur Palatin signées à Schwetzingen, le 16. VI. 1766. Martens, a. a. O. I, 381f. — Abkommen zwischen Pfalz und Österreich zu Mannheim, Martens, a. a. O. I, 230f.

29) Montgelas, a. a O. 3: „Diese Rücksicht auf die Lage seiner Besitzungen gab Anlass zu einer Zurückhaltung, einer Abneigung gegen jede politische Tätigkeit und einer Furcht, sich irgendwie bloss zu stellen, welches böswilliger Weise als Feigheit ausgelegt wurde".

30) Des Cars, a. a. O.: „Au surplus, Charles Théodore, extrement gros et d'une tournure apoplectique, négligeait l'administration de ses Etats, mais économissait le plus qu'il pouvait, afin de faire une brillante fortune à ses bâtards, principalement au prince de Bretzenheim qu'il aimait le plus". Bretzenheim wurde auch der Prior der baierischen Zunge des Maltheserordens, ihm wurde das Monopol für den Holzverkauf in der Pfalz zugestanden. Über die Verleihung des Fürstentitels s. Brunner, a. a. O. 340: Lehrbach an Colloredo 25. XII. 1789; — ferner Beilage 4 und Kap. 3 S. 30 f.

31) Schulz an Haugwitz: 22. I. 1795. B. St. A. — Moniteur 4. II. 92. — Affigny an Dumouriez 23. VI. 1792 (P. A.): „vendu à l'Autriche." — Seinsheim an Esebeck 8. IV. 1789: „la façon du Sieur Cunzmann, du baron de Vieregg, du Père Frank et de sa cohorte noire, pour troubler les affaires d'avantage, pour brouiller l'Electeur." — Heigel, deutsche Geschichte, 93.

32) Des Cars, a. a. O. 108; — Wulffen, 3—14; — ausserdem geben Lehrbachs Briefe wichtige Aufschlüsse.

33) Lehrbach an Cobenzl 10. X. 1792: „Kein Minister ist wie er sein soll, Graf von Oberndorff ist ganz wie der Herr Kurfürst, Graf v. Vieregg uneigennützig, aber schwach, der Kanzler Hertling desgl., Graf Tattenbach ein von jeher abgeneigter Mann und sogenannter baierischer Patriot." — Posch an Max Joseph 14. III. 1796. M. St. A.: K. Bl. 195/13.

34) Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen I, 386. — Lehrbach an Cobenzl: 10. X. 1792. — Lehrbach an Colloredo 8. VI. 1792: „Oberndorff handelt viel nach Willkür und der Herr Kurfürst ist nach seiner schlauen Denkungsart froh, wenn er bei eintretenden Negociationen von meiner Seite es dahin schieben und drehen kann". (W. A.)) — Ähnlich Montgelas, a. a. O.: 10

35) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit. II, 342. — Lehrbach sagt 30. III. 1792 an Kaunitz, dass er zugleich mit Hardenberg in Göttingen studiert habe; dieser habe von der Reichsverfassung nie viel verstanden, was bei ihm (Lehrbach) nicht der Fall gewesen sei. — Über seine Vorgänger: Recueil, a. a. O.: Vergennes an Montezan: 9. V. 1782.

Erstes Kapitel.

1) Esebeck an Seinsheim: 25. XII. 1788. — 6. I. 1789.

2) Bruner, a. a. O. 319 ff.: Lehrbach an Kaunitz: 26. III. 1789. 4. IV. 1789.

3) Wiener Blättchen vom 13. II. 1789, Beilage zu Viereggs Bericht an Hallburg: 2. III. 1789.

4) Vieregg an Hallberg: 2. III. 1789, Hallberg an Vieregg: 14. III 1789; P. M. Cobenzls an Hallberg: 6. V. 1789.

5) Seinsheim an Esebeck: 6. III, 25. III. 1790. — Esebeck an Seinsheim: 8. IV. 1790. — Görz an Esebeck: 29. III. 90: il (der Kurfürst) traite encore avec une stupeur et négligence toutes les affaires. — Seinsheim an Esebeck: 12. III. 90. —

6) Seinsheim an Esebeck: 25. III. 1790.

7) Reuss, teutsche Staatskanzley XXV, 313 ff.

8) Brunner, a. a. O. 353: Lehrbach an Kaunitz 7. VIII., 17. VIII. 1790.

9) Reuss, a. a. O. XXXI 171 ff. Dass die Verleihung auf Grund des kaiserlichen Lehensrechtes erfolgte, bestätigt Seinsheim an Esebeck: 18. V. 91. — Schon 7. III. 1789 hatte Karl Theodor in einem Schreiben an Hallberg den Wunsch ausgesprochen, Eckenhaidt möge nicht mehr einem Nürnberger Patrizier verliehen werden. Kaunitz war nach Hallberg an Vieregg: 26. IV. 1789 damit einverstanden. 1794 wird Bettschart im Hofkalender noch als Herr des Lehens aufgeführt.

10) Allgemeines über die Wahlen: Reuss, a. a. O. XXXI, 244 ff. — Winkopp, Magazin für Geschichte und Statistik I, 282 ff. —

11) Heigel, deutsche Geschichte, 183.

12) Seinsheim an Esebeck: 9. I. 1790.

13) Winkopp, a. a. O.

14) Lehrbach an Kaunitz: 16. III. 1792.

15) Über die Vorgänge bei der Regensburger Wahl sind wir sehr genau unterrichtet. Seinsheim an Esebeck: 9. I., 10. I., 5. II., 9. II., 19. II., 27. II., 6. III, 12. III. 1790. — Esebeck an Seinsheim: 7. II. 1790. — Görz an Esebeck: 23. XII. 1789: 4. I., 25. I., 3. II., 16. III. 1790. — Esebeck an Görz: 4. II., 28. II., 23. III. 1790. Leider haben diese Männer den beiden andern Wahlen nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt.

16) v. Sax: die Bischöfe und Reichsfürsten von Eichstätt. 1885. Bd. II. 710.

17) Häusser, deutsche Geschichte: I. 347.

18) Schlözer, Staatsanzeigen, XVII. 164 ff.

19) Über die böhmische Pfandschaft s.: Riezler, bayerische Geschichte III. 33 f., 99, 169, 190. Dortselbst findet sich auch die ausführliche Literaturangabe.

20) Hallberg an Vieregg: 11. VI. 91.

21) Hallberg an Vieregg: 21. I. 92, 28. I. 92.

22) Tautphäus am Thugut: 12. VI. 93, 22. XII. 93.

23) Auch der Moniteur befasste sich damit: 14. I. 1792, 4. II. 1792.

24) Heigel, die Beziehungen der Herzöge Karl August und Max Joseph von Zweibrücken zu Preussen, 30. — Heigel: deutsche Geschichte: 359.

25) Brunner, a. a. O. 344: Lehrbach an Kaunitz: 2. III. 1790 ebenda 351: Lehrbach an Kaunitz: 27. IV. 1790. — Lehrbach an Kaunitz: 10. III. 1792, Beilage 1. — Bemerkenswert ist, dass Karl Theodor seinen Blick auch nach der Kaiserkrone geworfen hat, sodass fast zwei wittelsbachische Thronkandidaten aufgetaucht wären, s. darüber: Brunner, a. a. O. 345, Lehrbach an Kaunitz: 3. III. 1790. — Heigel, deutsche Geschichte: 359.

26) Hallberg an Vieregg: 3. VII. 1790.

27) Vieregg an Hallberg: 13. VII 1790.

28) Lehrbach an Kaunitz: 10. III. 1792. Beilage 1.

29) Vieregg an Oberndorff, ohne Datum, das Aktenstück befindet sich: M.St.A. Akt: Kaiserwahl 1790, K. schw. 620/376.

30) Über die Grösse und Schicksale der Entschädigungen, welche dem Hause Wittelsbach für die Abtretung der Mark Brandenburg von dem Kaiser Karl IV. verschrieben worden sind, München 1867 S. 4. — Massgebend für die böhmische Auffassung ist die goldene Bulle, Kap. VIII und X. — Berghaus, Deutschland vor fünfzig Jahren II. 1. 3 f. verwechselt die böhmische Pfandschaft mit den bömischen Lehen. — Vergl. dagegen: Montgelas, a. a. O.: 34. — Maria Theresia hatte die Lehen nach dem Tode Max Joseph III. einziehen wollen, hatte aber im Teschener Frieden Karl Theodor wieder damit belehnt mit der Bestimmung, sie sollten bleiben: tels qu'ils ont été possédés jusqu'à présent par les électeurs de Bavière. Konvention zwischen der Kaiserin und dem Kurfürsten, Art. II. — Über die Verhandlungen zu Teschen, s. Arnoth, Maria Theresia: X, 586, 589, 637.

31) Nach einer Denkschrift, angefertigt zu Zweibrücken, am 15. V. 1792: M. St. A.: K. schw. 301/10.

32) Hallberg an Vieregg: 16. X. 90. — Das Aktenmaterial über diesen Streit ist sehr umfangreich und befindet sich als Beilage in der Korrespondenz Hallbergs.

Zweites Kapitel.

1) Die Franzosen am Rheinstrome, 1793, 82 ff. M. Staatsbibliothek Gall. rev. 379. — Bemerkungen über einige Stellen der Rede des Herrn Schramm in Heidelberg, Strassburg 1793, M. St. Bibl.: Bav 4060/6, passim. — Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz, 908 ff. — Heigel, deutsche Geschichte, 87 ff.

2) Tautphäus an Thugut: 6. XI. 1793, erwähnt, dass Reichlin, der spätere Gesandte in Wien, ein Hauptverteidiger dieser Bulle gewesen ist.

3) Goethe, Hermann und Dorothea, Klio. 6—12.

4) Brunner, a. a. O., 334: Lehrbach an Kaunitz: 18. VIII. 1789, ebenda, 339 ff.: Lehrbach an Kaunitz 6. X. 1789. — Remling: die Rheinpfalz in der Revolutionszeit I, 4. — Montgelas, a. a. O. 2.

5) Seinsheim an Esebeck: 5. II. 92.

6) Die Wirkung der Revolution auf Karl Theodor, s. bei Brunner 334: Lehrbach an Kaunitz 18. VIII. 1789; in ganz anderer Stimmung wurde Karl Theodor von Des Cars angetroffen.

7) Recueil etc.: a. a. O.

8) Brunner a. a. O. 238: Lehrbach an Kaunitz: 4. VIII., 8. VIII. 1780. — Lehrbach an Kaunitz: 3. I. 1792.

9) Über den Umfang des Gebietes ist nichts genaues bekannt, Aufschlüsse geben: Remling a. a. O. I. 5. — Probst, Geschichte der Stadt und Festung Germersheim, 269, 270. — S. ferner Anm. 10. — Die Einkünfte waren verpfändet.

10) Karl Theodor an Hermannt: 19. I. 1790. — Hermannt an Karl Theodor: 6. II. 1790: darin wirft er die Frage auf, ob Frankreich auf dem Gebiete zur Steuererhebung berechtigt sei: „cela doit être, a dit

un des membres, pour celles de ces terres, que des étrangers ne possèdent qu'à titre de fief. celles qui leur appartiennent en souverainité, ne sauraient y être comprises. Or, je vois par un rescript de V. A. S. E. du 19. juillet 1788 que j'ai trouvé dans les papiers de M David, que ses biens domaniaux, qui par l'effet d'une convention conclue en 1709 avec le grand chapitre de Spire ont été dévolus à V. A. S. E., ont de tout temps demeurés incorporés à son grand baillage de Germersheim, qui en a eu la surintendance, et qu'il n'a jamais été exigé qu'elle reconnût à cet égard la souverainité française, ni qu'il y eût lieu à recourir à des lettres-Patentes. Si donc la France a reconnu elle même l'independance de ces biens, ils seraient donc possédés par. V. A. S. E. comme souverain."

11) Karl Theodor an Hermannt: 19. IV. 1790.

12) Hermannt an Vieregg: 1. VII. 1790: M. le comte de Montmorin et M. de Reyneval m'ont dit, que l'on devait écrire à M le comte de Montezan et lui donner des ordres de conférer sur cet objet important avec V.E.; c'est, sans doute, pour remplir auprès de S A S E. la même mission dout est chargé M le chevalier de Ternant.

13) mémoire à S. E. M. le comte de Montmorin: . . . se réservant S. A. S. E. d'entrer dans un plus grand détail suivant les circonstances, se bornant pour le présent à déclarer à S. E. Mons le comte, qu'Elle fait cause commune avec ses Co—états qui ont les mêmes intérêts à faire valoir. M. St. A. Beilage zur Vieregg-Hermanntschen Korrespondenz, ohne Datum.

14) Seinsheim an Esebeck: 5. I. 1791.

15) Ebenda.

16) Häusser, deutsche Geschichte I 356, 357.

17) Aufschluss gibt: Karl Theodor an Lerchenfeld, 23. II. 1791: „Auf das von Euch wegen dem an den König von Frankreich zu Behuf der im Elsass bekränkt werdenden Reichsständen unterm 17. curr. m. an uns erlassene P. S, wird Euch unsere gnädigste Entschliessung dahin andurch mitgeteilt, gestalten Ihr auf dem Falle, dass die übrigen hohe Herrn Kurfürsten hierzu einstimmig sind, ebenfalls beitreten sollt." — Lerchenfeld an Vieregg, 11. III. 1792: „malheureusement les cours ne sont pas d'accord sur l'objet principal."

18) Seinsheim an Esebeck: 21. III. 1791: „J'ai observé dans le courant de la conversation que ce Prince espère une contrerévolution en France qui remettra toutes les affaires sur l'ancien pied et que par cette raison son système est de gagner du temps." — Esebeck an Seinsheim, 17. IV. 1791.

19) Xylander, a. a. O. 300

20) Karl Theodor an den Kurfürsten von Mainz, abgedruckt bei Vivenot, deutsche Kaiserpolitik Österreichs Bd. I. — Karl Theodor an Lerchenfeld: 11. V. 1791

21) Oberrheinischer Kreistag: 28. VII. 1791. M. St. A. K. bl. 423/8

22) Karl Theodor an Lerchenfeld: 17. V. 1791, 20. V. 1791.

23) Sorel, a. a. O. II, 360.

24) Vieregg an Hallberg 20. VII. 1791. — Seinsheim an Esebeck: 3. VIII. 1791.

25) Das Schreiben Karl Theodors abgedruckt bei Girtanner, historische Nachrichten über die französische Revolution VII, 111. Das Datum ist ungenau, nicht der 11. November kann es gewesen sein, sondern erst ein Tag nach dem 21. Dezember. Nach einem Berichte Seinsheims v. 21. XII. war die Anerkennung damals noch nicht erfolgt.

26) Sybel, a. a. O. I. 339—346, 362—381.

27) Fornéron, histoire des émigrés, I. 274.

28) Remling, a. a. O. I. 24.

29) Montgelas, a. a. O. 3.

30) Hermannt an Vieregg: 6. I. 1792.

31) Sorel, a. a. O. II. 311.

32) Vieregg an Hermannt: 11. XII. 91.

33) Hermannt an Vieregg: 3. I. 1792. — Extrait du Journal de l'Assemblée v. 1. I. 1792.

34) Lehrbach an Kaunitz 22. II. 1792.

35) Lehrbach an Kaunitz 14. I. 1792: Der Kurfürst äusserte, „dass seine Länder nach den jüngsten Äusserungen der französischen Generale im Elsass gar nichts zu befürchten hätten". — s. auch Beilage 4. — Ähnlich Seinsheim an Esebeck; 4. I. 1792.

36) Seinsheim an Esebeck: 5. II. 1792: „Toute la politique de M. le comte de Vieregg et de M. le comte d'Oberndorff consiste à ramper devant les Francais, à éviter d'une manière peu digne pour un souverain aussi puissant que l'Electeur Bavaro-Palatin tout ce qui pourrait leur déplaire. . . . Ils craignent que l'esprit de liberté ne gagne le peuple dans le Palatinat."

37) Seinsheim an Esebeck: 29. I. 1792.

38) Remling a. a O. I, 32.

39) Lehrbach an Kaunitz: 17. II. 1792.

40) Seinsheim an Esebeck: 11. I. 1792: Dans le cas cependant, que cela (invasion) arrive contre toute attente, ce ministre (Vieregg) me dit que les ordres étaient données de protester contre cette invasion, mais de ne point faire d'ailleurs d'autre opposition ou de résistence à main armée, puisque les troupes de l'Electeur n'étaient point suffisantes à pouvoir leur résister."

41) s. Beilage 4.

42) Lehrbach an Kaunitz: 10. 1. 1792; — eine ähnliche Antwort bekam der Herzog selbst s. Lehrbach an Kaunitz: 14. 1. 1792. — Am 24 1. meldet Lehrbach: „dass der hiesige Hof in der Pfalz den immer an der Grenze bestehenden Militärkordon vermehret, auch sein Kontingent bereit halte, habe ich gehorsamst angezeigt, mithin hat dieser Hof im kur- und oberrheinischen Kreise bereits sich dem kaiserlichen Ermahnen gefügt, da auch in der Pfalz die Beurlaubten einberufen sind". — Ganz anders berichtet Esebeck an Seinsheim, 22. 1. 1792: „Les mésures qu'on se propose de prendre dans le Palatinat, sont ni bien vigoureuses ni bien efficaces; elles contrastent d'une manière bien remarquable avec l'energie excessive qu'on deploie contre la faible ville de Nuremberg".

43) Kaunitz an Lehrbach, 28. I. 1792.

44) Näheres bei Heigel, die Beziehungen etc. 28 ff.

45) Brunner a. a O. 259: Lehrbach an Kaunitz 31. V. 1789. Posch an Vieregg: 29. III. 1791.

46) In einem Münchener Privathause hatte der Leibjäger des Gesandten von Brühl einen Selbstmordversuch begangen. Der kurfürstliche Hofrichter wollte den Tatbestand aufnehmen, was ihm Brühl bestritt mit der Motivierung, sein Gesandtschaftsrecht habe auch ausserhalb der Gesandtschaft Geltung. Brühl wich nicht von seinem Standpunkt, die Regierung ebenso wenig. Hertzberg, der den österreichfreundlichen Münchener Hof ohnedies nicht mochte, beauftragte Brühl, ohne Abschiedsaudienz München zu verlassen. Dies geschah, trotzdem sich die Regierung unterdessen entschuldigt hatte. Seinsheim an Esebeck: 2. II., 23 II., 1791. — Vieregg an Posch: 23. I. 1791. Posch an Vieregg: 12. II., 15. II., 5. III., 19. III. 1791. Nach dem letzten Briefe hat Hertzberg geäussert: „il s'étonnait seulement, que tous les autres souverains ne rappellent pas également leurs ministres d'une cour, où l'on paraissait si peu reconnaître l'autorité de ce droit." — Vieregg an Posch: 9. III., 30. IV. 1791.

47) Lehrbach an Kaunitz: 4. II. 1792: Besitznahme Ansbach—Bayreuths: „Der hiesige Hof, besonders der Herr Kurfürst selbst, war über diese Ereignisse sehr betroffen, fürchtet diese Nachbarschaft. Das kurpfälzische harte Benehmen gegen die Reichsstadt Nürnberg mag diese Furcht vermehren. Der Herr Kurfürst hat mir dabei bemerkt,

dass diese Besitznahme ohne Zweifel mit Vorwissen und Einwilligung des kaiserlichen Hofes geschehen sein würde und deutete darauf, dass die dermalige Lage zwischen beiden Höfen die Nachsicht, diese acquisition noch bei Lebzeiten des Herrn Markgrafen zu machen, nach sich gezogen haben dürfte".

48) Vieregg an Lerchenfeld: 11. II. 1792.

49) Beilage 1.

50) Ebenda.

51) Beilage 2.

52) Seinsheim an Esebeck: 8 IV. 1792. Lehrbach an Kaunitz: 25. III. 1792: „Von Abtretungen und von der Königskrone war keine Erwähnung mehr" Pfalz war sogar bereit, jede Debatte über die Wahlkapitulation zu vermeiden. —

Drittes Kapitel.

1) Lavallée, a a. O. 68 ff.

2) Remling, a. a. O.: I. 40.

3) Chuquet, les guerres de la révolution, I, 10; 44; 45; VI, 5—7.

4) Montgelas, a. a. O. 5; an Mainz wird wohl Montgelas allein unter seinen Zeitgenossen gedacht haben, die Überrumpelung dieser Festung hätte ja fast an die Zeit Moritz von Sachsens erinnert. Trotz der gegenseitigen Eifersucht der Reichsstände ist für diese Zeit ein derartiger Gewaltstreich kaum anzunehmen.

5) Wulffen, a a. O., 15—21. — Xylander, a. a. O., 268—278.

6) Lehrbach an Thugut: 12. IV. 1793. — Tautphäus an Thugut: 29 XI. 1793.

7) Lehrbach an Cobenzl: 10. X. 1792, nach Berichten von Offizieren.

8) Lehrbach an Kaunitz: 17. II. 1792

9) Lehrbach an Cobenzl: 10. X. 1792

10) Brunner, a. a O. 332: Lehrbach an Kaunitz: 7. VIII. 1789. — Lehrbach an Kaunitz: 19 VI. 1792. — Lehrbach an Cobenzl: 10. X. 1792, 24. I. 1793. Lehrbach an Colloredo: 19 X. 1792 erwähnt, dass Thompson in 4 Jahren dem Kurfürsten 2 Millionen „zugeschanzt" hatte.

11) Lehrbach an Kaunitz: 19 VI 1792. Meldung, dass Oberndorff die Zustände im pfälzischen Heere unverblümt geschildert hat, aber gegen Thompson nichts ausrichten kann. — Lehrbach an Cobenzl: 13. XI. 1792. Äusserung Viereggs: „Ich habe seit 4 Jahren dem Herrn Kurfürsten gepredigt, sein Militär herzustellen, es ist aber nichts geschehen".

12) Seinsheim an Esebeck: 22. IV. 1792. s. Anm. 10.

13) P. M von Duras an Colloredo: 30. V. 1793. M. St. A. K. schw. 457/37: „Nach einem durch Gottes Hilfe lange genossenen Frieden im Reiche war die Zahl der in den bekanntlich zerstreut liegenden kurfürstlichen Landen pfälzischen Truppen weder hiezu hinreichend noch eine beträchtliche Abgabe davon ohne augenscheinliche Gefahr eigener, schon zum Teil durch irregeführte Untertanen bedrohten Lande unmöglich".

14) Chuquet, a. a. O. VI. 18. — Lehrbach an Kaunitz: 9. III. 1792: „Die französischen Angelegenheiten setzen ihn vorzüglich in grosse Verlegenheit". Die „Schüchternheit" des Kurfürsten kehrt bei Lehrbach oft wieder: an Kaunitz: 15. VI., 22. VI. 1792, an Colloredo: 8. VI. 1792, an Cobenzl 28. VIII 1792.

15) P. M. von Duras an Colloredo: 30. V. 1793.

16) Seinsheim an Esebeck: 4. III. 1792. Worte des Kurfürsten: „plus on agissait avec modération dans les affaires de France, plus il y aurait à gagner". Seinsheim glaubt: „que le mauvais état de la caisse

militaire et le nouveau système d'économie militaire peuvent bien aussi être la cause." — Lehrbach an Kaunitz: 12. II. 1792: „Die kurpfälzische traurige Militärverfassung, auch die allgemeine Furcht zu missfallen einerseits und die kurfürstliche Gewinnsucht andererseits sind beim hiesigen Hofe zwei Gegenstände, die in allen politischen Handlungen eintreten".

17) Abgedruckt in Spittlers und Meiners Göttinger Magazin, 1787. I. 648 f.

18) Diese Worte kehren in Briefen des Kurfürsten an Lerchenfeld öfters wieder: 2 V., 20 VI., 25. VI. 1792.

19) Oeuvres de Frédéric le Grand, II. 28.

20) Sybel a. a. O. I 374, Sorel, a. a. O. II, 409.

21) Delessart an Vieregg: 23. II. 1792. M. St. A. k. schw. 528/2.

22) Beilage 3.

23) Seinsheim an Esebeck: 13. V. 1792.

24) Hermannt an Vieregg: 8. V. 1792: „le ministre des affaires d. Etr. a informé l'Assemblée nationale, que notre Serenissime Maître garderait la plus parfaite neutralité dans la guerre que la France faisait au roi de Hongrie et de Bohême.

25) Lehrbach an Kaunitz: 20. V. 1792.

26) Beilage 5.

27) Lehrbach an Kaunitz: 22. VI. 1792.

28) Lehrbach an Kaunitz: 15. VI. 1792.

29) Lehrbach an Colloredo: 8. VI. 1792, Lehrbach an Kaunitz: 22. VI. 1792. Esebeck an Vieregg: 11. VI. 1792, M. St. A. K. bl. 423/8. Esebeck sagt, dass Zweibrücken wegen der Nähe der Armee Kellermanns einen Scheinprotest gegen den Einmarsch der Verbündeten erlassen werde. — Vieregg an Esebeck: 18 VI. 1792, ebenda, erklärt, dass Kurpfalz, in ähnlicher Lage, ebenso handeln werde.

30) Beilage 6.

31) Assigny an Dumouriez: 21. VI. 1792 (P. A.)

32) Erdmannsdörffer, politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden I. 481. 488.

33) Beilage 6 Art. 2.

34) Beilage 4.

35) Du Moulin Eckart: Bayern unter dem Ministerium Montgelas 7.

36) Lehrbach an Kaunitz: 2. V. 1792.

37) Bericht von Bourdois: 4. VI. 1792 (P. A.).

38) Bericht von Bourdois, ohne Datum. (P. A.).

39) Sitzung des Konventes vom 30. X. 1792. Moniteur 7. XI. 1792.

40) Bourdois an Vieregg: 23 VI 1792. M. St. A. K. schw. 284/18.

41) Lehrbach an Kaunitz: 20. V. 1792.

42) Ebenda. Lehrbach hat entgegnet: „dass der Teschener Friede die Erhaltung Deutschlands zum Grunde gelegt habe, mithin zuversichtlich zu hoffen stünde, dass einsichtige Höfe durch diese falschen Insinuationen, besonders von Frankreich, sich nicht würden täuschen lassen". Die bei Erdmannsdörffer, a. a. O., I, 468, gegen Völlwarth und Edelsheim getanen Äusserungen sind demnach stark übertrieben.

43) Sorel, a. a O. II, 417.

44) Karl Theodor an Lerchenfeld: 18. V. 1792

45) Lehrbach an Kaunitz: 19. VI. 1792: Lehrbach machte Vorstellungen bei Vieregg, der ihm erklärte, Lerchenfeld hätte den Auftrag, sich nach der Mehrheit zu richten.

46) Karl Theodor an Lerchenfeld: 25. VI. 1792.

47) Schreiben Colloredos an die Regierung in München: 10. VIII. 1792. M. St. A. K. schw. 503/11.

48) Karl Theodor an Lerchenfeld: 20. VI., 24. VI., 2. VII. 1792.

49) Karl Theodor an Lerchenfeld: 25. VI. 1792.

50) Karl Theodor an Lerchenfeld: 4. VII., 14. VII.

51) Lehrbach wusste in seinen Berichten an die Wiener Staatsleiter der Stimmung der Adressaten gerecht zu werden und legte mitunter, z. B. bei Colloredo, einen verstellten Zorn an den Tag, der komisch wirkte.

52) Sybel, a. a. O I, 449—490, 593—601.

53) Kaunitz an Lehrbach: 5. V. 1792: der Gesandte soll dem Kurfürsten versichern, „dass S. ap. Maj. weit entfernt sind, S. kurf. Durchl. zu Vorschritten gegen Frankreich verleiten zu wollen, durch welche Dero eigenes Interesse blossgestellt würde; dass aber auch dem kurfürstlichen Hofe nicht unbekannt sein kann, wie Österreich und Preussen für das gemeinsame Beste der von der frz. Nationalversammlung so sehr gekränkten Reichsstände und zur Abwendung des von dem Schwindelgeist und den aufwieglerischen Grundsätzen der Franzosen allen Staaten angedrohten Umsturzes, sich der Notwendigkeit ausgesetzet haben, nunmehr infolge der französischen Aggression die Waffen ergreifen zu müssen, daher aber auch desto zuversichtlicher erwarten dürfen, von jenen, welchen sie dadurch wesentlich zu Statten kommen, auch durch verhältnismässige Mitwirkung unterstützet zu werden, dass man in dieser Absicht eine konstitutionsmässige Association der vorderen Reichskreise vorbereite, und dass, sobald der kaiserliche Thron wieder besetzt ist, bei vorliegenden Umständen an einer allgemeinen Teilnehmung des Reiches an dem Kriege wohl nicht im mindesten Zweifel sein kann".

54) Lehrbach an Kaunitz: 14. II. 1792.

55) P. M. vom 21. IV., beigelegt dem Berichte Lehrbachs vom gleichen Datum.

56) Zu ersehen aus: Karl Theodor an Lerchenfeld: 2. V. 1792.

57) Seinsheim an Esebeck: 22. IV. 1792.

58) Tautphäus an Lehrbach: 8. V. 1792.

59) Tautphäus an Kaunitz: 11. V. 1792.

60) Karl Theodor an Lerchenfeld: 2. V. 1792.

61) Häusser, deutsche Geschichte, I. 412.

62) Nach dem Schreiben Colloredos an Lehrbach: 29. V. 1792.

63) Ebenda.

64) Ebenda.

65) Lehrbach an Colloredo, 8. VI. 1792: Erwähnung des Streites mit Salzburg: „Ich glaube, dass man dermal allhier, nicht zu Salzburg, froh ist, diesen Vorwand einigermassen zu haben".

66) Lehrbach an Kaunitz: 15. VI. 92. Am 13. Juni hatte er ein neues P. M. an die Regierung gerichtet und darauf die erwähnte Antwort erhalten: „Im Grunde wollte man etwas und nichts sagen, meint Lehrbach, auch scheinet aus dem Inhalt, dass man nicht wusste, was man sagen sollte".

67) Lehrbach an Kaunitz: 16. VI. 1792.

68) Chuquet a. a. O. I. 207.

69) Ebenda VI, 5—8, s. Anm. 29.

70) Ebenda VI. 8. Remling, a. a. O. I. 40.

71) Chuquet a. a. O. VI. 14.

72) Custine an Assigny: 15. VIII. 1792. M. St. A. K. schw. 284/18.

73) Sybel, a. a. O. I, 476.

74) Victor Broglie an Assigny, 16. VIII. 1792: „Vous ne devez pas douter, que dans les circonstances actuelles nous n'en sentions tout le prix (des dispositions favorables de l'Electeur) et vous êtes sans doute instruit des égards avec les quelles on en a usé jusqu'à présent relativement ses possessions. M. St. A. K. schw. 284/18.

75) Chuquet a. a. O., VI, 18.

76) Lehrbach an Kaunitz: 29. VI. 1792. Graaf an Lehrbach: 25. VI. 1792.

77) Lehrbach an Kaunitz: 22. VI., 24. VI. 1792.

78) P. M. an Lehrbach: 25. VI., 22. VI. 1792.

79) P. M. an Lehrbach: 28. VI. 1792.

80) Lehrbach an Kaunitz: 29. VI. 1792.

81) P. M. an Lehrbach: 30. VI. 1792; Tautphäus an Kaunitz: 8. VII. 1792.

82) Lehrbach an Cobenzl: 15. VII. 1792.

83) Lehrbach an Hohenlohe: 5. VIII. 1792.

84) Remling, a. a. O. I. 41.

85) Ebenda I, 46.

86) Chuquet, a. a. O. I, 207.

87) Erdmannsdörffer, a. a. O. I, 468.

88) Chuquet, a. a. O. VI. 17 ff.

89) Victor Broglie an Assigny 15. VIII. 1792: „nous avons remarqué avec peine, qu'il a prêté son territoire aux armées ennemies, et nous aimerions, qu'il eût poussé un peu plus loin la neutralité qu'il avait promise." M. St. A. K. schw. 284/18.

90) Lehrbach an Cobenzl: 20. VII. 1792.

91) Ebenda.

92) Beilage 7.

93) M. St. A. K. schw. 284/18.

94) Beilage 8.

95) Précis de la situation de la cour du Munich. (P. A.)

96) Assigny an Vieregg: 20. VIII. 1792. M. St. A. K. schw. 284/18.

97) Assigny an Karl Theodor: 20. VIII 1792. M. St. A. K. schw. 284/18

98) Mündliche Anfrage: Lehrbach an Cobenzl 28. VIII. 1792.

99) Ebenda.

100) Anfrage vom 2. Sept. 1792: „Si S. A. S. E. regarde la décheance ou déposition de Louis XVI. comme legitime et valable?

101) Ministerkonferenz vom 2. Sept. Note an Assigny vom 3. IX. 1792. M. St. A. K. schw. 284/18.

102) P. M. Lehrbachs an Vieregg: 6. IX. 1792. Vom P. M. des preussischen Gesandten sagt Lehrbach: „die Sprache ist eine der stärksten, die je gegen einen Hof geführt worden ist."

103) Message an Assigny: 10. IX. 1792. M. St. A. K. schw. 284/18.

104) Assigny an Karl Theodor: 17. IX. 1792. Assigny an Vieregg: 17. IX. 1792. M. St. A. K. schw. 284/18.

105) Vieregg an Assigny: 22. IX. 1792. M. St. A. K. schw. 284/18.

106) Précis de la situation etc. (P. A.) Moniteur 7. XI. 1792. Kaulek, papiers de Barthelemy, I, 388: Barthelemy an Lebrun 3. XI. 1792.

Viertes Kapitel.

1) Chuquet, a. a. O. VI. 29.

2) Chuquet, a. a. O. VI. 51—54.

3) Kap. III. Anm. 42.

4) Das Regiment bildete den Grenzkordon. Kommandeur war der Oberst Zandt.

5) Lehrbach an Cobenzl: 21. IX. 1792. Lehrbach an Sailern: 27. IX. 1792: „Der hiesige Hof äussert noch immer grosse Verlegenheit, dass das Erbachische Korps sich von den pfälzischen Grenzen entfernt hat. Ich konnte hiebei nicht unterlassen, zu bemerken, dass dieses mich wundere, da doch das Einrücken und der Aufenthalt desselben mit pfälzischen Protesten geschehen sei."

6) Remling, II, Beilage 10. Der Inhalt wurde 5. X. 1792 durch Postdirektor Ludwig in Mannheim dem Grafen Lehrbach mitgeteilt.

7) Gillot an Zandt: 30. IX. 1792. Der Brief wurde abgefangen und geriet in österreichische Hände (W. A.).

8) Häusser, deutsche Geschichte I, 480, Sybel a. a. O. I, 584. Die Grenzaufschrift wird wohl schon früher angebracht worden sein, denn von dem Zuge hatte ja die pfälzische Regierung bis zum letzten Augenblicke keine Kenntnis.

9) Remling, a. a. O. I. 80.

10) Ebenda, I. 71, 75. 99

11) Custine an Oberndorff: 4. X. 1792, Beilage bei Lehrbach.

12) Remling, a. a. O. II, Beilage 15

13) Ludwig an Lehrbach: 17. X 1792. Nach diesem Datum zu schliessen, muss der Erlass Oberndorff in die Zeit vor dem 17. X. fallen.

14) Heigel, Die Übergabe etc. 5.

15) Beilage. 9.

16) Aulard, recueil des actes du comité du salut public II. 290

17) Reibeld war um diese Zeit seines Amtes enthoben worden.

18) Goethe, Hermann und Dorothea, Klio 13 ff.
Remling a. a. O. I. 184–191.

19) Seinsheim an Esebeck: 24. XI. 1792 nach Äusserungen des Kurfürsten.

20) Lehrbachs Mannheimer Korrespondent: 29. XI. 1792.

21) Hermannt an Vieregg: 31. I. 1793.

22) Regnaud. vie et correspondance de Merlin de Thionville II, 76: Merlin an Pache: 4. I. 1793.

23) Aulard, recueil etc. II. 290 ff.

24) Lehrbach an Kaunitz: 18. V. 1792.

25) Heigel, die Übergabe etc. 13, Lehrbach an Wallis 18. XII. 1792.

26) Seinsheim an Esebeck: 12. XII. 1792.

27) Lehrbach an Wallis: 18. XII. 1792. Der Hof gab freilich die Zahl auf 9000 an. In den Beilagen der Aufsätze von Hausenblas und Kristen, Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs, Wien, Neue Folge V. ff. wird für den Sommer 1792 die Stärke der Garnison auf 4000 Mann angegeben.

28) Die Franzosen am Rheinstrom, 1793. 10.

29) Chuquet a. a. O. VI: 215.

30) Ebenda: VI, 213.

31) Lehrbach an Cobenzl: 13. XI. 1792.

32) Chuquet, a. a. O. VI, 213, 214. Schon damals hatte der Kurfürst ernste Besorgnisse um Mannheim s. Seinsheim an Esebeck: 25. XI. 1792.

33) Chuquet, a. a. O. VI, 213—216. Lehrbachs Korrespondent: 9. XII. über die Sendung Marcos: „Cunzmann m'a dit que la mission de Marco n'avait rien d'hostile en elle-même, et qu'entre toutes sortes des demandes il ne s'agissait que de ne pas rétablir le pont du Rhin, crainte que les Prussiens et les Autrichiens ne passent dessus.“

34) Lehrbachs Korrespondent: 13. XII.: „les Francais continuent leurs travaux sous les canons du fort du Rhin, et comme il leur arrive à chaque moment du secours, notre situation devient vraiement bien critique. L'armée qui s'étend depuis Spire et au dela jusqu'ici est à présent au moins de 18–20000 hommes; elle se joint avec l'armée de Custine. S'il n'arrive du secours et même en force majeure, nous aurons le sort comme tout le reste de l'Allemagne.“ Derselbe 16. XII.: „Les Francais viennent d'établir un pont sur le Rhin vis-à-vis de Bruhl. Nous sommes ici dans les plus grandes inquiétudes.“ — Seinsheim an Esebeck: 17. XII 1792.

35) Seinsheim an Esebeck: 17. XII. 1792. — Lehrbach an Cobenzl: 18. XII. 1792: „Auffallend soll es gewesen sein, dass der Herr Kurfürst auf der Jagd nach seiner bekannten Kunst der Verstellung mit einer ganz ausserordentlich fröhlichen Miene soll erschienen sein.“

36) Chuquet a. a. O., IV. 50.

37) Lehrbach an Cobenzl: 14. X. 1792. P. M. an Kurpfalz: 14. X. 1792.

38) Ebenda.

39) Lehrbach an Hohenlohe: 27. XI. 1792.

40) Colloredo an Lehrbach: 10. X. 1792.

41) Cobenzl an Lehrbach: 13. X. 1792.

42) Lerchenfeld an Vieregg: 6. IX. 1792.

43) Abschrift des Schreibens in den Akten der Zweibrücker Komitialgesandtschaft M. St. A. K. bl. 421/1.

44) Lehrbach an Cobenzl: 29. IX. 1792.

45) Ebenda.

46) Colloredo an Lehrbach: 19. IX. 1792, wahrscheinlich durch Sailern nach Wien berichtet worden.

47) Lehrbach an Cobenzl: 10. X. 1792.

48) Lehrbach an Cobenzl: 21. IX. 1792: „Es scheint nun, dass man nicht allein von hier keine Truppen in die unteren kurfürstlichen Lande werde abgehen lassen, sondern dass man auch diesen Umstand (Abzug Erbachs) wohl dahin anzuwenden trachten werde, weder in Ansehung der Truppenvermehrung überhaupt, noch in Rücksicht anderer militärischer Anstalten einige Vorkehrungen zu treffen, unter dem Vorwande, dass man sonst die französische Nation zum Einfalle reizen und die ganz unbedeckten kurpfälzischen Lande der Gefahr aussetzen dürfte, ganz verheeret zu werden."

49) Lehrbach an Cobenzl: 19. XII. 1792. Der Vermittler war Thompson.

50) Lehrbach an Colloredo: 25. IX. 1792.

51) Lehrbach an Cobenzl: 29. IX. 1792.

52) Cobenzl an Lehrbach: 6. X. 1792.

53) Karl Theodor an Lerchenfeld: 13. X. 1792.

54) Karl Theodor an Lerchenfeld: 17. X. 1792.

55) Karl Theodor an Lerchenfeld: 23. X. 1792

56) Thautphäus an Cobenzl: 26. X. 1792.

57) Duras an Vieregg: 9 II. 1793. Colloredo meinte damals, das Unglück wäre verhindert worden, wenn Kurpfalz 8—10000 Mann zur Stelle gehabt hätte.

58) Colloredo an Lehrbach: 3. XI. 1792.

59) Lehrbach an Colloredo: 13. XI. 1792. P. M. Lehrbachs an Vieregg: 13 XI. 1792.

60) Ratifikationsdekret vom 22. XII. 1792. Abstimmung von Kurpfalz nach Lehrbachs Bericht an Cobenzl: 20. XI. 1792.

61) Seinsheim an Esebeck: 12. XII. 1792.

62) Kaulek: papiers de Barthélémy I: Koch an Lebrun 17. XI. 1792.

63) Friedrich Wilhelm an Max Joseph, 8. XII. 1792. — Ähnlich 12. XII. 1792: „Comme il est de la dernière importance d'empêcher l'ennemi de pénétrer plus avant, je ne puis assez recommander à V. A. S. de faire tout ce qui est à son pouvoir, pourque le Palatinat garde du moins la neutralité en s'opposant à ce que l'armée ennemie ne passe pas le Rhin, jusqu'à ce que les troupes autrichiennes qui se sont mises en marche viennent au secours de ce pays." M. St. A. K. bl. 423/10.

64) Beschluss des Hofkriegsrats vom 30. XI. Cobenzl an Lehrbach: 11. XII. 1792.

65) Lehrbach an Cobenzl: 18. XII. 1792. Lehrbach an Wallis 18. XII. 1792.

66) Lehrbach an Cobenzl: 18. XII. 1792. P. S.

67) P. M. an Kurpfalz 18. XII. 1792.

68) Lehrbach an Cobenzl: 19. XII. 1792.

69) P. M. Viereggs an Lehrbach: 19. XII. 1792.

70) Cobenzl an Lehrbach: 12. I. 1793.

71) Lehrbach an Cobenzl: 24. I. 1793. Im gleichen Sinne: Seinsheim an Esebeck: 27. I. 1793.

72) Häusser, deutsche Geschichte: 508.

73) Xylander, a. a O. 301.

74) Die Korrespondenz Reibelds befindet sich im Münchener Staatsarchiv. Mir war sie nicht zugänglich, da sie von anderer Seite benützt wurde.

75) Lafont war schon im Dezember in Mannheim anwesend: Seinsheim an Esebeck: 12. XII. 1792.

76) Heigel, die Übergabe etc. 5—7. Einzelheiten bringen die Berichte Ludwigs an Lehrbach. Cobenzl an Lehrbach: 30. I. 1793.

77) Lehrbach an Cobenzl: 26. I. 1793.

78) Colloredo an Lehrbach: 30. I. 1793.

79) P. M an Lehrbach: 6. II. 1793.

80) Heigel, die Übergabe etc., 8.

81) Aulard, récueil II. 332: Merlin von Thionville an den Conseil etc.: 14. III. 1793.

82) Ebenda, II, 360 III, 590. Heigel, die Übergabe 9.

83) Heigel, die Übergabe 9. Courbeaus Anwesenheit wird noch für Monat Mai festgestellt. s. Aulard, révolution française, 14. III. 1890. S 342.

84) Hermannt an Vieregg: 6 I. 93.

85) Beilage 9. Heigel, die Übergabe: 10.

86) Beilage 10.

87) Entwurf Viereggs, ohne Datum.

88) Hermannt an Vieregg: 24. II. 1793. Heigel, die Übergabe 10.

89) Heigel, ebenda 8.

90) Moniteur 7. XI. 1792. Vieregg an Hermannt: 10. XI. 1792. Hermannt an Vieregg: 10. I. 1793.

91) Aulard, récueil 294: Merlin an Pache: 8. III. 1793 Merlin, Hausmann, Reubell an den Conseil etc.: 8. III. 1793, II. 360 Sitzung des Conseils: 14. III. 1793.

92) Witzleben, Prinz Friedrich Josias von Coburg-Saalfeld II. 43—46.

93) Ebenda. II 88.

94) s Beilagen 11—13. Wagner, der Feldzug der preussischen Armee am Rhein 1793. Berlin 1831. S. 307

95) Ludwig an Lehrbach: 23. II., 27. II. 1793 P. M. von Tautphäus an Vieregg: 23. II. 1792. Er wird auf die Vorgänge vor Mannheim aufmerksam gemacht: Friedrich Wilhelm an Max Joseph 22. II. 1793. M. St. A. K. bl. 423/10.

96) Wurmser an Braunschweig: 22. II., 27. II., 3. III. 1793; — Braunschweig an Wurmser 25. II., 2. III. 1792, s. auch Wagner, a. a. O. 284 ff.

97) P M. Viereggs an Lehrbach: 27. II. 1793. — Lehrbach an Cobenzl: 28. II. 1793

98) Wurmser an Lehrbach: 8. III. 1793.

99) P. M Viereggs an Lehrbach: 15 III. 1793. — Lehrbach an Cobenzl: 15 III. 1793. Reichsfürstenratsprotokoll v. 15. III. 1793.

100) Witzleben, a a O, II 99

101) Wurmser an Karl Theodor: 15. III. 1793. Lehrbach an Cobenzl: 15. III. 1793

102) Wagner, a. a. O., 308, 313.

103) Ebenda, 308. — Cobenzl an Lehrbach: 20. I. 1793.

104) Coburg an Lehrbach: 5 IV. 1793.

105) Lehrbach an Thugut: 9 IV. 1793.

106) Xylander, a. a. O. 302 ff. Wulffen a. a. O. 25 ff. Häusser erwähnt die Verhandlungen, die erforderlich waren, bis man das Kontingent unter preuss. Oberbefehl stellte, deutsche Geschichte, 530.

Fünftes Kapitel.

1) Sybel, a. a. O., II, 142- 147.
2) Ebenda II. 203
3) Ebenda I, 601.
4) Lehrbach an Cobenzl: 24 I. 1793. Schon früher hatte Lehrbach eine Besetzung Bayerns aus militärischen Gründen befürwortet, s Kap. IV.
5) Cobenzl an Lehrbach: 30 I. 1793.
6) Lehrbach an Cobenzl: 29. I. 1793, 28. II. 1793
7) Lehrbach an Thugut: 19. IV. 1793.
8) Coburg an Lehrbach, 24. III. 1793: „Unterdessen dürfte vielleicht die womöglich zu bewerkstelligende Ausrückung der Reservearmee und ihre Gegenwart eine andere Stimmung hervorbringen". Wurmser an Lehrbach: 20. III 1793 verlangt, dass der Einmarsch sofort erfolge, nicht erst am 1. Mai. Andeutungen machte in München Lehrbach, Beilage 10, ferner s. Sybel, a. a. O. II, 228; Remling, a a O. I, 134.
9) Duras an Vieregg: 26. IV. 1793
10) Hätten Colloredo und Lacy im Juli 1792 nicht die Frage des superplus auf das Tapet gebracht, so wäre ein Einverständnis mit Preussen eher erzielt worden und die Besetzung Bayerns vielleicht schon vor dem Einmarsche Custines erfolgt, zu einer Zeit, wo Mannheim noch nicht als wichtiges Unterpfand für Bayern Geltung hatte.
11) Sybel, a. a. O. II, 228. — M. St. A. K. schw. 145/36, Memoire von Karl August an Yarmouth, ohne Datum, wie alle Konzepte des Herzogs.
12) In demselben Memoire.
13) Sybel, a. a. O. II, 228. — Lehrbach an Thugut 25. V. 1793.
14) Projet sur la Bavière. M St A K. bl. 197/22.
15) Duras an Vieregg: 24. II. 1793.
16) Duras an Vieregg: 26. IV. 1793
17) Thugut an Lehrbach, abgedruckt bei Vivenot, a. a O III. 28. Die Antwort Lehrbachs vom 9. V. 1793 bringt sehr wichtige statistische Details über Pfalzbayern. (W. A.)
18) Duras an Karl Theodor, 24. IV. 1793 hatte Genaueres über die Absichten Österreichs gebracht, mir ist dieses Schriftstück nicht zu Gesicht gekommen. In der Antwort fragt der Kurfürst an:
1. „Von wem er die getanen Äusserungen erhalten?"
2. „Ob diese Stelle eine besondere Rücksicht verdiene?"
3. „Was er auf jene Äusserungen geantwortet?"
4. „Ob und bei wem seiner Meinung nach hiergegen einige Remonstration zu machen, dienlich und rätlich sei?"
19) Duras an Karl Theodor: 15. V. 1793. Abschrift an Vieregg gesandt.
20) Schlözer, Staatsanzeigen, 1791, 320—328.
21) Lehrbach an Thugut: 23 IV. 1793, 30. IV. 1793. Tautphäus an Thugut: 18 VI. 1793
22) Lehrbach an Cobenzl: 14. VIII. 1792 „Seitdem die Bayern glauben, dass die jetzigen Umstände einen Austausch nach sich ziehen könnten, sind sie ohnedies ganz französisch gesinnt". — Lehrbach an Cobenzl: 20. I. 1793: „In Bayern findet man allgemein aus den Worten der preussischen Erklärung in Polen, da von der Zustimmung des Kaisers die Rede ist, heraus, dass Bayern an Österreich kommen werde". — Lehrbach an Thugut: 7. V. 1793: Erwähnung der Furcht vor der Reservearmee
23) Lehrbach an Thugut: 2. VI. 1793. 11. VIII. 1792.
24) Lehrbach an Thugut: 30. IV., 11 V. 1793, wahrscheinlich durch Frank vermittelt worden, denn Lehrbach sagt: „Ich weiss von vertrauter Hand."
25) Lehrbach an Thugut: 11 V. 1793.

26) Lehrbach an Cobenzl: 15. III. 1793.

27) Lerchenfeld an Vieregg: 4. III. 1793. Erklärung Hannovers 14. III. 1793. M. St. A. K. bl. 421/1. (Zweibr. Komitalgesandtsch.)

28) Vieregg an Lerchenfeld: 8. V. 1793.

29) Lerchenfeld an Vieregg: 11. V. 1793.

30) Beilage 14.

31) Seinsheim an Karl August, 3. Brachmonat 1793; M. St. A. K. bl. 421/1.

32) Hohenthal an Lerchenfeld: M. St. A K. sch. 503/12: „Les intérêts etant les mêmes, l'intime rapprochement en pourra faire le salut de l'Allemagne et maintenir notre constitution. V. E peut par ses connaissances y contribuer et jetter la première base pour le soutien d'un édifice qui tôt ou tard s'écroulera sous les poids de la trop grande masse, qu'on va former."

33) Seinsheim an Karl August; 3. Brachmond 1793, a. a. O.

34) Ebenda, Lerchenfeld machte von Karlsbad aus verschiedene Versuche, Schall zu sprechen, aber vergebens: Lerchenfeld an Vieregg: 14. VII. 1793.

35) Ebenda.

36) Lerchenfeld an Vieregg: 7. VII. 1793: „Je crois que dans les circonstances présentes il sera difficile de consolider cette union par un acte formel et public, mais je pense, que pour le moment les cours intéressés seront contentes d'être assurées de la part de S. A. S. E. de ses intentions fermes et analogues au système de la constitution et de la grande union, et que notre Serme maître peut également se tranquiliser sur les assurances de l'appui et de l'amitié de la part des dites cours. Le moment et les circonstances nous sont très favorables et je crois, qu'il sera bon de saisir toutes les occasions à affermir cette union et cette bonne intelligence, par la quelle une puissance intermédiaire peut être établi, pour maintenir dans tous les cas la constitution de l'Empire."

37) Vieregg an Lerchenfeld: 23. VII. 1793.

38) Tautphäus an Thugut: 23. VII. 1793. Anzeige von der Ankunft Omptedas. 2. VIII. 1793: Mutmassungen über den Zweck seiner Anwesenheit — Lehrbach an Thugut: 11. VIII. 1793: Schilderung seiner Umtriebe. — Thugut an Tautphäus: „Auf das Benehmen und die Äusserungen des kurbraunschweigischen Gesandten von Ompteda und auf das, was etwa der besondere Gegenstand sowie Bearbeitung in München sein mag, wollen Sie nicht ermangeln, Ihre Aufmerksamkeit zu verwenden, jedoch mit Vermeidung alles Scheines einer Verlegenheit über die Absichten des englischen Hofes. Gegen den v. Ompteda selbst, dessen persönliche Denkungsart und etwas zänkische Gemütsart E. Ex. ohnehin bekannt ist, belieben sich Dieselben freundschaftlich und ohne mit demselben über was immer für einen Punkt in verfängliche Erörterung einzugehen, so zu benehmen, dass er nicht über Misstrauen, noch weniger aber über Vernachlässigung scheinbarer Beschwerden durch das hannoverische immer sehr aufsichtige und unruhige Ministerium an den englischen Hof gelangen zu lassen veranlasst wird."

39) Tautphäus an Lehrbach: 27. VIII. 1793.

40) Lehrbach an Thugut: 11. VIII. 1793. Auch Hohenthal weilte vorübergehend zum gleichen Zwecke in München: Tautphäus an Thugut: 1. IX. 1793.

41) Sybel, a. a. O. II, 263–270. Aulard, révolution française, Märznummer 1890 236–247.

42) Sorel, a. a. O. III, 415.

43) Beilage 15.

44) Aulard, recueil etc. IV, 499. réo. fr. 242.

45) Posch an Vieregg: 25. V. 1793.

46) Posch an Vieregg: 25. V. 1793.

47) Sybel, a. a. O. 342—344. Sorel, a. a. O. III, 416 f. 433.

48) Friedrich Wilhelm an Karl August, 14. XI. 1793. M. St. A. K. schw. 145/36.

49) Karl August an Luchesini 26. XI. 1793. Ebenda: „Le cabinet de St James, lui (Yarmouth) ai-je dit, a marqué jusqu'ici de l'insouciance touchant la constitution germanique tandisque la régence l'appuyait avec chaleur; le roi d'Angleterre se trouvait donc en collision de système politique avec l'électeur d'Hannovre et discordant d'intérêts avec lui-même, il était forcé de subordonner ses intérêts à ceux de son trône ou plutôt aux vues de son ministère. Mais les évéments ont emmené un nouvel ordre de chose, la France qui maintenait l'équilibre de l'Empire et par conséquant de l'Europe, est devenu nulle et sa nulleté laisse une vide de balance que l'Angleterre peut remplir avec gloire et avec fruit toute fois en pesant le puissant contre poids de la maison bavaro-palatine."

50) Karl an den König von Preussen, ohne Datum, ebenda.

51) Ebenda Karls Ankunft erweckte sofort die Aufmerksamkeit des österreichischen Geschäftsträgers; Vieregg verschwieg ihm aber den Zweck seiner Reise. Tautphäus an Thugut: 1. IX., 10. IX. 1793.

52) Thugut an Lehrbach: 15. X. 1793. Vivenot, a. a. O. III. 323.

53) Starhemberg an Thugut 27. X. 1793 Bei Vivenot, a. a. O. III. 346.

54) Yarmouth an Karl August. 4. XI. 1793. M. St. A. K. schw. 145/36.

55) Karl August an Friedrich Wilhelm, ohne Datum, ebenda.

56) Friedrich Wilhelm an Karl August, 14. XI. 1793, ebenda.

Sechstes Kapitel.

1) Colloredo an Duras: 4. V. 1793. M. St. A. K. schw. 457/37. Das Triplum Bayerns betrug allein nach dem Fusse von 1681 etwa 4164 Mann zu Fuss und 700 Reiter.

2) Lehrbach an Thugut: 11. V. 1793. Erklärung, dass sich Pfalzbayern über den groben Ton Colloredos beschweren will.

3) Duras an Karl Theodor: 15. V. 1793. P. M. von Duras an Colloredo: 30. V. 1793 M. St A. K. schw. 457/37.

4) Colloredo an Duras: 25. VI. 1793. M. St. A. K. schw. 457/37.

5) P. M. von Tautphäus an Vieregg: 6. VIII. 1793.

6) Tautphäus an Thugut: 6. VIII., 13. VIII. 1793.

7) Thugut an Lehrbach: 14. VI. 1793

8) Beilage 16.

9) Lehrbach an Thugut: 11. VIII. 1793.

10) Tautphäus an Thugut: 13. VIII. 1793.

11) Tautphäus an Thugut: 13 X., 6. XI. 1793.

12) Chuquet, a. a. O. IX. 220.

13) Salabert an Luchesini: 7. I. 1794. M. St. A. K. schw. 145/36.

14) Chuquet, a. a. O. IX. 222.

15) Lehrbach an Cobenzl: 30. III 1793.

16) Wurmser an Oberndorff: 26. XII. 1793. M. St. A. K. schw. 271/3. Oberndorff an Vieregg 30. XII. 1793 M. St. A. K. schw. 132/5.

17) Karl August an Luchesini: 7. I. 1794 M. St. A. K. schw. 145/36.

18) Oberndorff an Vieregg: 30 XII. 1793. a. a. O.

19) Montgelas, a. a. O. 6.

20) Conventssitzung 19. Ventose, 8. Januar 1794. Moniteur.

Beilagen.

1.

Lehrbach an Kaunitz.

Original. München, 10. März 1792.

„Der hiesige Hof hatte bei der jüngsten Kaiserwahl die Absicht, seine Kurstimme geltend zu machen. Dies war bei allen Kaiserwahlen des Herrn Kurfürsten und seines Ministerii, besonders als er noch nicht die bayerischen Länder hatte, grundsetzend Absicht, bei der jüngsten Kaiserwahl geschahen sogar Anträge auf das Innviertel oder die drei tirolischen Ämter Kufstein, Kitzbühel und Rottenberg; — ich habe damals umständlich berichtet, was ich sogleich darauf berichtet habe. Es ist gnädig begenehmiget und mir aufgetragen worden, alles ferner in dieser Art an mich gebracht werdende von der Hand zu weisen.

Ich habe dermalen schon wieder Spuren, dass diese Lust, durch die Stimme Nutzen zu ziehen, abermals aufwache, und ich weiss von jemand Vertrautem, es ist der geistliche Rat Frank, dass bei dem Herren Kurfürsten die Sprache war, dass wegen dem Innviertel nichts zu machen sei, weil dem Erzhause zu viel an nassen Grenzen gelegen sei, vielleicht dürfte etwas mit den drei tirolischen Ämtern zu tun sein.

Es ist mir dieses nur gleichsam hingeworfen worden, und ich habe allsogleich den Anlass reichlich benutzet, um auf einmal und auf der Stelle derlei Gedanken und Absichten niederzuschlagen und zu entfernen, bemerket: dass bei der jüngsten Kaiserwahl von dem Minister Grafen Oberndorff ähnliche Anwürfe an mich geschehen seien, ich hätte dermal gleich das Untunliche in allem Betrachte geäussert, dieselben auf Verlangen einberichtet, worauf ich gleichsam einen Verweis erhalten, dass ich derlei Anträge zur Einberufung übernommen und geeigenschaftet geglaubt habe.

Ich müsste daher raten, dass dermalen Anträge an mich von Abtretungen nicht gebracht werden möchten, indem ich sie nicht nur nicht einberichten könnte, sondern platterdings von der Hand weisen müsste, massen das

Erzhaus, wenn dasselbe jede Stimme für die ohnehin mit soviel Gefahr, Bürden, Verantwortungen und Ausgaben verbundene Kaiserkrone erkaufen müsste, am Ende statt einer Monarchie eine Grafschaft werden müsste. Diese Umstände dürften durch dieses ganz fallen.

Der Herr Frank berührte aber hierauf, dass der Herr Kurfürst bei dieser Gelegenheit wenigstens trachten würde, die Königskrone zu erhalten, und da Österreich und Preussen in gutem Vernehmen, auch Verbindung stünde, so dürfte dermalen der Zeitpunkt sein, wo dieses desto eher zu erreichen wäre.

Hierauf habe ich mich gar nicht eingelassen, sondern blos im allgemeinen bemerkt, dass der Herr Kurfürst diese Gedanken und Wünsche jüngst, als von Kursachsen zur polnischen Krone die Rede gewesen sei, eben auch geäussert hätte; es seien damals schon die Bemerkungen über alles zu einer Königskrone Erforderliche gemacht worden, dass auch eine allgemeine Anerkenntnis einzutreten habe." . .
„Gleich den andern Tag besuchte mich der Freiherr von Hallberg und noch einiger Unterredung über die dermalige betrübte Lage äusserte er: „„Ich werde wohl, sobald als möglich ist, und ich meine Instruktionen erhalten kann, nach Wien abgehen. Mir scheint, man ist dermalen allhier ernstlich bedacht, die königliche Krone und Titel zu suchen und zu erhalten, und ich fürchte mich auf diese Negociation.""

„Da mir Freiherr von Hallberg von den übrigen vorbemerkten Umständen und Anträgen nichts geäussert, so berührte ich es auch nicht, wegen der königlichen Krone aber äusserte ich mich ebenso lakonisch wie gegen den geheimen Rat Frank"

K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien.

2.

Lehrbach an Kaunitz.

Original. München, 16. März 1792.

Zuerst ist die Rede, dass der Kurfürst sich mit einer Verlegung des Bischofsitzes von Freising nach München trägt. Dann folgen einige Angelegenheiten von geringer Bedeutung, schliesslich kommt Lehrbach wieder auf den Wunsch des Kurfürsten nach der Königskrone zurück.

„Der Herr Minister Graf von Vieregg hat mir im Gespräche bemerkt, dass der Herr Kurfürst dieses sehnlichst wünsche und die Hände zu einigen Austausch zu bieten geneigt sei, um einen souveränen Distrikt zu erhalten.

Der Herr Kurfürst glaube auch, dass auf Bayern die Krone und Titel statt haben könnten, zudem in den ältesten Zeiten Bayern ein Königreich gewesen sei.

Der Herr Graf von Hallberg wird nächster Tage nach Wien abgehen und über diesen Gegenstand umständliche Weisungen erhalten.

Ich habe dem Herrn Graf von Vieregg ausser dem jüngst Geäusserten und Einberichteten nichts mehr erwidert, als dass Bayern dermalen in dem Reichsverband mit Lehens- und landherrlichen Pflichten gegen Kaiser und Reich stehe, auch der Reichsgerichtsbarkeit unterworfen sei.

Es ist von Seiten des Herrn Kurfürsten eine blosse Eitelkeit, welche noch eher Platz greifen könnte, wenn derselbe nicht schon im 68. Jahre stünde oder selbst Succession hätte.

Aber Bayern wegen dem Herrn Kurfürsten, wenn auch alle andern Betrachtungen nicht wären und vieles im rechtlichen Verbande nicht im Wege stünde, oder dem Hause Pfalz ein souveränes Eigentum zu dieser Absicht zu verschaffen, dürfte auch im politischen Betrachte wohl zu beherzigen sein, massen von der Nachfolge des Herrn Kurfürsten nie eine Vorliebe und Ergebenheit, vielmehr in allen Gelegenheiten das Gegenteil gezeigt worden ist, auch in Zukunft nichts anderes zu hoffen ist.

Das Erzhaus würde sich gleichsam ein neues Königreich vor die Türe und auch auf die Nase setzen; wenn gleich Kurpfalz dadurch an Ländereien und Kräften nicht stärker wird, so ist es doch auch idealisch eine Bedeutung, König zu sein; man gewinnt ein Ansehen und nach Zeit und Umständen einen Einfluss, den man sich durch eine Krone zuwege bringt. Man macht sich als König sowohl im Reiche als in den allgemeinen europäischen Weltgeschäften wie auch in neutralen Angelegenheiten wichtiger und bedeutender; — als blosse Kurlande wird man in vielen Verfallenheiten eher fertig und die Bedeutung einer grossen Monarchie wirkt und fällt mehr auf reichsständische Kur- und andere Lande als auf Länder, die einen König zum Regieren haben.

Die Geschichte bestätiget alles hiefür, seitdem das Haus Brandenburg die Königskrone hat und die Erfahrung hat das Erzhaus auf dessen Kosten alles dieses Leid gelehrt"

K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien.

3.

Lehrbach an Kaunitz.

Original. München, 28. April 1792.

Meldung von der Audienz Assignys bei Vieregg. Erklärung Assignys: „Er bedauere, dass er gleich bei dem Antritt seiner Ministerstelle mit unangenehmen Eröffnungen auftreten müsse; er habe durch den angekommenen Courier Befehl erhalten, dem hiesigen Hof zu erklären, dass der König sich gezwungen sehe, dem König von Ungarn und Böhmen den Krieg zu erklären. Diese Erklärung gehe bloss gegen das Haus Österreich, nicht gegen das Reich; der Wiener Hof habe gegen Frankreich ein Konzert oder Ligue gemacht, davon nicht abstehen wollen, habe die verlangte kategorische Antwort nicht gegeben, noch die verlangte Truppenzurückziehung und Verminderung auf den Grenzen befolgt.

Er habe Befehl, den hiesigen Hof zu befragen, ob der Wiener Hof den hiesigen zu dem Konzert eben auch aufgerufen habe und er demselben beigetreten sei, was der Herr Kurfürst gegen Frankreich zu tun gesinnt sei? Hierüber müsste er eine kategorische Antwort haben, um hiernach die Weisungen an die auf den Grenzen gegen die Staaten des Herrn Kurfürsten kommandierenden Generale zu erlassen.

Graf von Vieregg äusserte hierauf, dass er dem Herrn Kurfürsten hierüber Vortrag machen und die Antwort erteilen würde, müsste aber gleich erinnern, dass der hiesige Hof von dem Wiener Hof zu einem Konzert nicht aufgerufen worden sei, der Herr Kurfürst auch bisher bloss die Gastfreiheit der Emigranten gestattet habe, sich selbst nach dem Zeugnis der französischen Generäle in allem ruhig und nachbarlich betragen habe, der Wiener Hof habe selbst dieses Betragen geraten und man könne demselben nicht wohl zumuten, dass er seine Truppen besonders in den Niederlanden vermindere und herausnehme, da dieselben allda zur Erhaltung der Ruhe unumgänglich notwendig wären." —

Unterredung Viereggs mit Oberndorff und Hertling; plötzliche Ankunft Lehrbachs.

„Ich fand bei denselben, besonders beim Grafen von Vieregg, eine sehr grosse Verlegenheit, und man schien allgemein sehr betroffen zu sein; ich suchte, nachdem der Herr Graf von Vieregg das Vergangene mir eröffnet hatte, die Sache durch die gehörige Vorstellung klar zu machen und den Ministern ans Herz zu legen: dass das Erzhaus Österreich hauptsächlich wegen Deutschland und wegen dessen beeinträchtigten Fürsten in diese Lage versetzt worden sei, das Kurkollegium habe durch Kollegialschreiben auf-

gefordert; sowohl in den Niederlanden als den Vorlanden habe man anfangs sich so verhalten, dass Frankreich nicht nur keine Klagen gehabt, sondern die österreichische Benehmungsart belobt und anderen zum Beispiel vorgestellt habe, welches auch die von dem französischen chargé d'affaires zu Brüssel (Herrn de la Gravière) dem Generalgouverneur übergebenen und selbst in Zeitungen erschienenen Noten beweiseten.

Sobald das Reich, besonders die Trierischen Lande mit einem Einfall bedroht worden seien und das Erzhaus wegen der Kaiserkrone habe eintreten müssen, habe Frankreich angefangen, gegen den Wiener Hof vorzugehen, und nun solle dem Erzhause der Krieg wegen der hauptsächlich dem Reiche geleisteten Diensten, auch wegen der im allgemeinen zu Verhütung der Ausbreitung alles Aufruhrs und Umsturzes der Staaten, vorzüglich ihrer Regierungsform genommenen nötigen und mässigen politischen Massregeln ohne das Reich, solches vielmehr davon ausdrücklich auszunehmen, erkläret werden. Ich müsse am hiesigen Hof deshalb aufsichtig machen, damit sich in dieser kritisch und boshaft hingelegten Art vorsichtig und so benommen werden möge, damit weder dem Herrn Kurfürsten von der Pfalz noch dem ganzen Reiche ein unübersehbarer Nachteil zuginge.

Die Herren Minister sehen den Grund dieser Vorstellung, die ich mit mehr Nachdruck als ich sonst allhier gewöhnlich anzuwenden rätlich erachtete, sowie auch, dass mir ihre Furcht und Verlegenheit nicht verborgen sei, wohl ein, welcher letztere eben vorzüglich mein Benehmen leitete."

Erklärung Viereggs an Assigny:

„Der hiesige Hof sei von dem Wiener zu keinem Konzert aufgerufen worden, der Herr Kurfürst habe sich bisher gegen Frankreich ruhig, friedlich und nachbarlich betragen, deshalb selbst die Zufriedenheit Frankreichs erhalten; man würde in diesen Gesinnungen fortfahren in der Hoffnung, dass das deutsche Reich weder angegriffen noch beeinträchtigt werde, in welchem Falle sich der Herr Kurfürst vom allgemeinen Wohle nicht trennen kann."

K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.

4.

Addition d'instruction pour le Sieur de Naillac.

Paris, 1er Avril 1792.

„Dans l'instruction à monsieur de Naillac il est dit, que monsieur d'Assigny, ministre plénipotentiaire de France à Munich, est chargé, de donner tous ses bons offices pour

le parfait raccomodement de la bonne intelligence, nécessaire à rétablir entre la cour Electorale et la maison de Deux-Ponts. Cette négociation a paru d'une si haute importance, qu'on s'est déterminé à en charger particulièrement Mons. Bourdois, secrétaire de légation à Ratisbonne, qui se trouve heureusement allié de la branche naturelle bavaroise. Il va directement à Munich et il emporte le même chiffre que Mons. Naillac, pour pouvoir correspondre directement avec lui.

La grande difficulté des rétablissements de la bonne intelligence vient de ce que le ministère bavarois est vendu au cabinet de Vienne, et surtout de ce que les enfants naturels de l'Electeur sont pareillement entrés dans la faction autrichienne, qui leur a donné l'espoir des grands établissements à la mort de l'Electeur. Il s'agit de balancer les intérêts par un intérêt plus positif; c'est ce dont va s'occuper Mons. Bourdois. Il proposera à la branche naturelle de Bavière un traité avec la maison de Deux-Ponts, dans lequel on stipulera franchement et généreusement les avantages et établissements, que la maison de Deux-Ponts devra faire à la branche naturelle. Par là on désunira la faction autrichienne et on donnera à la maison de Deux-Ponts l'influence qu'elle doit avoir à la cour de Munich.

Mons. de Naillac est chargé de suivre dans le même sens la négociation relative à la branche naturelle de Bavière avec la maison de Deux-Ponts. L'intérêt de cette maison est si important, la réunion avec la cour de Munich est d'une nécessité si absolue pour son bien-être, qu'on ne doute point qu'il ne se trouve toutes les facultés relatives aux stipulations sur les intérêts de la branche naturelle de Bavière, qui doivent flatter la sensibilité de l'Electeur et le détourner du parti autrichien. C'est alors, que (comme vicaire) l'Electeur pourra arrêter l'Election de l'Empereur, ou au moins la retarder ou enfin y mettre des conditions, qui sont à l'aide de la France, sauver la ligue germanique des projets ambitieux de l'Autriche et de la Prusse."

Die Entschädigungsfrage soll zum Schein betrieben werden: „l'objet servira de couverture ou de prétexte à la véritable négociation qui est de réunir les intérêts de ces différents princes (es sind die andern geschädigten deutschen Fürsten) à ceux de la maison de Deux-Ponts, pour ajouter à sa consistence territoriale une force politique, qui la mette dans le cas de former une troisième puissance à la mort de l'Electeur de Bavière et de rallier autour d'elle le corps germanique pour sa propre sûreté contre l'ambition réunie de la Prusse et de l'Autriche".

Dumouriez.

archive du ministère des aff. des étrangères. Paris.

5.

Note remise à S. E. Mons. le comte de Vieregg, ministre d'Etat de S. A. S. l'Electeur Palatin par Mons. d'Assigny, ministre plénipotentiaire de France à la cour Palatine.

Original. München, 13. juin 1792.

„La déclaration verbale faite par les ministres de Prusse et de Hongrie aux cercles limitrophes de la France provoque les réflexions les plus sérieuses du ministre de sa Maj. le roi des Français à la cour Palatine, et lui fait un premier devoir de sonder les intentions de S. A. S. E. pour tous les cas, qui vont être déduits ci-après.

C'est parce que la nation française a en horreur la maxime, qui n'est point pour nous est contre nous, maxime dont on vient de faire un usage bien remarquable à l'égard des coétats, qui, quoique inférieurs en force, sont des égaux par la loi qui les constitue membres intégrants d'un même tout; c'est par l'étonnement, qu'a produit une maxime aussi étrange, que le ministre de France près de la cour Palatine, prévoyant la position difficile, où pourrait se trouver S. A. S. E. d'après la susdite déclaration verbale des ministres des cours de Vienne et de Berlin, s'inquiette avec sollicitude et dévouement aux véritables intérêts de S. A. S. E., des moyens, d'assurer son indépendance de fait, de garantir l'inviolabilité de son territoire, de concilier enfin la dignité, la sureté avec son amour pour la paix; c'est donc, dans toute la loyauté de l'intention la plus pure, que le ministre de S. M. le roi des Français près de la cour Pal. prend la confiance de demander à S. Exc. Mons. le comte de Vieregg:

1. Si la volonté de S. A. S. E. est, d'interdire efficacement dans l'étendue de ses états, tous les enrôlements ou remontes, pour le service des puissances belligérantes.

2. Si, dans le cas, où l'une des deux puissances actuellement en guerre se prétendait nécessitée pour la sûreté personelle d'occuper des postes, défilés, châteaux, villages, bourgs et villes de la domination de S. A. S. E., d'y garder des ponts, des gués ou des redoutes etc., S. A. S. E. est dans intention de s'y opposer de toute sa volonté, et si dans ce cas d'un refus formel d'évacuer les dits postes, défilés, châteaux, villages, bourgs et villes occupés sans droits et sans égards, S. A. S. E. se proposait de protester immédiatement et publiquement contre la résistance qu'elle aurait rencontrée.

3. Si la navigation continuera d'être libre pour les puissances contendantes sur les fleuves et les rivières de sa

domination, comme dans les temps, où les dites puissances contendantes vivaient en bonne intelligence.

4. Si S. A. S. E. se propose, dès à présent et pour la suite, de laisser, ou d'interdire, également aux Français et aux Autrichiens, la liberté, d'acheter de ses sujets du Palatinat du Rhin et de ses autres Etats, toute sorte de bestiaux chevaux, et autres animaux, toute espèce de comestibles, denrées et marchandises, comme bois, cuirs, toiles, draps et métaux, pour des consommations journalières, ou pour en former des magasins.

5. Si dans le cas, où les achats seraient permis aux puissances belligérantes, et que par l'influence ou par l'abus de la force, on arrivait a géner ou à vexer les sujets de S. A. S. E., pour attirer à soi le plus de ventes, sous le prétexte de plus de besoins, S. A. S. E. serait dans l'intention arrêtée, de reprimer une violence aussi injuste, et dans le cas où l'on prétendrait résister à son autorité légitime, Elle se prêterait à réclamer contre l'injure qui lui serait faite, de manière que la puissance, intéressée à la faire cesser, pût en avoir une connaissance prompte et entière.

Le ministre pl. de France à la cour P. s'abstiendra, de qualifier la déclaration verbale des ministres des deux cercles limitrophes de la France, mais il ne peut s'en dispenser, de faire observer que, si l'on y affecte, à dessein et d'une manière peu honorable pour la force publique de l'Empire, d'en y parler des différents contingents des cercles en hommes armés, tandis que l'on insiste d'une manière très détaillée sur toute autre assistance, comme serait cercle de recrûes et de remontes, pour le service de deux armées de Prusse et d'Autriche, fournitures de vivres, fourages, munitions de guerre etc. Ce ne peut être que dans l'intention visible de s'approprier toutes les ressources des dits cercles limitrophes, de les traiter à l'instar des provinces conquises, dont la jouissance serait indivise, entre les deux puissances confedérées“. . . . .

„Il est aussi instant que conforme aux intérêts reciproques des pays aussi voisins, que le sont la France et partie des Etats de S. A. S. E., qu'il soit donné une réponse amicale et satisfaisante aux cinq demandes énoncées ci dessus, d'autant qu'elles out été soigneusement redigées dans les principes de l'impartiale neutralité dont S. A. S. E. a fait donner au ministre soussigné des assurances positives et réitérées“.

d' Assigny.

Bayerisches geh. Staatsarchiv; K. schw. 284/18.

6.

Antwort Vier eggs auf die Note Assignys:

Entwurf, im Auszug. München, 21. Juni 92.

1. „Werden Ihre kurfürstliche Durchlaucht in dero Staaten ebensowenig fremde Übungen als Ankauf von remonte Pferden gestatten."

2. „Sind Höchstdieselben nicht gesinnt, fremden Troupen die Occupierung dero Landen und darin befindlicher Schlösser, Hütten, Märkte etc. zu bewilligen, sondern vielmehr dessen Abwendung durch Vorstellungen zu veranlassen, auf den Fall der Unwirksamkeit aber dagegen zu protestieren."

Pro nota: „In Betracht dieser Erklärung ist dem Kgl. ungarischen allhier subsistierenden Gesandten Herrn Grafen von Lehrbach, der wahre Sinn und Absicht zu entdecken (eigenhändige Bemerkung des Kurfürsten).

3. „Die freie Schiffahrt auf den in den kurfürstlichen Staaten durchströmenden Flüssen wird diesseits nicht verhindert werden, es sei denn, dass gegen die eigenen Staaten oder das römische Reich Feindseligkeiten dadurch zu befahren stünden."

4. „Was nach Abzug eigener Bedürfnisse des Landes zu Abwendung inneren Notstandes von allen Gattungen inländischer Producten entbehrt werden kann, dessen Verkauf gedenket man den Untertanen und Eingesessenen nicht zu wehren, jedoch die Anlage von Magazinen in diesseitigen Landen gutwillig nicht zu gestatten."

5. „Die unrechtmässige Gewalt in solchen Fällen sind Ihre kurfürstl. Durchlaucht allerdings gemeinet, nach Kräften zu behindern."

Bayer. geh. Staatsarchiv, K. schw. 284/18.

7.

Note Assignys an Vieregg.

Original. Munich, 21. juillet 92.

„Le ministre de France près de la cour Pal prend la confiance de représenter au gouvernement palatin, que chaque jour rend plus instante et plus utile la mesure de consigner dans un écrit, qui puisse être lu de toute la France, que S. A. S. E., en tant que souverain indépendant, persiste dans la volonté franche, d'entretenir et de maintenir tous les heureux rapports de bienveillance et d'harmonie, qui subsistent entre Elle et la nation française. Cette déclaration qui ne diffère de celles plusieurs fois données au ministre

de France par le gouvernement Palatin et par S. A. S. E. Elle même, que par l'addition des mots: en tant que souverain independant, aura néanmoins l'avantage inappréciable d'éclairer l'opinion en France, en y apprennant à connaître et à distinguer la double existence politique de S. A. S. E. comme souverain indépendant et comme membre du corps germanique.

Ce qui rendra notaire à la nation française, que, si S. A. S. E. est, en général, indépendant et libre dans le plein usage de la puissance, elle est néanmoins soumise dans bien des cas, pour une partie de cette même puissance, aux lois, qui constituent et régissent l'association germanique.

Ainsi la nation francaise sentira, que, si par une conséquence immédiate de la susdite déclaration, elle a acquis le droit de compter, dans ies circonstances présentes sur la neutralité de S. A. S. E., en tant que souverain indépendant, elle ne peut toutefois que réclamer l'exercice le plus actif de toute l'influence de S. A. S. E. près de la diète de l'Empire, pour le maintien de la paix entre la France et le corps germanique, sans que S. A. S. E. puisse être garante aux yeux d'une nation, qu'elle aurait éclairée par la déclaration de toute résolution contraire à un but si désirable.

D'où il suit, que, dans le cas où contre tout espoir fondé, le corps germanique accéderait à la ligue, concertée contre la France, la nation française, qui verrait avec douleur une portion de la puissance de S. A. S. E. dirigée contre elle, ne pourrait néanmoins sans injustice et sans démentir son caractère généreux, chercher à se prévaloir contre S. A. S. E. de son accession à un résultat, contre lequel elle aurait combattu de toute sa volonté" . . . .

„Il se pourrait, que la nation francaise vînt à accuser S. A. S. E. de connivence avec ses ennemis, tandis qu'elle n'aurait fait que céder à la force, qui aurait usé de violence contre elle, comme dans le cas où sous le prétexte d'un passage qui ne peut être refusé, les troupes d'Autriche viendraient à entrer dans le pays de S. A. S. E. et à s'y maintenir par la force." . . .

„Il est donc bien important que dans la réponse à la note présentée, à laquelle S. A. S. E. se portera sans doute pour son intérêt propre, ainsi que pour celui de la nation française, ce cas soit spécialement désigné et que S. A. S. E. en s'exprimant convenablement sur cet événement, qui acquiert chaque jour de nouveaux degrés de probabilité, veuille énoncer clairement son intention de protester contre une injure, qu'elle n'aurait pu empêcher.

Ainsi éclairée, l'opinion publique en France apprendrait à le garder de toute inculpation injuste contre S. A. S. E., et laisserait à la sagesse et à la magnanimité de son gouver-

nement le devoir de respecter dans S. A. S. E. le malheur de la position, ainsi que le soin de reconnaître les sacrifices qu'elle aurait faits à la morale publique et sa constante bienveillance pour la nation francaise.

Le soussigné ministre de France s'empresse avec sollicitude de demander à S. Exc. Mons. le comte de Vieregg:

1. „si dans les circonstances présentes S. A. S. E., en tant que souverain indépendant, persiste dans la volonté déterminée de ne prendre aucune part active dans les hostilités qui ménacent la France."

2. „Si dans le cas où les ennemis de la France, ayant à passer par les Etats de S. A. S. E., manifestaient même avant d'y entrer par des dispositions militaires l'intention de les occuper et de s'y fixer, S. A. S. E. serait décidée à représenter avec force l'illégabilité de semblables dispositions (militaires) et à protester avec éclat contre le refus de déferer à Sa volonté."

3. „Si la nation française peut requérir, des aujourd'hui, et compter avec certitude sur les bons offices de S. A. S. E. prés de la diète générale de l'Empire à l'effet de maintenir l'heureuse paix qui subsiste entre la France et le corps germanique, et si la susdite nation française peut en ce moment même espérer, que S. A. S. E. fera manifester par son ministre à Ratisbonne sa plus vive indignation contre un projet de conclusum contre la France aussi odieux que celui dont le gouvernement français à acquis des notions suffisantes et dont le ministre de S. A. S. E. à la diéte générale de l'Empire a une connaissance si non officielle, du moins assez ample et assez entière, pour légitimer la présente réquisition du soussigné ministre."

d'Assigny.

Bayer. geh. Staatsarchiv, K. schw. 284/18.

8.

Antwortnote Viereggs an Assigny.

Abschrift. München, 28 juillet 1792.

„Le mémoire détaillé . . . ne parait avoir pour but qu'une confirmation verbale des sentiments de S. A. S. E. dans la crise présente, qui se font mieux connaître par des actions que par des paroles, des sentiments que S. A. S. E. a jusqu'ici publiquement annoncés par des faits aucunement équivoques.

Ces sentiments ne se sont jamais démentis ni dans la qualité de S. A. S. E. d'un souverain ni dans celle d'un Coétat de l'Empire germanique que le susdit mémoire a justement distingués, quoique la liaison entre tous les membres du corps germanique soit la plus étroite.

On ne doit donc et l'on ne peut pas même entrevoir, comment S. Maj. très chretienne pourra-t-elle avoir un soupçon fondé sur les mêmes sentiments. ou y trouver l'ombre d'un équivoque. C'est à qui empêche d'en donner une explication ou confirmation plus ample et plus claire, que celle qu'on a donné jusqu'ici:

S. A. S. E. guideé par ces sentiments publiquement avouées a autorisé le soussigné de donner aux trois demandes contenues dans le mémoire susdit les réponses suivantes:

1. „S. A. S. E. n'est pas intentionée de prendre, comme souverain, part aux hostilités qui ménacent, comme l'on dit, la France, les cas exceptés, qu'une aggression hostile de la part des Français ou la défense et la conservation de ses propres états le rendent nécessaire.

2. La réponse sur ce point devient inutile par la notorieté même. L'on sait que les troupes de S. Maj. Impériale et Royale et leurs alliés, apres une réquisition préalable et [nonobstant des rémontrances récitérées et même des protestations] ont occupé depuis quelque temps une partie du Palatinat et qu'elles y sont à présent. [Le fait n'a pu être empêché ou détourné d'autant moins que d'un côté le Palatinat est notairement un pays ouvert, entreclassé de plusieurs autres seugneries et dégarni de forces suffisantes, pour repousser une armée] et que d'autre côté les loix germaniques mêmes préscrivent aux états cette condescendance, si une telle marche ou demeure des troupes ne devient pas à charge au pays et si elles payent comptant, comme il est arrivé jusqu'ici tout ce dont elles ont besoin; une troisième raison, qui vient à l'appuy des précédentes, est celle, que la marche de ces troupes n'a, selon les déclarations notaires et réitérés, d'autre but que celui de couvrir contre toute invasion hostile les limites de l'Empire et de garantir les possessions des membres du corps germanique.

3. S. A. S. E. est bien intentionée d'employer tous les moyens propres pour conserver la paix à l'Empire germanique, mais elle ne croit pas convenable de faire, comme Coétat isolé, pour cet objet une proposition à l'Empire réuni à la diète, comme elle pense qu'il serait au dessus de sa sphère d'y contribuer autrement que par la voix particulière. Et comme S. A. S. E. n'a aucune connaissance, ni par elle même, ni pas son ministre accrédité à la diète de Ratisbonne, d'un projet de conclusum odieux du corps germanique contre la France, elle ne peut donner la déclaration de s'y opposer, que S. Exc. le ministre de France a demandée dans son mémoire."

Der deutsche Entwurf der Antwort war dem Grafen Lehrbach vorgelegt worden. Dieser hatte die deutsche Fassung der Worte: ces sentiments — étroite ersetzt durch

den Satz: „Eben diese überzeugende Gesinnungen haben S. kurf. Durchlaucht als Kurfürst und Mit-Reichsstand im mindesten nicht verleugnet“.

Dann als Antwort ad 1. vorgeschlagen:

„Ihre kurf. Durchlaucht können nicht entstehen und stehet nicht in Ihren Befugnissen als Kurfürst und Reichsstand, anderst als in allem nach der Reichsverfassung und den Reichssatzungen sich zu betragen und zu benehmen“

und verlangte die Streichung der Worte in der Antwort auf die 2. Frage von „non obstant — des protestations, von „ce fait — repousser une armée.“

Bay. geh. Staatsarchiv, K. schw. 284/18.

9.

Hermannt an Vieregg.

Bericht über eine Audienz mit Lebrun.

Original. Paris, 31. janvier 93.

„J'ai vu enfin, ce matin, Mons. le Brun. Je lui ai fait part des ordres qui m'avaient été donnés par S. Ex. Mons. le comte d'Oberndorff, de l'informer des justes sujets de plaintes auxquels avaient donné lieu les excès, commis par les Français dans les Etats de notre Serenissme Maitre. Je lui en ai d'abord rendu la substance et lui ai demandé ensuite la permission, de lui faire lecture de la note qui contient le détail de ces faits. Ce ministre m'a écouté attentivement et m'a dit qu'il était déjà instruit de tous les différents griefs; que, sans m'avoir vu, il en avait fait un rapport au conseil exécutif et qu'il y avait été pris un arrêté à l'effet de reprimer les desordres auxquels s'étaient livrés quelques individus: que ce qui avait pu produire ces excès que la nation française était loin de tolérer [surtout dans les états d'un prince qui paraissait vouloir conserver la neutralité la plus parfaite dans les circonstances présentes; c'était, sans doute, la connaissance que l'on avait eue du décret du 15 décembre et du quel on avait fait une mauvaise application; mais] que les généraux avaient récu les ordres, depuis huit jours, pour reprimer tout ce qui était contraire au droit des gens [et aux lois du bon voisinage que la république française desirait observer]“ . . . .

„Sur ces assurances, j'allais me retirer, lorsqu'il m'a engagé à me rasseoir et à écouter une proposition qu'il était charge de me faire. [Il m'a dit d'abord en souriant: „„Vous m'avez parlé de la neutralité de votre maitre. Je veux bien croire à ses intentions à ce sujet, mais, entre nous, comment concilier cette neutralité avec le triple contingent

qu'il doit fournir comme Co-état de l'Empire""? Je lui ai représenté que les obligations que S. A. S. E. avait à remplir ne pouvaient être regardées comme des actes hostiles; que tous ces procédés jusqu'à présent à l'égard de la nation française prouvaient évidamment, qu'il n'avait rien de plus à coeur que de conserver la neutralité la plus parfaite malgré le ressentiment qu'il avait à craindre du parti contraire. M. le Brun a été forcé de convenir avec moi de cette véritè, mais il m'a objecté, que cette conduite aurait pu être de quelque valeur dans l'ancienne politique, mais que cette politique ne pouvait plus servir de base aux nouveaux traités que la nation française contracterait par la suite avec les puissances étrangères]. Voici ma proposition, m'a t'il ajouté: „„„Si l'Electeur Pal. veut consentir à laisser pénétrer les troupes françaises jusque dans Manheim, je lui promets, avec toute la franchise d'un homme libre et au nom de la république française, de faire garantir tous ses états de l'invasion des troupes autrichiennes et de traiter avec lui d'une manière à ce qu'il n'ait jamais lieu de s'en repentir; qu'au contraire, si S. A. S. E. se refuse à cette alliance et dans le cas de la moindre hostilité, Elle risque, de faire éprouver à tous ces sujets les funestes effets d'une guerre longue et sanglante."" Il m'a assuré de plus qu'il était autorisé par la convention nationale et par le conseil executif à me parler de la sorte."

Ein Auszug dieses Schreibens ist dem Grafen Lehrbach vorgelegt worden, die eingeklammerten Sätze sind darin weggelassen.

Bay. Geh. Staatsarchiv, K. bl. 516/3.

10.

Lehrbach an Cobenzl.

Mitteilung der Äusserung Lebruns an Hermannt.

Original. München, 14. Februar 93.

„Die Ursache dieser Mitteilung mag zum Grund haben, dass man die Lage des Herrn Kurfürsten einsehen und mithin Nachsicht oder Mitleiden erregen sollte.

Ich habe dies aber ganz anders und wie es an sich ist, genommen und vorgestellt:

a) dass es unbegreiflich sei, dass Kurpfalz noch einen Geschäftsträger in Paris habe;

b) dass derselbe nach der Hinrichtung des Königs mit dem dortigen Minister in auswärtigen Geschäften handle;

c) dass Kurpfalz hiedurch die grösste Verantwortung sich zuziehe, bei ratifizierten Reichsschluss es eine Kollision

mit dem Reichsfeinde sei, und hiernach die Pönalgesetze eintreten müssten.

Der Inhalt des Auszuges und die Äusserungen des Lebrun wegen Mannheim sind sowohl im allgemeinen als besonderen sehr auffallend und bedenklich".

K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.

11.

Cobenzl an Lehrbach.

Entwurf. Wien, 20. Januar 1793.

„Der Herr Oberst und Generaladjutant v. Mack, welcher E. Exz. das gegenwärtige Schreiben einhändigen wird, hat von dem Herrn kommandierenden Feldmarschall Prinzen von Coburg den Auftrag, seinen Weg über München zu nehmen, und E. Exz. wegen Besetzung Mannheims und Jülichs die Ausführung der nun zu ergreifenden, ernstlichen Massnahmen zu verabreden.

Die Hauptgrundsätze, welche zur Basis dieser Unterredung zu dienen haben, sind in den Betrachtungen über den Antrag der Besitznahme von Mannheim und Jülich enthalten; was immer für eine Antwort E. Exz. auf die in Gemässheit meines Schreibens vom 12. d. M mittlerweil etwa erhalten mögen, so wollen wir solche einstweilen auf sich beruhen und dem Scheine nach fallen lassen, damit auf alle Fälle alle die militärischen Vorbereitungen ganz in der Stille getroffen werden, ohne dass Kurpfalz oder der Feind zur Vereitelung oder Erschwerung unserer Absicht die geringsten vorteilhaften Bewegungen machen könnte.

Sobald aber E. Exz. von dem H. Prinzen von Coburg vernommen, dass nunmehr die militärischen Anstalten wegen Mannheim und Jülich getroffen sind, so werden E. Exz. hiemit und auf diesen Fall autorisiert, im höchsten Namen folgende in diesem Sinn gefasste mündliche Erklärung zu machen und auf eine bestimmte Antwort mit Ja oder Nein in einem ehrerbietigen, jedoch ganz entschlossenen Tone zu dringen:

„„Nach der einhelligen Meinung der k. k. und k. preussischen Generalität werde aus dem schon öfters angeführten Grunde nicht nur die Festung Mannheim, sondern auch die Festung Jülich zur Ausführung der gemeinschaftlich bereits verabredeten Operationen für so entscheidend wichtig gehalten, dass S. k. k. Maj. nicht umhin können und eilen müssen, die Besetzung dieser Plätze mit k. k. Truppen zu veranstalten. Allerhöchst sie können in einem Fall von so allgemeiner und anerkannter Wichtigkeit für Fortsetzung der

Operationen, somit für die Sicherheit des ganzen Reiches mit wahrscheinlichen Hoffnungen und blossen Zusicherungen sich und ihren Alliierten unmöglich länger beruhigen. Nach allen Umständen wäre Se. Maj. als Reichsoberhaupt und als ein zur Verteidigung der Reichsgrenzen in Krieg verwickelter Reichsstand zu fordern berechtigt, dass die Festungen Mannheim und Jülich auf eine Art besetzt werden, welche das Reich und die kombinierten Armeen ausser alle, auch die geringste Besorgnis einer nur möglichen Verlegenheit setzte. S. Maj. wünschten aber in dieser Gelegenheit wie bisher immer nur die Sprache der wohlmeinenden Freundschaft führen zu dürfen, Höchstd. ersuchten daher den H. Kurfürsten, er wolle keinen Anstand nehmen, dass nach Gutfinden des Kommandierenden der k. k. und der Reichsarmee jene Anzahl k. k. Truppen nach Mannheim und Jülich verlegt werde, die er nach den Umständen nötig erachten wird. Bei der besten Meinung, die man von der Beschaffenheit der kurpfälzischen Truppen wie auch von der Geschicklichkeit und Treue hegen mag, werde doch der H. Kurfürst nach seiner billigen Denkungsart und hohen Einsicht jene Truppen mit unseren an kriegerische Unternehmungen seit vielen Jahren gewohnten Truppen in keine Vergleichung setzen und denselben daher in vollem Vertrauen auf ihren bewiesenen Mut jene Gerechtigkeit durch die Tat öffentlich leisten, die ihnen die Feinde selbst nicht versagen können; nach der wahren Freundschaft, mit welcher S. Maj. dem H. Kurfürsten wahrhaft zugetan sind, haben Höchstd. nun auch näher erwogen, dass S. kurfürstliche Durchlaucht ohne Gefahr für ihren Ruhm und ohne sich und Ihro Lande in eine Verlegenheit von unübersehbaren Folgen zu setzen, die Erhaltung dieser Plätze unmöglich garantieren k ö n n e n, wenn Sie auch wollten.

Sie würden sich für jeden nicht zu berechnenden Zufall vor Kaiser und Reich höchst verantwortlich machen und dadurch von mehreren Seiten in die unangenehmste Lage versetzt werden, deren Umfang Ihro tiefen Einsicht unmöglich entgehen könne. Die Anzahl der Truppen, mit der zur Stunde beide Festungen versehen sein sollen, mag zur Verteidigung derselben an sich wohl hinreichen; es kommt aber hier nicht auf die Anzahl, sondern auf die Beschaffenheit an, und dies muss in einem Fall, wo man den Zeitgenossen wie der Nachwelt verantwortlich ist, nicht bloss nach der Wirklichkeit, sondern nach der öffentlichen Meinung beurteilt werden. Was im Reiche über die Gesinnungen des kurfürstlichen Heeres mit Recht oder Unrecht für Meinungen herrschen, kann dem H. Kurfürsten nicht unbekannt sein, sowie derselbe auch ganz gewiss als eine persönliche Ansicht erkennet, dass man diesseits sowohl auf dem Reichs-

tage als bei den Kreisen eine stärkere Sprache und öffentliche Vorwürfe gegen das bisherige kurpfälzische Benehmen noch hintan gehalten hat. Bei dieser Gelegenheit kann man dem H. Kurfürsten nicht unbekannt lassen, dass die in Mannheim befindliche Mannschaft von den Reichsständen nicht für das zur Reichsarmee zu stellende Kontingent angesehen wird, so dürfte der H. Kurfürst eben in unserem Vorschlag ein anständiges Auskunftsmittel finden, und sich daher gerne entschliessen, in Mannheim dermal höchstens 2000 Mann seiner Truppen zu lassen und das Übrige zur Ergänzung seines Kontingentes, welchem der kais. Kommandierende en chef ohnehin seinen Standort anzuweisen hat, unverzüglich zu verwenden. Die Unruhe, welche unter den kurpfälzischen Untertanen wahrzunehmen, und die zum Teil öffentlich ausgebrochene Volksgärung sind ein nicht geringer Grund der Besorgnisse der beiden alliierten deutschen Mächte und ein Beweggrund mehr für den H. Kurfürsten, diesen festen Platz durch Einnahme einer kais. Garnison in einen imposanten Verteidigungszustand zu setzen und die Provinzen in Ruhe zu erhalten"".

Sollten diese freundschaftlichen Vorstellungen die erzielte Wirkung nicht hervorbringen, und gegen bessere Erwartung der H. Kurfürst Anstände machen oder auf einer Weigerung platterdings bestehen wollen, so würde es in dem einen Fall E. Exz. nicht schwer sein, auf Einwendungen standhaft zu antworten, in dem übelsten Falle aber hätten E. Exz. dem H. Kurfürsten in der nämlichen Unterredung rund heraus zu erklären:

„Dass S. Maj. bis auf den letzten Augenblick alle durch gebieterische Umstände notwendig gemachten Entschliessungen durch vertrauliche Vorstellungen erwirken wollten und in unbegrenztem Vertrauen auf die Gesinnungen des Herrn Kurfürsten bis zur Stunde in der angenehmen Erwartung waren, damit auszukommen; dass nun aber E. Exz. bei Seiner beharrlichen Weigerung zu erklären, den höchsten Auftrag hätten, S. Maj. sehe sich nun genötigt und wäre fest entschlossen, zur Erreichung des vorgesetzten Endzweckes zu den tätigsten und auch gewaltsamen Massnahmen zu schreiten. S. kais. Maj. komme sehr ungern zu einer solchen Erklärung und würde mit empfindlichen Schmerz zu Realisierung derselben schreiten, die den fünfzigjährigen Verhältnissen zwischen beiden Höfen so unangemessen als Ihren persönlichen Gesinnungen entgegen sein würde, und worüber sich S. Maj. nur mit der Betrachtung ihrer streng erfüllten Pflicht gegen das Vaterland und mit den bewussten redlichen Absichten würden trösten können; bei all dem verberge man sich nicht, dass der Herr Kurfürst unseren Massnehmungen eine nichtunbeträchtliche Resistenz würde

entgegensetzen können, allein diese Resistenz werde zuverlässig nur unsere tätige Massregeln zu verdoppeln dienen und am Ende würde man sich ganz sicher in dem Lande des H. Kurfürsten und auf seine Unkosten für allen Nachteil, der aus den in den Weg gelegten Hindernissen entsprang, und für die Vorteile, die man dadurch entbehren müsste, die angemessene Entschädigung finden."

Den Auftrag sollte Lehrbach vorläufig geheim halten.

K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien.

12.

Betrachtungen über den Antrag der Besitznehmung von Mannheim und Jülich.

1. „Da Mannheim und Jülich in dieser Jahreszeit nicht durch militärische Gewalt genommen werden können, wenn es die Garnison verhindern wollte, übrigens aber Zweifel über die Lauterkeit der Absichten des kurpfälzischen Ministerii vorhanden sind, so scheint es nicht ratsam zu sein, hier eine Sprache zu führen, bevor man nicht durch militärische Anstalten so viel möglich vorgebeugt hat, dass nicht diese Festungen oder eine von beiden den Franzosen eingeräumt werden können; man erreicht hiedurch zugleich die Möglichkeit, allenfalls einige Scheinangriffe zu machen, im Falle der Kurfürst oder sein Ministerium, vielleicht um eine Art von Entschuldigung gegen die Franzosen zu haben, solches einsehen sollten.

2. S. Durchl. der Prinz von Coburg mahnt den Obersten Mack, über München zu reisen, um mit dem Grafen von Lehrbach festzusetzen, dass er von Mannheim und Jülich vor der Hand keine Erwähnung machen oder wenn er jemals davon gesprochen hätte, von nun an gleichgiltig darüber affektionieren möge, insolange, bis nicht Prinz von Coburg ihm schreiben wird, **dass nunmehr die militärischen Anstalten wegen Mannheim und Jülich getroffen sind;** alsdann tritt er mit seiner Forderung auf und mit den Drohungen, über welche er durch die Staatskanzlei seine Belehrung erhält und zeigt zugleich ein vom Prinzen v. Coburg, in der Eigenschaft als Reichsfeldmarschall, erhaltenes Schreiben vor, worin die militärischen Gründe, welche den Besitz beider Festungen für die Wohlfahrt des Reiches unentbehrlich machen aufgeführt und Bedauernisse über die Notwendigkeit, worin man sich befinden würde, zu unangenehmen, bereits veranstalteten Zwangsmitteln zu schreiten, geäussert werden.

3. Die Antwort des Kurfürsten muss sein: Ja oder Nein. Im ersten Falle fordert man, dass er ohnverweilt die Befehle an seine beiden Festungskommandanten wegen Übergabe erlassen solle.

Im andern beinahe nicht zu besagenden Fall würde nichts übrig bleiben, als den Versuch auf beide Festungen zu machen, insoweit er in dieser Jahreszeit und mit den vorhandenen Mitteln möglich ist, die Kontenence deren Kommandanten zu prüfen und zu sehen, ob diese nicht vielleicht doch noch eine geheime Instruktion zur Übergabe haben dürften. Gelingt aber dieser Versuch nicht, so müsste man alsdann nur auf alle möglichen Mittel denken, damit keine der beiden Festungen in den Besitz der Franzosen gelangen kann, und die Art, später hinaus uns diesen Besitz zu verschaffen, wird ein Gegenstand weiterer Überlegung sein.

4. Bevor alles dies geschieht, wird der Oberst von Mack in die Gegend von Mannheim gelangen und sich über die Zahl und Stellung der Truppen und zugleich über andere Mittel, welche man zu einem Versuche auf Mannheim hat, unterrichten und alsdann nach Frankfurt eilen, S. preuss. Maj. den Vortrag über diejenigen, welche annoch zu treffen sein dürften, unterlegen."

K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien.

13.

Coburg an Lehrbach.

Abschrift. Frankfurt, 7. Febr. 1793.

Lehrbach soll dem Kurfürsten folgende Erklärung Coburgs abgeben:

„Dass ich im Namen des Reiches, dessen Verteidigung mir nunmehr anvertraut ist, die Übergabe der beiden Festungen Mannheim und Jülich fordern und sie mit solchen und so vielen kaiserl. und Reichstruppen, als ich zu ihrer standhaften Verteidigung notwendig finde, besetzen und ebenso auch wegen ihrer Dotation mit Artillerie und Munition, ingleichen wegen ihrem Approvisionnement alle Vorsichten und Anstalten mit untrüglicher Überzeugung treffen zu lassen.

Ich habe eine zu hohe Meinung von Sr. kurf. Durchl. reichspatriotischen Gesinnungen, von Ihrer Bereitwilligkeit, Ihren Pflichten gegen das Reich genug zu tun, zugleich von S. kurf. Durchl. Erkenntnis der hiemit verbundenen eigenen Sicherheit und Wohlfahrt Ihrer erhabensten Person und Ihrer Landen, als dass ich nun dem geringsten Zweifel Platz geben möchte, dass Höchstd. gegen dieses gerechte reichs-

konstitutionsmässige und auf die allgemeine, sowie auf die besondere Beschützung und Befreiung der kurfürstlichen Staaten abzielende Begehren, etwas einzuwenden geeignet sein könnten, sondern schmeichele mich vielmehr mit voller Zuversicht auf Höchstdero Weisheit und Patriotismus, dass S. k. D. augenblicklich den erwünschten Entschluss hierüber zu fassen und augenblicklich an Höchstd. Gouvernement oder Kommandantur beider Festungen den bestimmten Befehl, dass deren Übergabe an mich als reichskommandierenden General unverweilt geschehen und ihre Besetzung und Verteidigung ganz meiner Disposition überlassen werden solle, zu erteilen geruhen werden. Sollte es aber möglich sein, dass S. k. D. Ihre Pflichten und zugleich Ihre Vorteile so sehr verkenneten, um dieses Ersuchen abschlagen zu wollen, so muss ich E. Exz. bitten, Höchstdems. annoch zu erklären, dass ich von dem Augenblicke an, wo ich durch E. Exz. mittels des gegenwärtig zurückkehrenden Couriers von dieser Weigerung werde unterrichtet werden, alle bereits dermal in der Gewalt der kais. und Reichsarmee befindlichen und mit Gottes Hilfe bald in solche gelangende pfälzische Besitzungen dies- und jenseits des Rheins nicht nur als feindliche Lande, sondern als Lande eines rebellischen Reichsstandes behandeln würde, auch bei den befestigten Städten die eisernen Gesetze des Krieges, wie ich auch dazu die Mittel schon dermalen in Händen habe und sehr bald in höherem Masse in Händen haben werde, ohne Rücksicht und Schonung mit äusserster Strenge würde empfinden lassen, überdies aber mich an S. preuss. Maj. unter Vorstellung einer für die Wohlfahrt des Reiches so wichtigen und unwidersprechlichen Beweggrundes mit der untertänigsten Bitte verwenden würde, mit allerhöchstdero Armee in allen jetzt und künftig betretenden pfälzischen Landen eine gleiche strenge Rache und Strafe auszuüben, sowie ich auch keineswegs zweifele, dass S. kais. Maj. sich bewogen sehen würden, wegen der mit einer solchen Weigerung S. k. D. verbundenen Unbill und dem hieraus für Kriegsoperationen entstehende unabsehbare Nachteile einigermassen dadurch zu ersetzen, dass der Reichskrieg, insoweit es mir möglich ist, auf Kosten S. k. D. und Ihro Landen geführt werde.

E. Exz. wollen übrigens S. k. D. zu versichern belieben, dass es bei meiner persönlichen Erhabenheit schwer falle, diese Sprache kraft meines Amtes führen zu müssen, dass ich aber auf Entschuldigung rechnen dürfe, wenn Sie die teuren Pflichten, die ich übernommen und beschworen habe, zu bedenken, oder auch nur den im Kriege allgemein anerkannten Grundsatz: „Wer nicht für mich ist, ist wider mich“ einen Augenblick in Erwägung zu ziehen belieben wollen, ein Grundsatz, der hier doppelt eintreten müsse,

weil Derjenige wider mich sein würde, der für mich zu sein, die Pflicht hat."

Über die Form des Schreiben sollte Lehrbach erst ein Gutachten abgeben; dieser ersetzte das Wort „rebellisch" durch den Ausdruck: „mit dem Feinde einverstanden" und wünschte das Einverständnis mit dem König von Preussen als bereits geschehen anzunehmen.

K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien.

14.

Karl Theodor an Lerchenfeld.

Concept. München, 8. Mai 1793.

„Da in den dermaligen kritischen Zeitläuften allerdings von nöten sein will, mit ein- und anderen der angeseheneren Reichsstände uns in engere freundschaftliche Verbindungen einzulassen, so wünschten wir mit dem kursächsischen Hofe auf alle künftigen Fälle und zu desto wirksamer Abwendung etwa entstehen könnender der Reichskonstitution sowohl, als auch einigen Reichsständen misslichen Folgen, uns näher anzuschliessen, geben Euch derowegen den gnädigsten Auftrag, bei dem dortigen Ministerio, fürnehmlich aber bei dem Grafen von Loben oder wo Ihr es sonst für dienstlich und nützlich erachtet, unter allgemeiner Äusserung der dermal kritischen Lage des deutschen Reiches und der zu Erhaltung desselben Konstitution zu ergreifenden tätigen Massnahmen schicklich zu sondieren, ob dieser Hof hiezu einzugehen geneigt und welche Vorkehr er zu treffen, rätlich erachtet."

Ein Schreiben gleichen Inhaltes ist an den Grafen Schall nach Dresden abgegangen, auch war Lerchenfeld am gleichen Tage instruiert worden, mit dem Vertreter Hannovers Fühlung zu nehmen.

Bay. Staats-Archiv, K. schw. 503/12.

15.

Projet d'instructions

pour les citoyens Desportes et Bourcoing

ohne Datum.

„Quoique le citoyen Desportes ait donné des preuves de son patriotisme et de ses talents et qu'il soit personellement lié avec les ministres de Deux-Ponts qui dans ce moment-ci peuvent être les seuls intermédiaires pour la négociation dont il s'agit, il parait nécessaire de lui donner pour collègue le

citoyen Bourcoing, qui joint à une longue experience des affaires des connaissances relativement à la Bavière et au Palatinat.

L'instructions à donner auraient pour objet:

1. de faire passer à l'Electeur Pal. des explications satisfaisantes concernant l'invasion du Palatinat.

2. de faire connaître indirectement au roi de Prusse nos dispositions d'amener un rapprochement entre la république et lui.

1.

Quant au premier objet on pourrait faire entendre à l'Electeur, que, malgré les dispositions de neutralité que nous avons reconnus en lui les circonstances ne peuvent nous empêcher de considérer le Palatinat comme pays ennemi, parce qu'il est occupé par les Prussiens et les Autrichiens, et parce qu'il a fourni son contingent à l'armée de l'empire; que notre propre sûreté et la délivrance de Mayence exigent imperieusement que nous occupions le Palatinat, que nos troupes se conduiront avec la plus grande moderation, qu'il ne sera question ni de contributions ni de réunion, et que cette occupation aura pour terme la délivrence de Mayence, que de cette manière le sejour de notre armée dans le Palatinat aura moins inconvenient pour l'El. que celui des troupes Autrichiennes et Prussiennes; que l'El. pourra même se servir de cette occupation comme prétexte pour se rapprocher de la France sans s'exposer à la vengeance des puissances coalisées. Weiterhin wird den Gesandten aufgetragen, ein Bündnis des Kurfürsten mit Frankreich anzubahnen: „développer les motifs qui doivent engager l'El. à se liguer avec la France, demontrer la subversion totale du système germanique et la nécessité de rendre à la France l'influence qui lui garantit la paix de Westphalie."

2.

„Quant au roi de Prusse on pourrait lui faire entendre:

„„„Que, depuis l'évacuation de la Belgique, il n'a plus aucun intérêt de tenir à la coalition, que les avantages qui pourront (ent) être remportés tourneront tous, si non au profit, du moins à la gloire de son rivale et de son ennemi naturel; qu'il est de son intérêt de se mettre à la tête de la ligue germanique, de faire cause commune avec la France et l'El. Palatin; d'empêcher de tout son pouvoir la réunion de la Bavière à l'Autriche d'autant que l'Empereur se trouvant alors voisin du marcgraviat d'Ansbach et de Baireuth, ces pays tomberaient au premier choc entre les mains de ce Prince; que, réuni à la France, le roi de Prusse pourra soutenir efficacement non seulement ses propres droits, mais ceux de tous les princes de l'Allemagne et obtenir le

titre glorieux de conservateur de la constitution germanique. Que, si l'on permet la réunion de la Bavière à l'Autriche, des combinaisons probables pourront en peu de temps changer entièrement la face de l'Europe, que rien n'empêchera l'extension de l'Autriche en Franconie, en Souabe et en Italie, tandisque la Russie ferait des progrès sur la mère noire, de sorte que toute cette part de l'Europe se trouverait divisé en deux grandes puissances. Que cette révolution, que des événements analogues seraient fortement à craindre, tantque la guerre actuelle neutraliserait la France à l'égard des affaires intérieures de l'Allemagne."

Archive du min. d. Affaires des Etrangères, Paris.

16.

Punctation

für Graf Lehrbach.

Von Thugut eigenhändig geschr. Wien, 1. Aug. 1793.

„Da der Herr Graf von Lehrbach seine Reise zu dem König von Preussen über München nimmt, so wird derselbige seine dortige Erscheinung dahin zu benützen belieben, um dem Herrn Kurfürsten alle Aufsichtigkeits-Anlässe zu benehmen, die man ihm über die Ursache und Gegenstände dieser Reise beigebracht haben möchte. Zu diesem Ende wird vor allem dienlich sein, dass Herr Gr. v. Lehrbach S. kurf. Durchl. von Seite seiner kais. Maj. die verbindlichste Versicherung der allerhöchsten Freundschaft ablegt, welchem weiters vertraulich beizufügen wäre:

„„Dass S. Maj. sich nie hätten noch würden beigehen lassen, ohne Wissen und Willen des H. Kurfürsten über Dinge, welche ihn wesentlich interessierten, verbindlich zu transigieren; Sie wären, insoferne als in solchen Dingen in den voriges Jahr mit Preussen und Russland gepflogenen Unterhandlungen eine Frage gewesen sein mag, nie ohne nötigen diesfälligen Vorbehalt zu Werke, noch überhaupt weiters gegangen, als es Ihnen die aus den vorigen Äusserungen des H. Kurfürsten geschöpfte Präsumtion seiner Gesinnung erlaubt hätte; es könne derselbe aber zuversichtlich darauf zählen, dass nie etwas hierin geschehen würde, was die Gerechtsame und den freien Willen S. k. D. noch die Freundschaft S. Maj. für ihn im mindesten verletzten dürfte.""

Wenn nun diese Insinuationen auf das Gemüt des H. Kurfürsten den gesuchten vergnüglichen Eindruck hervorbringen, so wird H. Graf v. Lehrbach die sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen belieben, um denselben auf eine gute Art zu insinuieren, dass S. Maj. hinwiederum auch erwarte, der

H. Kurfürst würde ebenfalls nicht anstehen, die Fortdauer freundschaftlicher Gesinnung für den Kaiser durch ein angemessenes Betragen zu bestätigen.

Da übrigens dem allerhöchsten Interesse wesentlich daran liegt, sich den kurpfälzischen Hof für die Zukunft soviel möglich zu attachieren, so wird H. Graf von Lehrbach die Gelegenheit seiner Reise zu dem König in Preussen benützen, um über die Umstände, Denkungsart und jetzige Vertraute sowohl des H. Herzogs von Zweibrücken als des Herrn Prinzen Maximilian solche Notizen und combinaisons zu erheben und einzuberichten, welche nachher zur Ergreifung eines diesfälligen, soliden Planes die dienliche Richtung anhand geben könnten."

K. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien.



Register.



Druck von Hans Lotter, Nürnberg.

